

Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit:

Die historische Entwicklung der Politischen Bildung
im Bereich der Volksschule

Verfasserin:

Barbara Steinacher

angestrebter akademischer Grad:

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, April 2010

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 300

Studienrichtung lt. Studienblatt: Politikwissenschaft

Matrikelnummer: 0200694

Betreuer: Univ.-Doz. Dr. Johann Dvořák

Inhalt

1) Einleitung	4
1.1) <i>Zur Relevanz des Themas</i>	4
1.2) <i>Aufbau</i>	5
1.3) <i>Schwierigkeiten sowie Quellenlage</i>	6
1.4) <i>Methodik</i>	7
1.5) <i>Thesen und Fragestellungen</i>	7

Teil I

2) Definitionen	9
2.1) <i>Erklärungsmuster zur Politischen Bildung</i>	9
2.2) <i>Ziele</i>	10
2.3) <i>Politische Bildung in der Volksschule</i>	15
2.4) <i>Drei Ansätze der Politischen Bildung in der Volksschule</i>	15
2.5) <i>Unterrichtsprinzip</i>	19

Teil II

3) Historischer Abriss	21
3.1) <i>Monarchie</i>	21
3.1.1) <i>Allgemeine Schulordnung 1774</i>	21
3.2) <i>Reformversuche unter Joseph II.</i>	23
3.3) <i>Weitere Reformen</i>	25
3.3.1) <i>Vinzenz Eduard Milde</i>	26
3.4) <i>Zur Zeit Kaiser Franz Josefs I.</i>	27
3.5) <i>Das Reichsvolksschulgesetz</i>	29
3.5.1) <i>Die Maigesetze</i>	30
3.6) <i>Überblick: Die politische Situation in der Monarchie</i>	31
3.7) <i>Zusammenfassung</i>	33

4) Ein neues Schulzeitalter	35
4.1) <i>Otto Glöckel</i>	35
4.2) <i>Glöckels Schulreform</i>	36
4.2.1) Trennung Schule und Kirche	37
4.2.2) Meinungen der Parteien zur Schulreform	42
4.3) <i>Exkurs: Sozialistische Erziehung</i>	44
4.4) <i>Exkurs: Arbeiterverein Kinderfreunde</i>	48
4.5) <i>Schönbrunner Erziehereschule</i>	52
4.6) <i>Tätigkeiten der Kinderfreunde</i>	52
4.7) <i>Überblick: Die politische Sit. in der Ersten Republik</i>	54
 5) Zäsur	 56
5.1) <i>Austrofaschismus</i>	56
5.2) <i>Nationalsozialismus</i>	58
 6) 1945 bis heute	 61
 Teil III	
 7) Praktischer Teil – Der Versuch einer Inhaltsanalyse	 63
7.1.1) Kategorienbildung	63
7.2) <i>Monarchie</i>	67
7.3) <i>Die Erste Republik</i>	73
7.4) <i>Politische Bildung heute</i>	77
7.4.1) Exkurs I	81
7.4.2) Exkurs II	82
7.5) <i>Zusammenfassung, Auswertung</i>	83
 8) Conclusio	 88
 9) Literatur	 96
 10) Anlagen	 102

1) Einleitung

1.1) *Zur Relevanz des Themas*

Laufende Diskussionen über eine Schulreform in Österreich zeigen die Relevanz rund um die Thematik Bildung. Auch die Frage der Politischen Bildung¹ stellt sich seit Jahren immer wieder. Ab wann ist es „sinnvoll“, Politische Bildung den Schülern näher zu bringen? Soll daraus ein „eigenes“ Fach entstehen? Was ist Politische Bildung überhaupt? Aus politikwissenschaftlicher Sicht ist dieser Bereich ein besonders bedeutender, denn die ersten Forderungen nach Bildung in diesem Bereich stammen bereits aus der Antike, derselben Zeit, als auch erste Staaten gegründet wurden. Allein dass sich im Studium ein eigenes Schwerpunktmodul rund um das Thema beschäftigt, zeigt die Wichtigkeit aber vor allem eben auch die Relevanz des Gegenstandes. Mit Politischer Bildung verbinden die meisten Menschen zunächst einmal das Erlernen von Begriffen, das aber vor allem, und das soll diese Arbeit zeigen, in der Volksschule, das Erlernen von Definitionen eher im Hintergrund stehen sollte, ist vielen - und so mutmaße ich auch LehrerInnen nicht klar.

Da ich einen persönlichen Zugang zum Thema mitbringe, war die Wahl dieses Gegenstandes nicht schwierig. Ich konnte 2006 die Pädagogische Akademie des Bundes in Baden (NÖ) als Volksschullehrerin abschließen und beschäftigte mich bereits zu dieser Zeit mit Politischer Bildung. Nachdem ich keine Anstellung als Lehrerin erhalten habe, begann ich schließlich das Studium der Politikwissenschaft. Diese Arbeit soll daher einerseits mein Interesse zur Pädagogik, andererseits vor allem das erlernte Wissen der Politikwissenschaft gesetzt in historische Zusammenhänge verknüpfen.

Zum Thema

Nicht außer Acht lassen darf man, wenn man über Politische Bildung, bzw. Bildung an sich spricht und schreibt, dass dieser Bereich immer Erziehung von Erwachsenen aus ist, die Lernziele setzen sie, sie verfügen über ihre eigenen Wertvorstellungen, lenken

¹ Hinweis zur Rechtschreibung: In dieser Arbeit wurde „Politische Bildung“ stets großgeschrieben, da der Terminus als Art „Eigennamen“ verwendet wird.

die SchülerInnen und, lassen daher die Kinder meist außen vor, Ziel der Politischen Bildung ist es daher, die Kinder miteinzubeziehen und mitwirken zu lassen, ansonsten wird der Zweck nie erreicht werden.

Mit Hilfe von drei Aspekten der Politischen Bildung in der Volksschule wird in dieser Arbeit versucht, belegt mit historischen Aussagen, dieses Phänomen historisch einzubetten und zu erklären, allerdings:

„Es gibt für die politische Bildung in der Grundschule weder Kompetenzstrukturmodelle noch geklärte Kompetenzdimensionen oder –niveaus. (...) Im Perspektivrahmen ist politisches Lernen in die sozial- und kulturwissenschaftliche Perspektive >eingebettet<. Hier teilt sie sich den >Platz< mit sozialem Lernen, kulturellem Lernen, wertvermittelnden Lernen oder Aspekten von >Lebenshilfe<.“ (Richter 2007: 38),

weiter: *„Politischer Bildung von Grundschüler/innen fehlt die empirische Forschung, die sie verbessern, neu ausrichten oder mit besseren Argumenten in der Schul- und Unterrichtspraxis implementieren könnte.“ (ebenda: 50)* Dementsprechend schwierig war es auch, das Thema wissenschaftlich zu bearbeiten.

1.2) Aufbau

Im ersten Kapitel war es von Wichtigkeit, gewisse notwendige Wörter und Ausdrücke zunächst zu definieren und zu beschreiben. Wenn von Politischer Bildung gesprochen wird, was ist überhaupt gemeint? Die Definitionen erklären an sich daher nur den Bereich der Politischen Bildung und hier liegt der Fokus im Rahmen der Volksschule. Weiters soll angemerkt werden, dass auf Begriffe wie Demokratie, Politik, Bildung nicht näher eingegangen wird. Es handelt sich in dieser Arbeit eben bloß um die historische Entwicklung der Politischen Bildung im Bereich der Volksschule und nicht um den Zweck, bzw. eine Bewertung der Politischen Bildung.

Gegliedert ist diese Arbeit in drei wesentliche Teile. Das erste Kapitel widmet sich um die Definitionen sowie die Aspekte der Politischen Bildung stets im Kontext mit der Volksschule in Österreich. Der Hauptteil fasst die Reformen, Lehrplanänderungen sowie die Bildungsgeschichte an sich, seit dem Zeitpunkt der Allgemeinen

Schulordnung unter Maria Theresia bis heute, zusammen. Der Fokus liegt hier auf der Zeit der Monarchie, der Zeit des Schulreformers Glöckel bis zur Politischen Bildung zur heutigen Zeit. Der Austrofaschismus sowie der Nationalsozialismus werden bewusst nur gestreift. Diese politische sowie historische Zäsur sollte meines Erachtens separat in einer Arbeit behandelt werden und wird daher bewusst ausgegliedert.

Im letzten Teil, dem „praktischen Bereich“ sammelte ich unterschiedlichste Zitate aus den bereits vorgestellten Zeitabschnitten und fasste sie in zwei Kategorien zusammen. Mit diesen beiden Aspekten möchte ich belegen, seit welchem Zeitpunkt bereits Politische Bildung in der Volksschule möglich war. Es liegt mir hier allerdings fern zu beurteilen, ob diese Appelle auch tatsächlich umgesetzt worden sind. Jedoch allein das Phänomen, dass es bereits in der Monarchie Forderungen zur „Entfaltung der Selbstständigkeit“ gab, lässt mich von „Versuchen“ der Politischen Bildung zu sprechen. Am Ende dieser Arbeit wird das Wesentlichste nochmals zusammengefasst die aufgestellten Fragen beantwortet sowie Thesen bearbeitet.

1.3) Schwierigkeiten sowie Quellenlage

Puncto Quellenlage ist zu erwähnen, dass Sekundärliteratur reichlich vorhanden ist, allerdings wird meist der Volksschulbereich hier ausgeklammert, sehr hilfreich waren die Bände von Engelbrecht, die ziemlich ausführlich den historischen Weg der Bildung in Österreich wiedergeben. Was den praktischen Teil betrifft, war es nicht sehr leicht Datenmaterial zu erhalten, vieles ist nur mehr unvollständig erhalten, teilweise oder aufgrund der Papierqualität sehr schwierig zu lesen. Auch die Tatsache, dass in der Universitätsbibliothek ein Kopierschutz auf Literatur die aus dem 19. Jahrhundert stammt, ist, erschwerte meine Recherche ziemlich. Das meiste und für mich ausgiebigste Material stammte aus der Nationalbibliothek, hier handelte es sich vorwiegend um Zeitschriften, Flugblätter aus der Zeit Glöckels, bzw. kurz davor. Die Pädagogischen Jahrbücher waren vor allem sehr hilfreich bei der Recherche zum Zeitalter der Monarchie sowie eines (für mich bedeutendsten Werke) von Vinzenz Milde, dem Lehrbuch der Allgemeinen Erziehungskunde.

1.4) Methodik

Die vorliegende Arbeit ist zum größten Teil eine Literaturarbeit. Der Anfang bestand vorwiegend in der Recherche der Literatur sowie dem Einlesen in die Thematik. Danach widmete ich mich dem Zusammenfassen der historischen Tatsachen. Im praktischen Bereich dieser Arbeit war es vor allem von Bedeutung, Quellen auffindbar zu machen und anschließend zusammenzufassen. Der praktische Teil beschäftigt sich zu meist mit Originalquellen (die allerdings schwierig zu finden waren). In Form einer Inhaltsanalyse wurden zwei Kategorien gebildet, welche die Bestätigung liefern sollen, dass Politische Bildung bereits in der Monarchie gefordert wurde. Aufgrund der schlechten Datenmenge befinden sich auch Quellen aus der Sekundärliteratur und nicht bloß Originale. Es war nicht einfach, diese Analyse komplett „wissenschaftlich“ zu gestalten und sollte aufgrund der beschriebenen Situation gesehen werden.

1.5) Thesen und Fragestellungen

Bevor ich diese Arbeit begonnen habe, war ich der Überzeugung, dass Politische Bildung erst durch die Reform Glöckels „entstanden“ ist, zuvor, so war meine Einschätzung, wurde nie wirklich darüber diskutiert. Im Zuge meiner Recherche stellte sich rasch heraus, dass es bereits in der Monarchie erste Ansätze in diesem Bereich gab.

Meine Thesen werden nun hier in der Einleitung aufgestellt und in der Conclusio am Ende der Arbeit (aufgrund der vorliegenden Zitatesammlung im Rahmen einer Inhaltsanalyse) entweder verifiziert bzw. falsifiziert.

- Eine meiner Thesen ist/war aufgrund von politischen Bedingungen, das heißt besser gesagt demokratischen Voraussetzungen, wird Politische Bildung erst möglich gemacht. Demokratie heißt daher gleichzeitig auch Politische Bildung, bzw. ist die Voraussetzung für P. Bildung in den Schulen.
- Demokratie geht nicht einher mit Demokratisierung. Hierzu ein Zitat: „*Nicht die Demokratie an sich, sondern die Demokratisierung, d.h. mehr Freiheit zu gewinnen, ist das eigentliche Ziel der politischen Bildung.*“ (Schausberger 1970: 50)

- Das bedeutet gleichzeitig, dass in der Monarchie, da Kirche und Staat nicht getrennt waren, Politische Bildung nicht möglich war. Glöckel, bzw. seine Reformen galten als Begründer der politischen Bildung

Folgende Fragestellungen sollen in Rahmen dieser Arbeit Antwort finden:

- Was bedeutend Politische Bildung in der Volksschule überhaupt? Welche Fähigkeiten und Fertigkeiten (sollten) erworben werden?
- Wie sieht Politische Bildung in der Praxis aus und wo findet sie statt?
- Sind Politik und Pädagogik in diesem Bereich trennbar? Müssen sie getrennt werden?
- Ab welchem Zeitpunkt gab es erste Gedanken und Forderungen zur Politischen Bildung in der Volksschule?

Abschließend bringen mich die drei im Definitionskapitel aufgestellten Ansätze zur Politischen Bildung in der Volksschule zum Schluss, dass man von Politischer Bildung in der Volksschule bloß sprechen kann, wenn diese Ansätze, inklusiver deren Inhalte vorhanden sind. Dieser Bereich wird im Folgenden bei den Erläuterungen im Praktischen Teil der Arbeit skizziert.

Teil I)

2) Definitionen

Im vorliegenden Kapitel wird versucht, den Begriff der Politischen Bildung zu erklären, bzw. diskutiert, welchen Zweck Politische Bildung verfolgt.

Die Entwicklung der politischen Bildung geht bis in die Antike zurück. Pädagogik und Politik beeinflussen sich seit jeher bewusst und unbewusst, in der Zeit findet man die Grundzüge der politischen Bildung. So trat Aristoteles für eine demokratische Haltung ein. *„Der Staat ist eine Gemeinschaft von Ebenbürtigen zum Zwecke eines möglichst guten Lebens.“* (Schausberger 1970: 25) Platon hingegen erklärte, dass nur eine Elite eine gerechte Ordnung schaffe und der Rest der Bevölkerung unmündig bleiben solle. (vgl. ebenda 1970: 24ff.)

Ausgehend von den Gedanken der Aufklärung hatte die Französische Revolution die ersten demokratischen Elemente, mit diesen Gedanken gingen ebenso europaweit die ersten Schulreformen einher.

2.1) *Erklärungsmuster zur Politischen Bildung*

Was ist Politische Bildung, woher stammt dieser Begriff und seit wann wird er verwendet? *„(...) politische Bildung als Faktor erzieherlicher Bemühungen kann in der Geschichte der Pädagogik wohl immer festgestellt werden – meist aber als mehr zufällige oder auch selbstverständliche Komponente der Gesamterziehung junger Menschen (...).“* (ebenda: 11). Die Aufgaben und Ziele sind mittlerweile in Lehrplänen festgelegt, bzw. waren es bereits in der Vergangenheit.

„Es muss also Ziel der Schule sein, demokratische Menschen zu erziehen, die sich in der gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Wirklichkeit zurechtfinden.“ (ebenda: 17) Das heißt, es muss ein Schulsystem vorhanden sein, welches die SchülerInnen zu selbstständig denkenden, kritikfähigen und eigenständigen Individuen „erzieht“, bzw. ihnen Platz gibt, sich darin selbst zu entfalten. Die Erziehung, aber

auch die Vermittlung und das Leben in einer Demokratie, ist daher bereits schon als „Politische Bildung“ zu verstehen. Das ist die konkrete Bildungsaufgabe der Schule, Demokratisierung sowie der Abbau von Hierarchien sind die zentralen Aufgaben in der Politischen Bildung, bereits in der Volksschule, bzw. bereits sogar früher. Politik ist ebenso nur möglich, wenn die Gesellschaft eine gute Bildung hat. Das ist die Voraussetzung für ein funktionierendes System. Das heißt Bildung, Pädagogik und Politik beeinflussen sich daher wechselseitig und sind nicht trennbar. Die Offenlegung von politischen Strukturen und das Erklären von Zusammenhängen in einem System sind Grundlage für die politische Bildung. Weiters muss klargestellt werden „(...) daß die politische Erziehung eine gesellschaftlich notwendige und zugleich legitime Aufgabe der Schule ist (...)“. (ebenda: 18) Auch bei den LehrerInnen muss dieses Verständnis, bereits im Rahmen ihrer Ausbildung klar gemacht und ausgebildet werden.

Weiters muss sich der Erzieher im Klaren sein, dass das Kind von Geburt an mit gesellschaftlichen Themen so auch der Politik konfrontiert ist und wird von der Umwelt beeinflusst wird. Die Sozialisation impliziert bereits seit Geburt an, Politische Bildung in dem Sinne, dass ein anderer den Kleinen etwas „lehrt“. Hierzu kommen ebenso eine Reihe von Stereotypen und Klischees, welche das Kind im Laufe seiner Entwicklung erfährt. Politik betrifft daher jede/n unbewusst aber ebenso bewusst.

2.2) Ziele

Es wird klar deutlich, dass Politische Bildung immer im zeitlichen Kontext betrachtet werden muss und stets im aktuellen Tagesgeschehen eingebettet ist. Hier tragen ganz eindeutig politische Ideologien, Werte zum politischen Bildungsbegriff bei, der sich jedoch stets wandelt. Das wirft die Frage auf, ob sich Politische Bildung der Gesellschaft anpassen soll, bzw. geschieht das ohne Wissen? Gibt es „Grundwerte“ die zu jeder Zeit, Gesellschaft, Staats- und Regierungsform passen? Auch hier versucht Schausberger eine Erklärung zu geben:

„Autoritäre Staaten in jeder Form und Gestalt haben es viel leichter, wenn von politischer Bildung die Rede ist; denn ihnen kommt es nicht im geringsten darauf an, daß der einzelne ein mitgestaltendes Subjekt des Staates ist, sie benötigen den

einzelnen lediglich als Objekt der Politik.“ (ebenda: 17) So bedeutet für Schausberger, Freiheit, dem Phänomen, nicht obligatorisch autoritären Staatsformen zu unterliegen. Die Einsicht der Menschen ist das Ziel der Politischen Bildung sowie die Mitgestaltung zum Leben.

Zusammenfassend erklärt er Politische Bildung folgend:

Politische Bildung ist keine parteipolitische Bildung, auch wenn Parteien diese Art von Bildung betreiben, jedoch steht hier die Pädagogik eher im Hintergrund. Bedeutend ist dennoch, dass auch die LehrerInnen (soweit es möglich ist) ihre Werte, Meinungen und Haltungen außen vor halten sollten. Daher sollte auch die Pädagogik im Vordergrund stehen. Wie können LehrerInnen ihre Meinungen außen vor halten, ist das denn möglich, bzw. wie? Einerseits, so zeigt es der Rückblick in die Geschichte wird Politische Bildung stets bewusst und zielgerichtet verwendet, es fehlt bewusst die notwendige Objektivität es wird offenkundig versucht, SchülerInnen zu manipulieren. Ein anderer Grund, warum LehrerInnen ihre Einstellungen mit in den Unterricht nehmen, kann ein ganz banaler sein. Ihnen fehlt das notwendige Sachwissen. (vgl. ebenda: 43)

Politische Bildung ist nicht das Ausrichten politischer Denkmuster, wie in totalitären Staaten. Hier pocht Schausberger wieder auf den Freiheitsbegriff. Auf der anderen Seite soll Politische Bildung nicht nur bloße Wissensvermittlung sein, da SchülerInnen selbst zum Denken und Partizipieren angeregt werden sollen. In diesem Kontext spricht Schausberger auch von SchülerInnen als „KundInnen“.

Jedoch sollte der Unterricht nicht nur zum Trainieren von Verhaltensweisen dienen, sondern die „Erziehung“ zur Selbstständigkeit steht hier im Mittelpunkt. Ziel ist, dass die Politische Bildung in die Pädagogik eingeschlossen werden muss und daher nie alleine agieren kann sowie stets eine Interaktion zwischen unterschiedlichsten Gruppen ist. (vgl. ebenda: 18)

Erfassend lässt sich der Begriff mit folgendem Zitat erklären: *„Sie umschließt das ganze Spannungsfeld des Politischen, Sozialen und Gesellschaftlichen; sie integriert politische, rechtliche, soziologische, ökonomische, philosophische, historische, geographische, sozialpsychologische und religiöse Aspekte.“* (ebenda: 41) Sie hört daher nie auf zu bestehen und dient der fortlaufenden Meinungs- und Willensbildung.

Hier schließt sich sehr schön der Kreis zur Politischen Bildung in der Volksschule, wo sie nicht nur ein Gegenstand ist, sondern ein Unterrichtsprinzip, welches stets, in allen Gegenständen angewendet werden soll. Drei Faktoren die einen Zusammenhang zwischen Pädagogik und Politische Bildung klarstellen sollen sind „(...)1. Kenntnisse und Wissen, 2. Erkenntnis und Einsicht sowie 3. Verhalten und Engagement. Es kann sich in der politischen Bildung also nur um ein Miteinander von Wissen, Verantworten und Tun handeln.“ (ebenda: 42)

Dachs fasst Politische Bildung folgend zusammen:

„Politische Erziehung bzw. Bildung im schulischen Bereich ist in diesem weiteren Rahmen anzusiedeln als gezielter, geplanter Versuch, entsprechendes Wissen und gewünschte politische Haltungen zu vermitteln. Das Bildungssystem, in dessen Rahmen sich diese politische Erziehung abspielt, hat, allgemein formuliert, die soziale Aufgabe, die Heranwachsenden auf das Leben in der Gesellschaft vorzubereiten, d.h. sie „gemeinschaftsfähig“ zu machen.“ (Dachs 1982: 373)

Dieser Erklärung stehe ich skeptisch gegenüber. Politische Bildung sollte eben nicht als Aufgabe haben, gewünschte politische Haltungen zu vermitteln. Vor allem wer stellt die gewünschten Eigenschaften auf? Der Lehrer? Die Lehrerin? Der Staat? Politische Bildung versteht sich als Konglomerat unterschiedlicher Verhaltensweisen, mit dem Ziel die Kinder zu demokratisieren.

Nohlen erklärt Politische Bildung im Lexikon Politikwissenschaft:

„(...) Sammelbegriff für ein schulisches oder außerschulisches institutionalisiertes oder freies, intentionales oder funktionales, aktives oder passives, verbales oder non-verbales Lernen und interaktionales Einwirken auf den (Mit-)Menschen, um polit. Verhalten, Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit, Bereitschaft und Kompetenz, demokratische Spielregeln und Grundwerte, Problembewußtsein und Urteilsfähigkeit, das Denken in Alternativen zu vermitteln.“ (Nohlen 2005: 729)

Die Politikwissenschaft ist die Wissenschaft, die sich mit Politischer Bildung am häufigsten befasst, daneben sind ebenso allgemein alle Sozial- und Humanwissenschaften damit beschäftigt, abhängig jeweils vom verwendeten Politikbegriff. Laut Nohlen ist Politische Bildung in einer Demokratie auf Inhalten gerichtet wie Freiheit, Partizipation, etc., dies ist nur durch methodische Anwendung beispielweise Selbstständigkeit, möglich und muss daher auch stets im Vordergrund der Politischen Bildung stehen. Im Sozialen Lernen ist der Erwerb dieser Eigenschaften daher unerlässlich.

Wie bereits skizziert, steht Politik im Zusammenhang mit Pädagogik und ist daher abhängig von den historischen Gegebenheiten der Gesellschaft sowie politischen Verhältnissen. Die Inhalte und die Konzepte der Politischen Bildung sind vielfältig. *„Inwieweit p.B. gelingt, hängt von dem an sie gestellten Maßstab sowie von den Verhältnissen im Lande ab.“* (ebenda: 732)

Einen zeitgemäßen Definitionsbegriff verfolgen Schubert und Klein in ihrem Politiklexikon:

„P.B. bezeichnet die vielfältigen, meist staatlich finanzierten Bemühungen, die Interessen und Fähigkeiten der Bürger und Bürgerinnen auf politische Zusammenhänge zu lenken, ihre politischen Kenntnisse und Einsichten zu erweitern, ihre Urteilskraft zu stärken und ggf. ihr politisches Engagement zu fördern.“ (Schubert 2006: 232)

Dem Staat obliegt dabei die Aufgabe der Staatsform und somit die Vermittlung der Werte Freiheit, Partizipation usw. Die BürgerInnen müssen diese Aufgaben wahrnehmen, sich engagieren und politische Verantwortung übernehmen. Ein wenig erinnert diese Definition an die Politische Bildung im Zeitalter der Monarchie. Der Wille des Staates, durchgesetzt durch finanzielle Mittel, die er bereitstellt, ist bemüht, politische Zusammenhänge zu lenken, um Einsichten zu erweitern bzw. festzulegen. Politische Bildung und so stelle ich die Behauptung auf, ist immer ein Vorgang von „oben nach unten“, der Staat, die Regierungsform gibt den Auftrag zur Politischen Bildung, bzw. betrachtet auf die heutige Zeit, stellt mehr oder weniger finanzielle Mittel für diesen Bereich bereit.

Zusammenfassung

Politische Bildung wird nach diesen Definitionen verstanden als meist auch zufällig verstandene Gesamterziehung. Ihre Hauptaufgabe besteht darin, Menschen zu demokratischen Wesen zu erziehen. Eigenschaften wie Selbstständigkeit, Konfliktbewusstsein, Gemeinschaftssinn, Mitgestaltung, Erkennen von Rechten und Pflichten, Kompetenzen zum Ausdruck sowie zum Mitteilen der eigenen Interessen sollten bereits in der Volksschule „erlernt“ werden.

Politische Bildung ist stets im zeitlichen sowie gesellschaftlichen Kontext zu betrachten, ist in die Umwelt eingebettet. Pädagogik sowie Politik beeinflussen einander wechselseitig. Die Aufgabe der LehrerInnen in der Volksschule besteht vor allem darin, komplexe Begriffe stets altersgemäß zu vermitteln. Politische Bildung sollte in allen Unterrichtsgegenständen vorkommen, daher ist sie auch ein Unterrichtsprinzip. Natürlich ist dies wieder von Lehrpersonen abhängig.

Sie ist keine parteipolitische Bildung sowie kein Antrainieren von gewünschten Verhaltensweisen und sollte individuell auf die SchülerInnen abgestimmt sein.

2.3) Politische Bildung in der Volksschule

Seit einigen Jahren streiten sich die ExpertInnen darüber, ob es sinnvoll ist, bereits in der Volksschule, bzw. eventuell schon im Kindergarten oder in anderen ähnlichen Einrichtungen Politische Bildung näher zu bringen. Aus heutiger Sicht lässt sich feststellen, dass es auf jeden Fall sinnvoll ist, den Kindern, bereits in der Volksschule Politische Bildung „beizubringen“, allerdings gibt es unterschiedliche Meinungen, was denn diese „Politische Bildung“ überhaupt ist und sein soll. Generell lassen sich drei Ansätze in diesem Bereich erkennen, die zwischen sozialem und politischem Lernen liegen, gemeinsam haben diese Ansätze alle das „Demokratie-Lernen“, welches, wiederum schwer zu definieren ist. (vgl. Massing 2007: 17) Diese Ansätze fassen am besten die Ziele der Politischen Bildung in der Volksschule zusammen und geben ebenso dem Lehrer /der Lehrerin ein gutes „Arbeitsrüstzeug“.

2.4) Drei Ansätze der politischen Bildung in der Volksschule²

Der erste Ansatz ist der, des sozialen Lernens.

„Lernen im Sozialbereich findet allerdings immer statt, auch wenn es nicht geplant ist. Leitziel sozialen Lernens ist, jedem Kind zu helfen, eine eigenständige, Ich-starke, beziehungs- und gemeinschaftsfähige Persönlichkeit zu werden. Es geht um Identitätsförderung, Verbesserung der Qualität der sozialen Beziehungen und um Stärkung der Gemeinschaftsfähigkeit.“ (ebenda: 20)

Soziales Lernen findet allerdings nicht nur im Unterricht statt, sondern ist im gesamten Schulbereich zu finden, es geht hierbei ebenso um das Übernehmen von Verantwortung, Partizipation und das stellt wiederum eine Verbindung zum Demokratie-Lernen her, bzw. die Voraussetzung für das Anwenden der Demokratie dar. Partizipation an sich, ist ein politischer Begriff, allerdings wenn diese

² Massing verwendet für seine Aufzählung der 3 Ansätze, Studien von Prote 1996, 2000, 2003, von Reeken 1999, 2005, Heidegen 1999.

Demokratisierung in den politischen Bereich hineinfällt, wird dieser Begriff entpolitisiert. (vgl. ebenda) Denn, *„Kritik in der Klasse oder in der Schule ist etwas anderes als politische Opposition und Mitbestimmung im Unterricht hat wenig mit Partizipation in der Demokratie zu tun.“* (ebenda: 21)

Der zweite Ansatz handelt explizit vom Politischen Lernen in der Grundschule. Gerade durch das Unterrichtsprinzip sollte dieses Element in der Klasse Platz finden, das Problem ist, dass meist der Politikbegriff fehlt. Massing zitiert in seinem Artikel von Reeken *„(...) der Politik definiert als „Prozesse, die nicht nur Einzelpersonen oder kleine Gruppen, sondern zumindest potenziell eine ganze Gesellschaft betreffen und die daher keinen privaten, sondern einen politischen Charakter besitzen“.* (ebenda: 21) Oft wird der Fehler gemacht, zu glauben, Politik würde in der Schule „ausgesperrt“ und habe keinerlei Bedeutung, dieser Glaube ist falsch, denn eventuell werden auch Kinder indirekt schon früh mit Politik in Verbindung gebracht. Es darf daher nicht der Fehler gemacht werden, die Kinder davor zu schützen, sondern sie als vollwertige Mitglieder in der politischen Gesellschaft wahr zu nehmen und sie auch so behandeln. Massing nennt hier als Beispiel, dass die UNO-Kinderrechtskonvention eine Partizipation von Kindern und Jugendlichen explizit fordert. *„Ziel politischer Bildung auch schon im Sachunterricht ist politische Mündigkeit.“* (ebenda: 22)

Dieser Ansatz soll politisch verstanden werden, weiters sollen laut Massing Begriffe wie Macht, Interesse und Herrschaft eingeführt werden. Hier stellt sich allerdings laut ExpertInnen das Problem, dass diese Begriffe zu abstrakt für Kinder im Volksschulalter sind. Dennoch ist es möglich, diese Wortbedeutungen ebenso für das Volksschulalter herunterzubrechen.

Der dritte und letzte Ansatz sieht einen Konnex zwischen den beiden Begriffen zuvor, nämlich soziales Lernen und politisches Lernen. Das bedeutet einerseits, soziales Leben so zu gestalten, damit es gemeinsam erlebt werden kann und etwaige Probleme, gemeinsam gelöst werden können, andererseits,

„(...) die Regeln des demokratischen Zusammenlebens (polity) zum Inhalt und die wichtigsten Probleme, die in Zukunft für das „Überleben und das gute Leben“ der Menschen notwendig sind (policy) sowie den Verlauf der

politischen Auseinandersetzung (politics). Politische Bildung soll darüber hinaus auf das Leben in der Demokratie vorbereiten, indem sie entsprechende Haltungen vermittelt.“ (ebenda: 23)

Dazu sind eben Selbst- und Mitbestimmung, kommunikative sowie kooperative Kompetenzen, aber auch das Führen von Diskussionen, das Finden von Gemeinsamkeiten und das Lösen von Konflikten notwendig. Politisches Lernen an sich bedeutet, dass Politik als Thema verstanden wird, dass politische Probleme verstanden und gelöst werden können. Allerdings sind die ExpertInnen der Meinung, dass dieses Phänomen in der Volksschule noch nicht möglich ist und die Strukturen für Kinder in diesem Alter zu abstrakt sind. Dennoch sollten demokratische Haltungen erlernt werden, welches die drei Ansätze nun in der Praxis von einander unterscheidet ist die „(...) *Bedeutung des Politischen und in der Konkretisierung um Unterricht.*“ (ebenda: 24) Politik wird als solches oft nicht, trotz des Demokratie-Lernens nicht einmal im Wortsinn benutzt, und bleibt eben „nur soziales Lernen“ sowie das Erlernen von Haltungen, eine Verbindung wäre hier als Fortsetzung von großer Bedeutung. Dieser Umstand sollte vor allem den LehrerInnen bewusst sein, um aktiv dagegenzuwirken. Politisches Lernen ist, in bestimmter Aufbereitung der LehrerInnen auf jeden Fall möglich.

„Die schon in den politikdidaktischen Konzeptionen durchscheinende Skepsis gegenüber politischem Lernen in der Grundschule findet sich in wesentlich verstärkter Form in der schulischen Praxis. Die Gründe hierfür liegen auf unterschiedlichen Ebenen. Dagmar Richter vermutet unter anderem, dass die Lehrenden in ihrer universitären Ausbildung nicht gelernt haben, „das Politische in den Themen zu entdecken und es den Schüler/innen altersgemäß zugänglich zu machen. Ihnen fehlten die Kompetenzen, auf politische Begriffe, Kategorien und Konzepte im Unterricht adäquat einzugehen.“ (ebenda: 25ff.)

Aber vor allem liegt es auch daran, dass die meisten LehrerInnen der Meinung sind, das Thema würde die Kinder kognitiv überfordern, obwohl jedes Kind bereits im Kleinkindalter durch das Elternhaus, Medien, Bekannte, Freunde mit Politik in Berührung kommt und jeder Mensch eine gewisse auch politische Sozialisation durchmacht. So wecken auch gewisse Politikthemen, eventuell, Aktuelles aus den

Medien sehr wohl das Interesse der Kinder und das sollte von den LehrerInnen bewusst aufgegriffen werden.

Die Frage, welche „politischen“ Kompetenzen ein Kind im Volksschulalter im Bereich der Bildung erwerben sollte, bleibt weitgehend offen. Es gibt unterschiedliche Vorstellungen, ob politische Ideen, Einstellungen, Handlungen, Wissen darüber bedeutend sind. Weiters lässt sich oft keine Trennung zwischen diesen Eigenschaften erkennen. Zunächst sollte allerdings die Begriffsbildung eine klare Unterscheidung zu den Wert- und Identitätsvorstellungen haben. *„Zum zweiten mischen sich auf der Inhaltsebene Aspekte der Persönlichkeitsbildung mit sozialem Lernen und politischem Lernen, was vermutlich zu Fehlkonzepten (misconceptions) führt.“* (Richter 2007:37)

Das Fachwissen wird vor allem im Sachunterricht erlernt, hier werden Begriffe wie Autorität und Macht, privat und öffentlich, Gerechtigkeit und Gemeinschaft in Kontext gebracht. Zur Erkenntnisgewinnung in diesem Bereich zählen vor allem der Ausbau und das Erwerben von Kommunikation, damit Informationen erkannt wird, dargestellt und durch unterschiedliche Gesprächspartner ausgetauscht werden kann. Kinder sind stets mit Menschen sowie mit politischen Phänomenen verbunden. Diese Verbindung zur Gesellschaft und vor allem die Verarbeitung ist Aufgabe der Schule und steigt stetig – diesen Trend sollten auch LehrerInnen in der Volksschule nutzen. (vgl. ebenda: 50ff.)

„(...) das erklärte Ziel allen politischen Lernens“, so Richter ist die Kompetenz Bewertung. (ebenda: 49) Urteile sind zu bilden, Kontext ist stets die Gemeinschaft, in der bestimmte Regeln und Gesetze herrschen. Gerade dieses Phänomen sollte praktisch in jeder Volksschulklasse erfahren werden.

Eine weitere Grundlage für politisches Handeln, bzw. die Grundlage ist Partizipation. Politische Bildung lässt sich so selbst erfahren, demokratische Kompetenzen werden dadurch selbst angeeignet. Laut Behrmann, Grammes, Reinhardt und Hampe gibt es fünf Demokratie-Kompetenzen:

„- andere Perspektiven wahrzunehmen (Perspektivenübernahme),

- *diskursiv konkurrierende Ideen und Interessen zu klären (Konfliktfähigkeit),*
- *soziale Realität problemorientiert zu analysieren (sozialwissenschaftliches Analysieren),*
- *gesellschaftliche Problemlagen, politisches Handeln und Handlungsalternativen einzuschätzen und zu bewerten (politische Urteilsfähigkeit) und*
- *sich selbst an politischen und sozialen Prozessen zu beteiligen (Partizipationsfähigkeit/demokratische Handlungskompetenz).“ (zit. nach Knauer 2007: 107)*

Diese drei Ansätze beschreiben sehr gut wie bereits in der Volksschule dieser Bereich Anwendung finden kann und soll.

2.5) Unterrichtsprinzip

Im Lehrplan der Volksschule wird in einem der Unterrichtsprinzipien explizit Politische Bildung gefordert. Der Volksschullehrplan bietet den LehrerInnen zwölf Unterrichtsprinzipien: Gesundheitserziehung, Leseerziehung, Medienerziehung, Musische Erziehung, **Politische Bildung (einschließlich Friedenserziehung)**, Interkulturelles Lernen, Sexualerziehung, Sprecherziehung, Erziehung zum Umweltschutz, Verkehrserziehung, Wirtschaftserziehung (einschließlich Sparerziehung und Konsumentenerziehung) sowie Erziehung zur Gleichstellung von Männern und Frauen. Diese Prinzipien werden als Chance für die LehrerInnen gesehen, da sie aktuelle Themen sind und den Lebensraum der Kinder betreffen und können in jedem Unterrichtsfach eingebaut werden. (vgl. Antoni 2004: 113ff.)

Ein Nachteil dieser Unterrichtsprinzipien jedoch kann sein, dass die LehrerInnen selbst entscheiden, in welchem Ausmaß sie die Bereiche in den Unterricht einbeziehen und diese Einstellung hängt vom jeweiligen Lehrpersonal ab.

Abschließend ist zu erkennen, dass die Erklärungen und Einstellungen ausgehend von Schausberger sehr treffend auf die praktischen drei Ansätze der Politischen Bildung in der Volksschule überleiten. Bereits im Lehrplan ist dieser Bereich fix durch ein Unterrichtsprinzip verankert, dies vor allem deshalb, da wie bereits beschrieben, Pädagogik und Politik nicht voneinander getrennt behandelt und bearbeitet werden sollten.

Teil II)

3) Historischer Abriss

Dieses Kapitel beschäftigt sich mit dem historischen Abriss der österreichischen Bildungsgeschichte, mit Fokus auf der Monarchie hin bis zur Ersten Republik. Lehrplan-Verordnungen sowie Reformen aus dem Bereich der Volksschule finden hier ihren Platz.

3.1) *Monarchie*

3.1.1) Allgemeine Schulordnung 1774

Die Zeit der Aufklärung brachte eine Wende der Ideologien mit sich. Religionen, Wirtschafts- und Staatsphilosophie aber auch die Erziehung wurde durch diese Strömung beeinflusst. So begann der Wunsch nach einer staatlichen und, nicht wie zuvor geistlicher Erziehung, mit dem Ziel selbstständig denkender Menschen. 1760 wird die Verstaatlichung der Schulung datiert, sowie 1774 das erste österreichische Volksschulgesetz.

„Da uns nicht so sehr als das wahre Wohl der von Gott Unserer Verwaltung anvertrauten Länder am Herzen liegt, ... so haben wir wahrgenommen, daß die Erziehung der Jugend, beyderley Geschlechts, als die wichtigste Grundlage der wahren Glückseligkeit der Nationen ein genaueres Einsehen allerdings erfordere.“ (Weiß 1904: 7)

Der Beginn der österreichischen Schulpflicht wird daher mit 1774 beziffert, in diesem Jahr leitete Maria Theresia die „Allgemeine Schulordnung“ ein. Diese Reform stand unter dem Ziel, das Schulwesen staatlich zu kontrollieren. In diesem Kontext ist der Name Johann Ignaz Felbiger von Bedeutung, der mit der Leitung des „Deutschen Schulwesens“ betraut wurde und an der Entwicklung des Lehrplans der Volksschule maßgeblich war. Die Volksschule, früher Trivialschule, sollte alle Kinder verpflichtend unterrichten. In der *„Allgemeinen Schulordnung für die deutsche Normal, Haupt- und Trivialschulen in sämtlichen kaiserlich-königlichen*

Erbländern“ (ebenda 1904) d. d. Wien den 6ten December von 1774 waren folgende Punkte formuliert:

„A. Die Religion, und deren Geschichte nebst der Sittenlehre, aus dem Lesebuche.

B. Das Buchstabenkennen, Buchstabiren und Lesen geschriebener und gedruckter Sachen, die Kurrentschrift, von der Rechenkunst die 5 Species, und Regel die einfach Regel de tri.

C. Die für das Landvolk gehörige Anleitung zur Rechtsschaffenheit, und zur Wirtschaft nach Maßgabe des hierzu verfassten Büchleins.“ (Wolf 2004: 13ff)

Weiters sind in eben dieser Schrift die Schul- sowie Ferienzeiten (zu den Erntezeiten) geregelt.

In der „Allgemeinen Schulordnung“ wurde ebenso ein 3-gliedriges Schulsystem entwickelt, aus Normalschulen (auch für die Ausbildung der Lehrer), Hauptschulen (in größeren Städten) sowie Trivialschulen (in kleineren Städten und auf dem Land).

Felbiger verlegte die Schulpflicht von 6 auf 12 Jahre. Er entwickelte die erste institutionalisierte Lehrerbildung, aber auch Fortbildungsunterricht der Kinder und Jugendlichen bis zum 20. Lebensjahr an Sonntagsschulen. Maria Theresia fertigte diese Verordnung nicht als Pflicht zum Schulbesuch, sondern als Erwerb zum Mindestmaß an Ausbildung. Zur selben Zeit hält die Industrialisierung ihren Einzug und der Einsatz der Maschinen, billige Arbeitskräfte wie Frauen und Kindern wurden in den Fabriken eingesetzt. (vgl. Böhnelt 1990: 21)

Da Felbiger Preuße war, waren viele Kritiker der Meinung, die Schulreform hätte ketzerischen Inhalt. Die höheren Stände hatten Sorge, ob es sinnvoll sei, dem gemeinen Volk lesen und schreiben beizubringen. Großer Widerstand kam allerdings aus den Reihen der Landwirtschaft, wo Kinder als Arbeitskräfte eingesetzt wurden. Aber nicht nur das Fehlen billiger Arbeitskräfte, sondern das Bezahlen des Schulgeldes war ihnen zu wider. So entwickelte sich die Schulordnung, dass kaum Kinder in die Schule gingen, zwar gab es Strafdrohungen, aber ohne wirkliche Sanktionen. Ziel war, die Haltung zur Schule zu ändern, damit die Eltern die Sinnhaftigkeit der Bildung erkennen um ihre Kinder freiwillig in die Schule zu schicken. Die hohe Bürgerschaft

war über die neue Entwicklung der öffentlichen Schulreform wenig erfreut und schickte daher, ihre Kinder in Privatschulen. Ein weiteres Problem, war das Gehalt der Lehrer, welches äußerst gering war, die Lehrer waren nebenberuflich noch als Mesner bzw. Organisten tätig, nach einer gesetzlichen Regelung waren diese Tätigkeiten nicht mehr möglich, allerdings zeigte dieses Gesetz wenig Erfolg.

3.2) Reformversuche unter Joseph II.

Als Joseph II., der Sohn Maria Theresias, an die Macht kam, passte Felbiger nicht mehr so recht in das Konzept des Herrschers. So wurde der Schwabe Joseph Anton Gall, der spätere Bischof von Linz, mit den Bildungsfragen beauftragt, sein Sprecher war Gottfried van Swieten, ein bekennender Aufklärer, Joseph II., erkannte, dass nur wenige Kinder in die Schule gingen und setzte daher Sanktionen, wie das Bezahlen des doppelten Schulgeldes.

„Ein blindes (d.h. unwissendes) Volk kann bloß denjenigen dienen, welche es als Werkzeug ihrer einseitigen schändlichen Absichten anwenden und gebrauchen“, meinte van Swieten. (ebenda: 26) Joseph II. hob mehr als 700 Klöster auf um an der Stelle 400 Pfarren mit ebenso vielen Trivialschulen zu gründen. Van Swieten setzte sich ebenso für das Weglassen des Schulgebotes ein, allerdings ohne Erfolg. Im Allgemeinen lässt sich erkennen, dass zur Zeit Joseph II. der spezifisch katholische Charakter ein wenig verschwand, auch die Schülerzahlen stiegen an. Der Schulweg musste auf 2,5 Kilometer verkürzt werden, dass führte dazu, dass mehr Schulen entstanden.

Auch das „Buch der Schande“, wurde aus Sanktionsgründen eingeführt, sowie „der Ort der Schande“, die Eltern wurden über das Fernbleiben der Kinder informiert und die Eltern „fleißiger Schulgänger“ gelobt und belohnt. Ein weiterer Schritt war, die Trivialschulen „gratis“ zu etablieren, schlussendlich mussten die Eltern der Burschen für die Schule nichts bezahlen und die Mädchen mussten weiterhin Schulgeld abgeben. Mädchen würden ohnehin bei der häuslichen Arbeit helfen müssen und bei einem Schulbesuch würde der Lehrer ein wenig mehr dazu verdienen. Ab dem Jahre 1785 sollten nur mehr vermögende Kinder für Bildung zahlen. (vgl. Engelbrecht 1984: 113ff.)

Joseph Anton Gall wurde mit der Methodik der Volksschule beauftragt und führte das sinnerfassende Lesen, Kopfrechnen und einen „zweckmäßigen“ Religionsunterricht ein. Auch erste „praktische Methoden“ wurden genutzt.

Ende des 18. Jahrhunderts erkannte man, dass den Kindern in der Trivialschule zu viele Lehrinhalte vermittelt würden. Die Folge waren Sitzungen in der Studien-Revisions-Hofkommission, Vorsitzender war hier Heinrich Franz Graf von Rottenhan. Im Staatsrat saß der für Wirtschaftspolitik zuständige Friedrich Freiherr von Eger, welcher gegen die Einbeziehung von Bischöfen in der Schulaufsicht eintrat sowie gegen die Eliminierung von Zeichnen und Naturgeschichte im Lehrplan der Hauptschule war. (vgl. ebenda: 224)

In den Trivialschulen wurden 1799 dann die Forderungen so umgesetzt:

„In den Trivialschulen auf dem Lande und in der Stadt sollte der Unterricht auf Religion, Lesen, Schreiben, Rechnen, Vermittlung von Standespflichten und einigen praktischen Verstandsübungen beschränkt werden.“ (ebenda: 224)

Kaiser Franz Joseph II. verfügte im Jahre 1800, dass an allen Schulen ein Katechet angestellt und der Religionsunterricht dadurch verbessert werden sollte. Allerdings gab es zu wenig finanzielle Mittel sowie zu wenig Priester, um diese Forderung tatsächlich umzusetzen. 1802 wurde die Studien-Revisions-Hofkommission aufgelöst und der zuständige Martin Lorenz gab ein Jahr später die Schrift „Über die Verbesserung des deutschen Schulwesens mit Inbegriff der Realschule in den k.k. Erbstaaten“ heraus, welche beinhaltete, dass die Lehrinhalte begrenzt, die Lehrer keiner Nebenbeschäftigung nachgehen dürfen, die Leitung des Schulwesens vom Staat ausgeht, allerdings auf den unteren Ebenen auch kirchliche Einrichtungen die Schulen betreuen dürfen.

3.3) Weitere Reformen

Politische Verfassung der deutschen Schulen in den k. auch k.k. deutschen Erbländern

1804 wurde schließlich diese Politische Verfassung, welche bis 1869 gültig war verabschiedet und trat offiziell mit erstem April 1806 in Kraft, diese enthielt vieles von Maria Theresia sowie Joseph II. Die Französische Revolution sowie die eingesetzten Kriege führten dazu, dass die Kirche wieder eine stärkere Macht erfuhr, das bedeutete, dass der Klerus die pädagogische Aufsicht der Kirche inne hatte, was natürlich auch finanzielle Gründe hatte. Dennoch achtete man auf die Wichtigkeit dieser Verfassung. *„Kirchliche wie staatliche Organe durften freilich nur im Rahmen der staatlichen Verordnungen tätig werden, ihr Agieren war durch die „Politische Schulverfassung“ begrenzt.“* (Engelbrecht 1984: 127) Ziele der Bildung waren vor allem die Pflichterfüllung, die Religiosität sowie die Erziehung zur Sittlichkeit. Die unmittelbare Aufsicht war durch die Kirche geregelt:

„Die nächste unmittelbare Aufsicht über jede Trivialschule, und auf dem Lande auch über jede Hauptschule ist dem Ortsseelsorger anvertraut. Dieser ist nicht nur dadurch dazu geeignet, weil der Religionsunterricht der Haupttheil der Belehrung in Volksschulen ist (...)“ (ebenda: 521)

Auch eine Geschlechtertrennung im Klassenzimmer wurde angeordnet, Ausnahme waren hier die Landschulen.

„(...) so ist in Trivialschulen dahin zu arbeiten, dass darin den Kindern die geoffenbarte Religion Jesu Christi gut und herzeindringlich gelehrt werde (...).

„Lesen, Schreiben und Rechnen sind außer der Religionslehre die einzigen eigentlichen Schullehrgegenstände, deren sie als Mittel an ihren Zwecken bedürfen, zu denen nur noch eine practische Anweisung, einige Aufsätze zu machen hinzu kommen darf.“ (Wolf 2004: 16)

Ziel der Volksschule war es vor allem, die Kinder zu frommen, religiösen Menschen zu erziehen und sie von revolutionären Gedanken abzuschotten, beispielsweise der der

Französischen Revolution. Das absolute Regierungssystem setzte seine Machtansprüche weiterhin fort.

In der Zeit zwischen 1792 und 1806 lässt sich ein Rückschlag in der Schulpolitik erkennen. Die Meinung der Studienhofkommission über die Bildung war folgende: *„Die Volksschulen seien als für sich bestehende Unterrichtsanstalten zu betrachten, jedoch so einzurichten, daß sie für eine höhere Bildung als eine feste Grundlage dienen können. Aber der größte Teil des Volkes müsse sich doch mit dem begnügen, was er in derselben empfangt.“* (Böhnel 1990: 31)

3.3.1) Vinzenz Eduard Milde

Bis ins Jahre 1806 lässt sich eine Stagnation des Bildungswesens in Österreich feststellen. Im selben Jahr erhält der Wiener Hofkaplan Vinzenz Eduard Milde (1777-1853) einen Lehrstuhl für das neue Fach Erziehungskunde. Milde lehnte, obwohl er selbst Geistlicher war, jede politische Betätigung des Klerus im Bereich der Schule ab. In seinem „Lehrbuch der allgemeinen Erziehungskunde zum Gebrauche der öffentlichen Vorlesung“, 1811/1813, stellte er Richtlinien für den Unterricht auf. Er lehnte sich damit gegen Rom auf und vertrat sogenannte „moderne Ansichten“. Ziel des Unterrichts war vor allem das Lernen und das Denken zu lehren, damit die Schüler diese Tätigkeit später auch selbst ausüben. *„Hätte man in Geiste Mildes‘ das österreichische Bildungswesen gestaltet, so würde man ein halbes Jahrhundert für den Fortschritt gewonnen haben.“* (Dittes in Milde 1877:IV)

Milde wurde 17. Mai 1777 in Brünn geboren, besuchte das erzbischöfliche Seminar in Wien und wurde 1802 Katechet in St. Anna, drei Jahre später wurde er zum Hofkaplan und zum Professor der Erziehungskunde an der Wiener Universität bestellt. Er errichtete eine Stiftung war daher maßgeblich an der finanziellen Unterstützung der Volksschullehrer tätig. Auszüge seines zweibändigen oben genannten Werkes gelangten auch an die Öffentlichkeit, nach einer langen Krankheit wurde er 1810 Pfarrer zu Wolfpassing. 1814 schließlich erlangte er das Amt des Stadtpfarrers in Krems. Milde starb am 14. März 1853.

„Auch für eine staatsbürgerliche, politische Erziehung trat er ein, da ja der Mensch nicht als Einzelwesen, sondern als Glied der Gesellschaft und als Staatsbürger lebe. Politische Bildung sollte als Unterrichtsprinzip bei passender Gelegenheit in alle Gegenstände eingehen, um dem Schüler Leitlinien für das Handeln in Staat und Gesellschaft mitzugeben.“ (Böhnel 1990: 39)

Weiters sollten die Gegenstände, das heißt, der Unterricht individuell gestaltet werden, das Interesse sollte geweckt werden, die Wichtigkeit des Gegenstandes, der Umfang des Lehrstoffes, die Schwierigkeit bzw. Leichtigkeit des Stoffes sowie eine Verbindung aller Gegenstände sollte angestrebt werden. (vgl. Milde 1877:140)

3.4) Zur Zeit Kaiser Franz Josephs I.

Ab 1848 lässt sich nicht nur politisch, ein Wandel erkennen. Am 23.3. wurde die vorhergehende Studienhofkommission vom Ministerium für öffentlichen Unterricht ersetzt und war für die Verwaltung des österreichischen Schulsystems verantwortlich. Ab diesem Zeitpunkt fanden Lehrerkonferenzen sowie Methodenfreiheit statt. Unterrichtsminister wurde Graf Franz Anton Thun-Hohenstein, er trat für ein, bereits schon lange gefordertes, Fachlehrersystem für Gymnasien ein, auch Ideen für eine Einheitsschule wurden immer lauter. Das Fachlehrersystem wurde verwirklicht, in der Volksschule änderte sich de facto nichts, die alte „Politische Schulverfassung“ galt weiterhin, auch wenn es Bestrebungen gab, diese zu ändern.

Grund dafür waren die politischen Veränderungen, die Revolution 1848/49 legte ihr Hauptaugenmerk auf eine Konstitution, Menschen- und Bürgerrechte, was eben auch für die Entwicklung der Schule maßgebend war. Auch Grundrechte wurden entwickelt, welche Folge antisemitischer Spannungen waren, da Universitäten und Mittelschulen größtenteils von der jüdischen Bevölkerung besucht wurden.

Naturgemäß ließ der Klerus diese Neuerungen nicht ohne Kritik von statten gehen, die Bischöfe meinten in einer Denkschrift aus dem Jahre 1849:

„Die Volksschulen verdanken der katholischen Kirche ihren Ursprung und werden sie von ihr losgerissen, so fallen sie der Propaganda des Umsturzes anheim. Es ist daher für die Kirche nicht minder auch für den Staat notwendig, daß der katholischen Kirche ihr leitender Einfluß auf die Volksschule bleibe.“ (zit. nach Strakosch-Graßmann 1905: 212ff.)

Die Kirche konnte ihre Macht verteidigen und so stagnierte das Volksschulwesen weiterhin. Der Klerus erhielt wieder mehr Einfluss und Macht. 1860 wurde das neu entwickelte Unterrichtsministerium aufgelöst und durch einen Unterrichtsbeirat im Staatsministerium ersetzt.

Die Dezemberfassung 1867, die nun für die Leitung des Staates verantwortlich war, war grundlegend für die Entwicklung der Bildungspolitik verantwortlich, so wurde wieder das Ministerium für Kultus und Unterricht erschaffen. Allerdings gab es noch entscheidende Rückschritte puncto Gleichberechtigung der Frauen an den Mittel- und Hochschulen, auch im Bereich der Nationalitäten und Sprache war kein Fortschritt zu erkennen. Im selben Jahr wurde ebenso das Vereinsrecht entwickelt, welches relativ liberal ausgerichtet war und es möglich machte, dass sich Privatinitiativen mit Problembereichen wie der Volksbildung, Mädchenbildung aber auch Horten auseinandersetzten und diese Elemente entwickelten.

An der Weiterentwicklung der Bildung waren aber auch die Kriege, welche Österreich ohne Erfolg verlassen musste. So gewann Preußen den Krieg 1866, diese Niederlage führte man auf die schlechtere schulische Ausbildung der Soldaten zurück. Auch am Beginn des Ersten Weltkrieges, als eine Niederlage in Sicht war, machte man die Bildung für das Scheitern verantwortlich. (vgl. Engelbrecht 1986: 19ff.)

Durch das Entstehen der konstitutionellen Monarchie und der daraus resultierenden Parteientwicklung sowie der Wahlreform 1882, kam auch die Bildung in Schwung. Oberstes Ziel der Sozialdemokraten war stets die Trennung zwischen Kirche und Staat, sowie die unentgeltliche Schulpflicht. Die Christlichsozialen stellten sich naturgemäß hinter die Forderungen der Kirche und formulierten keine eigenen Ziele.

3.5) *Das Reichsvolksschulgesetz*

1867 wurde das Reichsvolksschulgesetz verabschiedet, welches dem Staat die Obhut über die Schule einbrachte, die Schulpflicht wurde daraufhin auf acht Jahre verlängert. Ein bis zwei Jahre später gab es bereits Reformen in der Volksschule, das gesamte Volk sollte weitgehend alphabetisiert werden. Die Lehrpläne wurden neu entwickelt, der sogenannte „Normal-Lehrplan“ erteilte nun die schriftliche Grundlage des Schulsystems. Untergliedert nach ein-, zwei- und dreiklassigen Schulen wurde dieser Lehrplan 1874 eingesetzt. Neben Rechnen, Schreiben und Religion fanden sich nun auch Gegenstände wie Naturgeschichte, Turnen, Gesang, die sogenannten Realien. In der Lehrplan-Verordnung von 1874 findet man ebenso einen Hinweis auf politische Erziehung:

„C. Erdkunde. Ziel: Kenntnis, der Heimat- und des Vaterlandes nach physischen, topischen, ethnographischen und politischen Verhältnissen. Kenntnis des Wichtigsten über Europa und der übrigen Erdtheile mit Hervorhebung der Bodenverhältnisse (...) für das 3., 4. Und 5. Schuljahr (25)

Sowie für das 4. Schuljahr: „Heimatland. Graphische Darstellung desselben an der Schultafel. Übersicht über die österreichisch-ungarische Monarchie. Geographische und Culturbilder“

Auch in „D. Geschichte. Ziel: Kenntnis der hervorragenden Persönlichkeiten und Begebenheiten aus der österreichischen und allgemeinen Geschichte. Kenntnis der Grundzüge der Verfassung (...)“ (Wolf 2004: 26)

Gerade konservative Seiten konnten sich allerdings mit der „Neuschule“, Begriff für die Volksschule nicht recht anfreunden. Der Staat mische sich zu sehr ein und würde sie nach seinen politischen Vorstellungen erziehen. Vor allem die Religion würde vernachlässigt. Die Stimmen stammten naturgemäß aus den Kreisen katholisch-konservativer Gruppen. (vgl. ebenda: 26)

1883 wurde das Reichsvolksschulgesetz novelliert, die ersten drei Schuljahre sollten sich nur auf Sprachen, Lesen und Rechtschreiben beschränken. Realien wären einzuschränken. Im Bereich des Gesanges sollten vor allem Kirchenlieder gepflegt werden.

3.5.1) Die Maigesetze

In den Maigesetzen aus dem Jahre 1898 erfuhr die Monarchie erstmalig eine Trennung zwischen dem Staat und der Kirche im Bereich des Schulwesens.

„§.1. Die oberste Leitung und Aufsicht über das gesammte Unterrichts- und Erziehungswesen steht dem Staate zu und wird durch die hiezu gesetzlich berufenen Organe ausgeübt.

§.2. Unbeschadet dieses Aufsichtsrechtes bleibt die Besorgung, Leitung und unmittelbare Beaufsichtigung des Religionsunterrichtes und der Religionsübungen für die verschiedenen Glaubensgenossen in den Volks- und Mittelschulen der betreffenden Kirche oder Religionsgesellschaft überlassen.

§.3. Die vom Staate, von einem Lande oder von Gemeinden ganz oder theilweise gegründeten oder erhaltenen Schulen und Erziehungsanstalten sind allen Staatsbürgern ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses zugänglich.

(...)

§.9. Der Staat übt die oberste Leitung und Aufsicht über das gesammte Unterrichts- und Erziehungswesen durch das Unterrichtsministerium aus.“
(Engelbrecht 1986: 554)

Dieses Gesetz kann sicherlich als Meilenstein in der österreichischen Bildungsgeschichte betrachtet werden.

1898 waren vor allem auch die LehrerInnen (Unterlehrer) an einer Reform bemüht und entwickelten ein Konzept sowie eine Zeitschrift „Freie Lehrerstimme“. Karl Seitz war hier maßgeblich daran beteiligt. Sie entwickelten Grundsätze und kritisieren hierbei vor allem die Monopolbildung, dass nur Reiche Zugang zu Bildung hatten und forderten in diesem Kontext Bildung für alle Schichten. Dieses Reformkonzept bestand aus einem kritischen und prinzipiellen Teil. Die Forderungen waren sehr ähnlich mit denen der Sozialdemokraten und fanden sich schließlich später im Linzer Programm wieder. So wurden Elemente wie die Trennung Schule und Kirche, eine „gründliche“ LehrerInnenausbildung, gleiche Bezahlung der LehrerInnen durch den Staat, Freiheit der Methode, Schaffung und Erhaltung von Kindergärten und Horte

sowie Schulen für beide Geschlechter propagiert. Im ersten Teil kommt sehr stark die marxistische Ideologie zu tragen. In Folge findet man ebenso Punkte des bürgerlichen Liberalismus, da sich zu den „Jungen“ einige liberale bürgerliche Gruppierungen anschlossen. Weiters soll hier festgehalten werden, dass sich die Sozialdemokraten anderen (für die damalige Zeit wichtigeren) Punkten widmeten und dass Konzept der „Jungen“ daher nicht nur sozialistische Bereiche enthält. (vgl. ebenda: 126ff.)

1905 erfolgte die Schul- und Unterrichtsverordnung, Fokus wurde hier auf die sittlich-religiöse Erziehung gelegt. Die Verteilung des Lehrstoffes wurde auf die Bezirkslehrerkonferenzen abgewälzt.

3.6) *Überblick: Die politische Situation in der Monarchie*

Zum besseren Verständnis der Entwicklungen im Bereich der Bildungspolitik wird hier kurz die politische Situation in der Monarchie umrissen. Drei Jahrzehnte lang herrschte in Österreich eine Monarchie. 1804 wurden unter Herrschaft der Familie Habsburger die Länder im Raum Mittel- bis Zentraleuropa zum „Kaisertum Österreich“ vereinigt. Bis ins Revolutionsjahr 1848 wurde das Reich absolut regiert. Ab diesem Jahr wurde eine Versammlung gewählt und in Folge, ein Jahr später entstand eine „Konstitutionelle Monarchie“, Grund dafür waren vor allem auch die vielen Kriegsniederlagen des österreichischen Kaiserreichs.

„1867 erhielt die österreichische Reichshälfte in Form des Staatsgrundgesetzes eine Verfassung, die bis 1918 in Geltung bleiben sollte. Die Verfassung ist mit dem Begriff „Halb-“ oder „Pseudo-Parlamentarismus“ charakterisiert: Die Möglichkeiten des Parlaments, die Politik zu bestimmen, waren extrem beschränkt.“ (Pelinka 2003: 19)

Dem Kaiser war ein Reichsrat (Parlament) entgegengestellt. Der Reichsrat hatte zwei Kammern, das Herrenhaus (wie das britische Oberhaus) sowie das Abgeordnetenhaus. Diese Abgeordneten wurden bis 1907 durch das „Kurienwahlrecht“ bestimmt. Die Männer (!) wurden nach Steuerleistung in Kurien geteilt und hatten daher ein ungleiches Wahlgewicht. Diese Regierung hatte allerdings keine Möglichkeit den Kaiser „zu stürzen“. Bis 1918 hatte dieser „Parlamentarismus“ auf Österreich keinerlei Auswirkungen. Dieses System war entstanden für die Aristokratie, Bürokratie und vor allem dem Militär, vergleicht man Österreich mit anderen Staaten Westeuropas war es

„unterentwickelt“. Jedoch führte diese „Konstitutionelle Monarchie“ unter anderem sowie das „Vereinsgesetz“ zur Gründung der Parteien. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei entstand 1889. Sie war Teil der Arbeiterbewegung, und die Arbeiterklasse war auch hier Hauptklientel. Neben diesem Bereich entwickelten sich ebenso die Frauenbewegung sowie erste Gewerkschaften. Die Christlichsozialen waren ein Konglomerat aus verschiedenen Vereinen. Hauptideologie war der Bereich des katholisch-konservativen. Ihre Anhänger kamen aus dem städtischen Bereich und dem Kleinbürgertum. Das dritte Lager rund um die deutschnationale Partei, sowie die Alldeutsche Partei sahen ihre Konfliktlinie zwischen den Nationalitäten. Dieser „Pseudoparlamentarismus“ gab den Parteien allerdings keinerlei Gestaltungsmöglichkeiten, dies änderte sich mit Ausrufung der Republik 1918. (vgl. ebenda: 20ff.)

3.7) Zusammenfassung

Die überwältigende Macht des Klerus in der Monarchie lässt sehr rasch erkennen, dass die Geistlichen durchaus erkannten, dass Wissen Macht ist:

„Aber die Tatsache, daß Wissen Macht ist, setzte sich sehr bald auch in der breiten Masse durch, und so kam – und kommt es in verschiedenen Staaten noch heute – gleichzeitig mit der Beschränkung der gefährlichen und aufrührerischen Bildung von oben zum Gegendruck und zur Forderung nach verbesserter allgemeinen Volksbildung von unten.“ (Böhnel 1990:6)

Zusammenfassend lassen sich laut Engelbrecht folgende Phasen ab dem Revolutionsjahr 1848 erkennen:

Die neoabsolutistische Phase (1849/52 – 1860) war geprägt von Reformen, sowie das Erziehung und Bildung vereinheitlicht wurden. *„Vor allem wurde versucht, durch eine vaterländisch-religiöse Erziehung und darauf ausgerichtete Lehrinhalte ein übernationales österreichisches Staatsbewußtsein zu erzeugen und damit eine ideologische Fundierung der neoabsolutistischen Staatskonzeption herbeizuführen.“* (Engelbrecht 1986: 27)

Daran schließt sich die föderalistische Phase (1860-67), in der das neu erschaffene Ministerium aufgelöst und dem Staatsministerium die Bildungsaufgaben unterstellt wurden, dementsprechend rasch sank das Interesse an der Schulpolitik.

1867-1879 wird als liberale Phase betitelt, das Unterrichtsministerium wird wieder eingerichtet. Allerdings darf man nicht außer Acht lassen, dass sich zunehmend ein elitäres Bildungssystem entwickelte, welches nicht für Sozial-Schwächere ausgerichtet war. In der Volksschule wird der Einfluss der Kirche allmählich entfernt, auch die Lehrinhalte ändern sich zunehmend. Volksschulen waren nun Angelegenheit der Länder und Gemeinden. Weiters bekommt die vorschulische Erziehung, das heißt, das Kindergartenwesen, ebenso im Bildungsbereich einen Platz.

In der konservativ-katholischen Phase (1880-1897) tritt der Bildungsgedanke eher in den Hintergrund, das soziale Bewusstsein der BürgerInnen wird allerdings verschärft, da private Initiativen sich der verwahrlosten und lernbehinderten Kinder annehmen und Vereine zur Förderung dieser entwickeln.

1897 – 1918 wird als „nationalistische“ Phase eingestuft, das Nationalitätenproblem rückt immer mehr in den Vordergrund, welches von der Presse und der Öffentlichkeit voran getrieben wird, weitgehende politische Veränderungen werden gewünscht. Die Christlichsozialen erhalten den Druck der Kirche, sich wieder mehr in die Schule, vor allem in die Volksschule einzugliedern. Langsam finden sich am Beginn der Ersten Weltkriege auch militärische Übungen in der Schule. Die Bildungspolitik fand daher in erster Linie in diesem Zeitraum auf administrativer Ebene statt. Nationale Interessen waren zu dieser Zeit bedeutender, als pädagogische. (vgl. ebenda: 25-31)

In der Bildungsgeschichte der Monarchie lässt sich sehr deutlich ein Auf- und Ab einer gewissen Liberalisierung erkennen, Versuche das Bildungssystem tatsächlich zu liberalisieren, scheiterten jedoch, sicherlich aufgrund der herrschenden politischen Staatssituation. Der Klerus hatte zu dieser Zeit einfach zu viel Macht. Dennoch ist es, meiner Meinung nach, um so denkwürdiger, dass ein Priester bereits in den Jahren 1811/1813 im „Lehrbuch der allgemeinen Erziehungskunde“ die Selbsttätigkeit der SchülerInnen fordert. 1867 wurde schließlich ein neues Reichsvolksschulgesetz verabschiedet und in den Maigesetzen 1898, sicher aufgrund der Gründung der Parteien, kam es zur erstmaligen Trennung zwischen Kirche und Staat in der Schule. Natürlich darf man nicht außer Acht lassen, dass dies nur schrittweise und sehr zaghaft passierte und das Bildungswesen etwa 30 Jahre später wieder einen Rückschlag erleiden musste.

Vom Grundgedanken (These), dass Politische Bildung erst mit Glöckel den ersten „Reformer“ hatte, kann bereits in diesem Kapitel abgegangen werden. Bereits in der Zeit der Monarchie gab es Ansätze, die sogar zaghaft im Lehrplan verankert wurden, wonach Politische Bildung bzw. Erziehung in den Volksschulen gelehrt werden sollte. Bemerkenswert ist es noch, dass ein Geistlicher, nämlich Milde, sich für ein selbstständiges Denken einsetzte, in Jahren in denen bloß die Kirche Entscheidungen traf und die BürgerInnen belehrte.

4) Ein neues Schulzeitalter

Ausgehend von den in der Einleitung aufgestellten Thesen, gilt Glöckel als der Schulreformer Österreichs. Er forderte so auch Politische Bildung bereits in den „niedrigen“ Unterrichtsstufen. Daher soll hier kurz auch auf sein Leben eingegangen werden. Die wesentlichen Züge der Reform werden hier ebenso vorgestellt. Allerdings soll dieses Kapitel bloß einen Überblick geben, da das Thema ein anderes ist.

4.1) Otto Glöckel

Otto Glöckel wurde am 08.02.1874 in Pottendorf (Niederösterreich) in einem alten Schulgebäude geboren. Er war Sohn des Unterlehrers Friedrich sowie der Mutter Fanni Glöckel und so, von Geburt an, mit der Schule verbunden. Die Kirche herrschte über die Schule und so musste er bald mit diesem Zustand Erfahrung machen.

„Otto Glöckels starrer Antiklerikalismus könnte vordergründig schon darin seine Erklärung finden, daß er als einziges Kind eines liberal denkenden und das konfessionelle Schulwesen seiner Heimat Deutsch-Westungarn ablehnenden Lehrers aufgewachsen war.“ (Engelbrecht 1988:68)

Im Elternhaus selbst, war allerdings kein antiklerikaler Kurs zu bemerken, Glöckel erhielt sogar (auf eigenen Wunsch) zu Weihnachten einen Altar und spielte die Messe nach. (vgl. ebenda: 68) Was ihn dennoch zu seiner kritischen Haltung gegenüber der Kirche brachte, war vermutlich ebenso der Kontakt zu seinem Onkel der Pfarrer in Ungarn war sowie zu anderen Priestern.

Er studierte am Landeslehrerseminar in Wiener Neustadt und wurde 1892 provisorischer Unterlehrer in Wien und unterrichtete an Volksschulen im 14. Bezirk. Hier traf er vor allem auf viele unterernährte, kranke Kinder, die auch bis in die Nacht in Fabriken arbeiteten mussten. Im ersten Bezirk war das Lehrerfortbildungsinstitut, welches eine Übungsschule beinhaltete, hier bot sich dem jungen Lehrer ein ganz anderes Bild, die Kinder waren gesund und kräftig. Bereits in dieser Zeit trat er der Jungen Sozialdemokratischen Bewegung bei und trat hier bereits schon für Bildungsfragen ein, auch die Unterlehrer waren finanziell arm und daher formierte sich

um ihn eine Gruppe gegen diese Ungerechtigkeit. 1897 kündigte der damalige Bürgermeister Dr. Karl Lueger (Christlich-Sozial) Glöckel, ohne Angabe eines Grundes, seinen Vertrag als Lehrer. 1905 war er im Gremium des 1905 gegründeten Vereines „Freie Schule“. Glöckel wurde Beamter der Unfallkrankenkasse und erhielt 1907 einen Sitz im Parlament, welchen er bis 1934 inne hatte. Glöckel betätigte sich als Referent für alle Schulfragen. 1917 erschien sein Werk „Das Tor der Zukunft“, welches sein Reformprogramm darstellte.

„Otto Glöckel schuf das Schulreformwerk der Ersten Republik im Verlauf von 15 Jahren. In der ersten Etappe, die knappe 19 Monate, von 15. März 1919 bis zum 22. Oktober 1920, dauerte, das österreichische Schulreform in seiner Eigenschaft als Chef der österreichischen Schulverwaltung; in der zweiten, weitaus längeren nämlich vom 28. März 1922 bis zum 12. Februar 1934, als Wiener Schulreform in seiner Funktion als Leiter des Stadtschulrates für Wien.“ (Achs 1985: 9).

So wurde er 1919 Unterstaatssekretär für Unterricht in der Koalitionsregierung Renner-Fink. Nach der Niederlage der Sozialdemokraten 1920 wurde er Zweiter Präsident des Stadtschulrates Wien und war für die „Wiener Reform“ verantwortlich und hatte daher nur mehr auf das „Rote Wien“ Einfluss. Durch die 1930 eintretende Weltwirtschaftskrise sowie dem Austrofaschismus änderten sich naturgemäß auch die Schulreformversuche. Glöckel wurde am 13. Februar 1934 verhaftet, kam zwar am 29. Oktober wieder frei, blieb aber unter Polizeiaufsicht und starb am 22. Juli 1935 an einem Herzschlag.

4.2) Glöckels Schulreform

Durch die Proklamation in der Ersten Republik war es möglich demokratische Verhältnisse auch in das österreichische Schulsystem einzubauen. Dass das kein leichtes Unterfangen war und viele Anhänger der Monarchie sich mit diesen neuen Elementen nicht anfreunden konnten, steht außer Frage. 1918 war die Zeit für eine demokratische Schulreform unter Glöckel, der Unterstaatssekretär für Unterricht in der Regierung Renner war, reif. Eine von Glöckel neu formierte Reformabteilung widmete sich dem neuen Bereich.

„Die Konzepte der Reformabteilung bauten sich auf den Zielsetzungen und Forderungen der Sozialdemokratie, auf den Erkenntnissen und Bestrebungen der Reformpädagogik und auf dem Bedürfnis großer Bevölkerungsgruppen nach einer demokratischen, sozialen und vitalen Schule auf.“ (Achs 1985: 11)

Zu den Veränderungen zählten die Demokratisierung der Schul. Weiters sollte „das gesamte Kulturgut der Menschheit allen Kindern des Volkes – ob arm, ob reich“ zugänglich gemacht werden. (vgl. Glöckel zit. nach Achs 1985:12)

Laut Glöckel erhöht sich die Verantwortlichkeit der Gesellschaft, die Schule hatte zunächst nur die Aufgabe der Erziehungsarbeit der Familie zu ergänzen, dennoch ist die Schule nun der einzige Erziehungsort des Kindes.

„Die Schule soll erziehen, ein Brennpunkt des geistigen Lebens sein, beeinflusst von den großen Ereignissen in der Welt, sowie von den täglichen Vorkommnissen des Lebens, die Vermittlerin geistiger Nahrung.“ (Achs 1985: 100)

Weiters muss Schule über Parteien und Klassen stehen. *„Unsere Kinder müssen eingeführt werden in die Aufgaben des Lebens. Ausgestattet mit gesunden Moralbegriffen sollen sie Einblick erhalten in die Einrichtungen des Staates, auf daß sie einst von Pflicht und Recht den richtigen Gebrauch machen.“* (ebenda: 100ff.)

Hinsichtlich der Bedeutung im Bereich der Politischen Bildung sehe ich seine Forderung, dass „(...) ein berufsfreudiger, unabhängiger Lehrerstand, der, sorgfältig vorgebildet (...)“ (Glöckel zit. nach Dvořák 2005: 1) sein muss, als unerlässlich, um Politische Bildung „wertfrei“ zu unterrichten. Wie bereits im Definitionskapitel skizziert, scheitert Politische Bildung heute oft an der „fehlenden“ Ausbildung der LehrerInnen.

4.2.1) Trennung Schule und Kirche

„In einer demokratischen Republik ist es unerträglich, daß Eltern und Kinder deswegen bestraft werden sollen, weil sie an konfessionellen Veranstaltungen nicht teilnehmen, die nur dann sittlichen Wert haben, wenn sie durch die ganze Gesinnung der Form gestützt werden.“ (Achs 1985: 136)

Es soll auf Ursachen und Ergebnisse des Krieges bedacht genommen werden, kulturelle Themen sind der Geschichte über Dynastien und Herrschern vorzuziehen.

„Das Unterrichten war ja nicht die Hauptsache, der Kirchendienst wurde in den Vordergrund gerückt. Schon am frühen Morgen war die Kirche zu reinigen, waren die Glocken zu läuten; waren Schulbuben nicht abgerichtet oder nicht zugegen, weil es in der Winterszeit in der Kirche zu kalt war, so hatte der Lehrer den Geistlichen beim Altar zu bedienen, sonst war sein Platz an der Orgel. Er begleitete den Geistlichen zu den Sterbebetten, assistierte bei Hochzeiten und Leichenbegängnissen und erbettelte bei dieser Gelegenheit mit der Tasse in seiner Hand eine Entlohnung. In einer Schulklasse wurden genau soviele oder auch mehr Kinder untergebracht, als zur Not Platz hatten. Drill und Stock waren einzigen geistigen und körperlichen Erziehungsmittel.“ (zit. nach Achs 1985: 22ff.)

Im Fokus stand die Erziehung zu neuen Menschen zu Demokraten. Das Verhältnis SchülerIn – LehrerIn sollte sich grundlegend ändern. Die Mitwirkung aller in einer Schulpartnerschaft wurde angestrebt. Die neuen Reformvorschläge wurden in Form von unterschiedlichen Veranstaltungen vorgestellt, aber auch in Zeitschriften wie Volkserziehung, Schulreform dem Plenum zur Diskussion gestellt. Weiters, in Bezugnahme auf die Demokratisierung muss angemerkt werden, dass Glöckel für eine Trennung zwischen Schule und Kirche eintrat, es sollte keine gegenseitige Beeinflussung erfolgen. Schüler mussten damals an religiösen Übungen teilnehmen auch die Note hatte entscheidenden Einfluss. Bedeutend für Glöckels Reform war die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit im Schulwesen. Durch den Schulaufbau kam (kommt) es zu einer durch die Sozialisation bedingte Aussiebung der Kinder. Es erfolgt eine Trennung einerseits aus regionalen, sozialen aber auch geschlechtsspezifischen Punkten. Im Anschluss an die gemeinsame Volksschule sollte eine gemeinsame Mittelschule für die Kinder von 10 bis 14 Jahren erfolgen. Gleiche Bildungschancen sollten damit geschaffen werden. Mit dieser Forderung ging ebenso eine einheitliche Lehrerausbildung einher. Bezugnehmend auf die Vitalisierung der Schule sollte die Institution zur kindgemäßen Lebens- und Arbeitswelt des Kindes umfunktioniert werden. Glöckel versuchte von Beginn an vor allem die Lehrerschaft

für seine Ideen zu gewinnen und lud sie zur Mitsprache und –gestaltung ein. Kinder sollten zu kritischem Denken und selbstständigem Tun befähigt werden. Weiters erhielten die Kinder neue Schulbücher, die Lehrerausbildung sowie Fortbildung erfuhr einer Reform. Schulbücher, Schreibutensilien, Materialien waren kostenlos. Chronologisch betrachtet kam es 1920 zu einem Versuchs-Lehrplan, diese Frist wurde bis 1924/25 verlängert und schließlich 1926 ein neuer Lehrplan für die Volksschule entwickelt, der deutlich die Lehr- und Lernziele heraushob. 1930 wurde dieser geändert (die Sozialdemokratie war nicht mehr erste Kraft im Land), die Begriffe Gesamtunterricht sowie Selbsttätigkeit waren zwar noch enthalten, wurden allerdings mit dem Teil der religiös-sittlichen Erziehung ergänzt.

Die Schülermitbestimmung und –verwaltung war anfangs nicht im Konzept enthalten, wird allerdings als wesentliches Merkmal der Sozialdemokratie gesehen. Glöckel sprach von geeigneten Rahmenbedingungen, es entwickelte sich die „Schulgemeinde“, allerdings berechnete die nur Schüler zwischen der neunten und der zwölften Schulstufe. Die Schulgemeinde entwickelte sich als Disziplinierungsmaßnahme und nicht zur Entwicklung des Demokratiegedankens. (vgl. Engelbrecht 1988: 71)

„Die Demokratisierung des Schulwesens war in den ersten Jahren der jungen Republik ein besonderes Anliegen der Lehrerschaft, aber auch der Schulverwaltung.“ (ebenda: 83) Nicht nur Lehrern und Eltern sondern auch Schülern sollte Mitgestaltungs- und Mitspracherecht zugestanden werden. Die Begeisterung sank allerdings im Laufe der Jahre und so wurden diese wesentlichen Ziele nicht erreicht.

Die Kinder wurden stufenweise mit der Demokratie vertraut gemacht. „In der Volksschule sollte ihnen, vom Menschenleben ausgehend, das *„Zusammenleben in einem politischen Verband“* erläutert werden.“ (ebenda: 83) Ausgangspunkt in der Volksschule war/ist stets das unmittelbare Umfeld des Kindes, der Heimatgedanke, das hieß der Nationalgedanke wurde großgeschrieben. Glöckel war der Auffassung, dass man durch die Entstehung der Republik, die Geschichte Österreichs mehr als zuvor, als Teil der Geschichte Deutschlands erklären müsse. (vgl. ebenda: 84)

„Diese Richtpunkte der politischen Erziehung, die in die provisorischen Lehrpläne Eingang fanden, waren allerdings durchwegs nicht so neu, wie sie der Öffentlichkeit dargestellt wurden. Außer der Forcierung des

demokratischen Denkens und Agierens, welches tatsächlich bisher im Schulbereich wenig gefördert worden war, gewichtete die Reformabteilung bloß traditionelle Verhaltensmuster stärker. (...) Zu Pflichterfüllung und verantwortungsvollem Handeln hatte freilich noch jedes politische System aufgerufen. Es war daher nicht schwierig, über solche Erziehungsziele in einer Koalitionsregierung den Konsens herzustellen.“ (ebenda: 84)

Von wem soll Politische Bildung stattfinden? Die Rahmenbedingungen bietet der Staat, jedoch die Inhalte sowie die Umsetzung wurden nach Glöckel folgend gefordert:

„Wer ist berufen, die Schulreform durchzuführen? Pestalozzi erwartete die Durchführung einer Schulreform von einer gekrönten Person; er wurde enttäuscht. Den Völkern Österreichs wurden von den verschiedensten Regierungen Schulreformen versprochen; sie sind ausgeblieben. Das Volk muß der Träger des (sic!) großen, bedeutungsvollen Idee sein. Das Reichsvolksschulgesetz konnte nur darum zertrümmert werden, weil keine Beziehung zum Volk hergestellt war. Eine Schulreform, die das Volk erkämpft und sich dadurch zum geistigen Eigentum gemacht hat, wird nicht auf Sand gebaut sein, sie wird Verteidiger finden, begeistert und erfüllt von der Größe der Aufgabe (...)“ (Glöckel zit. nach Dvořák 2005: 2).

Einher muss deshalb die Demokratisierung der Menschen gehen. Der Staat kann demnach die finanziellen Mittel und den Rahmen bieten, jedoch die Ausübung muss durch die SchülerInnen selbst erfolgen. Das ist jedoch nur durch die bereits mehrmals in der Arbeit geforderten Eigenschaften die den Weg zur Demokratisierung ebnen, möglich.

Dvořák erklärt diese Forderung so, dass nicht der Staat vorgeben soll, was gut bzw. schlecht für das Volk ist, sondern die BürgerInnen selbst sind für sich und das Gelingen verantwortlich. Aktives Beteiligen, nicht bloß passives Aufnehmen sind die Eckpfeiler einer gelungenen bzw. einer zu gelingenden Politischen Bildung. Dvořák führt hierzu in seinem Aufsatz „Demokratie, Wissenschaft und Bildungsreform in der 1. Republik – I. Die Glöckelsche Schulreform, Beispiele an, wie Partizipation, Selbstständigkeit, Demokratisierung sowie das gemeinsame Arbeiten unter Glöckel praktiziert wurde. Thema, „*Ein Streit im Hühnerhof um Regenwürmer*.“ (Dvořák 2005:

4). Ziel dieser Unterrichtseinheit waren sämtliche Eigenschaften die notwendig sind, um die SchülerInnen zu demokratisieren. Diese Aussagen treffen ebenso den Zeitgeist von heute. (vgl. Dvořák 2005: 3ff.). Jedoch bleibt es auch heute noch, nur meist bei dieser Erkenntnis.

An diesen Aufzählungen kann man praktisch erfahren, dass es bei der Politischen Bildung, gerade auch im Bereich der Volksschule nicht nur bloß um das Erlernen von Begrifflichkeiten geht, sondern um das aktive Erfahren und Mitgestalten an einem gemeinsamen Prozess.

Otto Glöckel zum Klassenkampf

„Wir wollen innerhalb der Schule keinerlei Parteipolitik, auch nicht eine Sozialdemokratische. Politik ist keine Kindersache. Vielmehr sollen die Kinder an Gegenständen, die sie zu verfassen vermögen, zum selbstständigen Denken gebracht werden, damit sie einst, einmal reif geworden, zwischen ehrlichem, politischen Streben und Demagogie zu unterscheiden verstehen.“ (Glöckel zit. nach Achs 1975: 14)

Die Sozialdemokratie sah die Reform vor allem aber auch als Kampf gegen das Bürgertum. Die traditionelle Schule hatte keinen Platz für die Bildung von ArbeiterInnen.

4.2.2) Meinungen der Parteien zu Schulreform

Die Christlichsozialen sahen ebenso die Notwendigkeit einer Reform, übernahmen naturgemäß die Meinung ihrer „Machtzentrale“ der Kirche, der Pfarrer sollte daher Schuldirektor werden und der Dechant der Schulinspektor, ebenso sollte die Autorität des Lehrers gewahrt bleiben.

„Der ganze Unterricht der katholischen Jugend wird in allen öffentlichen als nichtöffentlichen Schulen der Lehre der katholischen Religion angemessen sein. Die Bischöfe aber werden kraft des ihnen eigenen Hirtenamts die religiöse Erziehung der Jugend in allen öffentlichen und nichtöffentlichen Lehranstalten leiten und sorgsam darüber wachen, daß es bei keinem Lehrgegenstand etwas vorkomme, was dem katholischen Glauben und der sittlichen Reinheit zuwiderläuft.“ (Konkordat, Fünfter Artikel) (Achs 1985: 188)

Wie bedeutend der Kirche die Bildungspolitik war, lässt sich daran abzeichnen, dass der 1922 abgefasste Hirtenbrief sich ausschließlich mit der Bildung auseinandersetzt. Schule muss daher weiterhin konfessionellen Charakter tragen und Kinder sollten ebenso von andersgläubigen Schülern getrennt werden, Lehrer auch. Der Religionsunterricht sollte in allen Unterrichtsgegenständen einfließen und zum Mittelpunkt der Erziehung werden, die Bibel ist daher als Grundlage zu sehen.

„Jede Scheidung der Schüler nach Konfessionen soll eine Spaltung des Volkes nach Konfessionen, wie sie im Mittelalter so herrliche Früchte in den Religionskriegen hervorgebracht hat, vorbereiten.“ (ebenda: 189) Der Klerus beruft sich weiterhin zur Rückkehr zum Alten sowie *„Weg mit dem Aberglauben an das Wissen!“* (ebenda: 189)

Die Deutschnationalen waren anfangs von der neuen Schulreform Glöckels begeistert. Rasch merkten sie allerdings an, dass diese Reform zu wenig „nationale Schule“ sei. Ziel der Schüler sollte es sein, ihr Land als „deutsches Land“ zu sehen und auch zu schätzen, dieser Passus würde in der Reform vernachlässigt.

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei vertrat folgenden Standpunkt:

„Wir wiederholen, die Schulreform ist nicht sozialdemokratisch, aber dadurch, daß die Deutschnationalen zu dem Verrat der Anschlußidee den Verrat an der Schulreform gesellen, dadurch, daß die Klerikalen nur im Bischof den führenden Schulfachmann erblicken dürfen, dadurch, daß die Sozialdemokraten die Wurzel ihrer Kraft, ihrer Entfaltung, ihrer Wirksamkeit in der Hebung der allgemeinen Volksbildung erblicken müssen, dadurch werden die Sozialdemokraten ganz naturgemäß zu Trägern und Verteidigern der Schulreform!“ (ebenda: 191)

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Glöckel sicherlich als der Reformers des österreichischen Schulwesens gilt, viele Gedanken und Ideen wurden bereits um 1905 gefasst. In dieser Zeit war er Mitglied des Vereines „Freie Schule“, welcher auch eine Zeitschrift mit dem Titel „Die Schulreform“ herausgab. Daraus finden sich ebenso einige Zitate für die spätere Inhaltsanalyse. Aufgrund der neuen politischen Verhältnisse und vor allem auch auf das starke „Rote Wien“ waren diese Reformen auch finanziell aber natürlich auch ideologisch möglich. Viele dieser Forderungen finden heute, beinahe 100 Jahre später wieder Interesse, bzw. werden noch immer vehement abgelehnt oder konnten trotz Interesse nicht umgesetzt werden.

4.3) *Exkurs: Sozialistische Erziehung*

Da die Sozialdemokraten maßgeblich an den neuen Gedanken des Bildungssystems und der Politischen Bildung tätig waren, gibt dieser Abschnitt einen Überblick über deren Forderungen.

Am 3. November 1926 hielt die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschösterreichs in Linz ihren Parteitag ab und stellte das sogenannte „Linzer Programm“ vor, welches als die bedeutendste Schrift des Austromarxismus gilt. Das Dokument ist in acht Teile gegliedert und forderte den Umbau des Gesellschaftssystems, so wurde im Bereich der Arbeit der Acht-Stunden-Tag verlangt, aber auch das Frauenrecht stand bereits im Fokus des Linzer Programmes.

Im Bereich der Bildung forderte die Partei damals, unter anderem:

„Die Sozialdemokratie erstrebt die Aufhebung des Bildungsmonopols der Bourgeoisie. Öffentlichkeit des gesamten Schulwesens. (...) Erziehung der Jugend auf allen Unterrichtsstufen zur Selbsttätigkeit (Arbeitsschule) und Selbstverwaltung (Schulgemeinde) (...) Erziehung in republikanischem und sozialem Geiste (...)“
(<http://www.marxists.org/deutsch/geschichte/oesterreich/spoe/1926/linzerprog.htm>)

Vor allem die Trennung zwischen Staat und Kirche war Hauptanliegen der sozialistischen Erziehung „(...) Das gesamte Unterrichts- und Erziehungswesen ist weltlich. Doch bleibt es jeder Weltanschauungsgemeinschaft überlassen, außerhalb des Rahmens des allgemeinen Unterrichts für Weltanschauungsunterricht (Religionsunterricht) und Kulteübungen der Schuljugend zu sorgen (...)“ (Glöckel 1928: 31)

Ein weiteres einflussreiches Werk des Austromarxismus war die Schrift von Max Adler „Erziehung zu neuen Menschen“. Er versucht die Bedeutung der Erziehung im Sozialismus aufzuzeigen und misst auch dem Verein Kinderfreunde im Bereich der sozialistischen Erziehung große Wichtigkeit bei. Vor allem weist er darauf hin, dass Erziehung niemals neutral sein kann. *„Und das ist nun in der Tat das tiefste Wesen aller Erziehung und Bildung, daß sie gar nicht neutral sein kann, weil sie keine bloße Form ist, in die jeder beliebige Inhalt hineingegossen werden kann, sondern eine wirkende Kraft in der gesellschaftlichen Entwicklung.“* (Adler 1924: 29)

Der Verein der Kinderfreunde sei für Adler vor allem auch für den Klassenkampf des Proletariats von Bedeutung. *„Die Kinderfreundevereinigungen sind Organisationen des klassenbewußten Proletariats und sollen als solche sozialistische Organisationen sein.“* (ebenda: 55) Sie sind zwar ein unpolitischer Verein, jedoch sollte in ihren Reihen, laut Adler, der Sozialismus verwirklicht werden. So wurden sie vom Vorstand 1921 auch als sozialistische Erziehungsorganisation bestellt.

Am Anfang stand vor allem die Fürsorgetätigkeit im Mittelpunkt, die Errichtung von Horten, Ernährung, Spiele und Ausflüge. Diese Tätigkeiten sollten allerdings nicht mehr im Fokus stehen, denn so würden sich die Kinderfreunde nicht mehr von bürgerlichen Organisationen unterscheiden. (vgl. ebenda: 57ff.) *„Hier also eröffnet sich das eigentliche Gebiet der Kinderfreundearbeit, wenn sie eine sozialistische sein soll; sie kann in nichts anderem bestehen als in der sozialistischen Erziehung.“* (ebenda: 63) Adler verweist in diesem Kontext auch auf den Unterschied zwischen dem russischen Bolschewismus und den Sozialdemokraten.

Neue Menschen, so auch der Titel des Buches, bedeutet, die Einstellungen der Menschen, genauer gesagt, der Jugend zu ändern und zu stärken und die Kinder für die Zukunft (sozialistisch) zu erziehen. Dem Sozialismus entsprechend, soll allerdings nicht nur davon gesprochen werden, sondern eben auch gehandelt werden. (vgl. ebenda: 68) Bildung und Erziehung seien von der Politik nicht zu trennen,

„(...) weil sie selbst politische Begriffe und Aufgaben sind, freilich nicht im Sinne der Parteipolitik, sondern in dem ursprünglichen Sinne, den das Wort Politik bei den Griechen hatte, wo es die Kunst bedeutete, das Ganze des Staates auf das beste zu verwalten. In diesem Sinne ist Politik Parteiinteresse für das Ganze, für die Gesellschaft; und in diesem Sinne kann keine Erziehung parteilos sein und war es auch nie.“ (ebenda: 77)

Hier verweist Adler wieder darauf, dass keine Erziehung neutral ist und dass man Politik nicht von der Erziehung ausgrenzen kann. Diese Aussage finde ich vor allem in Diskussionen über Politische Bildung an den Schulen äußerst interessant, denn man kann die beiden Bereiche Politik und Pädagogik de facto, von Geburt an, nicht voneinander trennen. Max Adler (nicht nur er) hatte weiters die Idee einer Gesellschaft ohne Klassen, einer freien Entwicklung eines jeden Kindes.

Kinder, aber auch LehrerInnen sollten daher in eigenen sozialistischen Erziehungsanstalten unterrichtet werden, hier geschehen vor allem im Bereich der Kinderfreunde; aber auch durch das Entstehen der Schönbrunner Kinderfreundeschule, in denen Erzieher eine sozialistische Ausbildung erhielten. Daher muss auch ein eigener Typ LehrerIn für diesen Bereich geschaffen werden, der schließlich wiederum nur die proletarischen Kinder unterrichtet.

„Dagegen hat die Kinderfreundearbeit von allem Anfang an das Ziel gehabt, über diese bloße Sorge über die körperliche Sicherheit und Wohlfahrt der Kinder hinaus ihre Seelen zu erfassen, sie mit dem hohen Idealismus einer neuen Gesellschaft zu erfüllen, die noch nicht besteht, sondern erst zu erkämpfen und aufzubauen ist, die Kinder zu Kämpfern dieser neuen Welt und neuen Sittlichkeit zu erziehen.“ (ebenda: 98)

Man darf in diesem Kontext nicht vergessen, dass die Zeit eine andere war als heute und das Wort „Kampf“ vermutlich eine andere Bedeutung als heute hat.

Interessant finde ich vor allem auch die revolutionären Gedanken zur allgemeinen LehrerInnenausbildung; Adler fordert, auch Volksschullehrer an Universitäten auszubilden, was bis heute nicht so recht funktionieren will. So sind zwar die Pädagogischen Hochschulen entstanden, aber an einer Universität gibt es dennoch keine allgemeine Ausbildung für alle LehrerInnen.

Meinungen am Parteitag SDAP 1926, aus:

„Wir müssen dafür sorgen, daß unsere Jugend zur Selbstständigkeit erzogen wird. Dazu soll uns die Methode des Arbeitsunterrichts führen.“ (Achs 1985:130)

„(...) War die Vorbedingung des Absolutismus die Heranbildung eines denkfaulen, geistig wenig regsamen, stets nach Führern ausblickenden Volkes, so liegen die Grundfesten der Demokratie in einem stolzen, arbeitsfreudigen, klugen Volkes, das von seinen Rechten den richtigen Gebrauch macht und jeden einzelnen befähigt, ein gut Stück der Verantwortung zu tragen.“ (ebenda: 130)

Die Demokratie ist so der Wegbereiter für die Handlungsfähigkeit der SchülerInnen, auch die Eltern sollen auf die Schule Einfluss nehmen und an der Gestaltung teilhaben.

„Die SchülerInnen müssen sich in ihrer eigenen Heimat zurecht finden und sich das Wissen hierzu aneignen, aber auch die Lebensweise sowie die wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse anderer Länder kennen und verstehen lernen. Bedeutend ist hier die Aneignung eines Wissens der Welt, Völkerverständnis und der Achtung gegenüber anderen Völkern.“ (ebenda: 132)

4.4) Exkurs: „Arbeiterverein Kinderfreunde“:

Der Arbeiterverein der Kinderfreunde beschäftigte sich Anfang des vorigen Jahrhunderts intensiv mit den Rechten der Kinder, so wurden auch gewisse politische Elemente bewusst in die Erziehung eingebaut. Daher möchte ich auch in dieser Arbeit auf diese Tätigkeiten und Werte eingehen.

Das Jahrhundert des Kindes

Zu Beginn des 18. Jahrhunderts gab die Schwedin Ellen Key ein Werk mit dem Titel „Das Jahrhundert des Kindes“ heraus. Den Menschen sollte bewusst gemacht werden, welches Unrecht den Kindern in der „neuen“ Industriegesellschaft widerfuhr. Viele Gedanken in diesem Buch gingen dabei auf Nietzsche zurück. Im Jahre 1907 wurde zudem in Österreich der Jugendschutzkongress veranstaltet, der sich vor allem mit den Ursachen und Formen der Jugendverwahrlosung in der Monarchie beschäftigte. (vgl. Kothlan-Werner 1982: 11)

Anton Afritsch

Anton Afritsch wurde 1873 in Klagenfurt geboren und war Sohn einer Fabrikarbeiterin. Er verbrachte seine Kindheit bei seiner Großmutter aber auch bei fremden Familien. Nach seiner Schulausbildung schloss er eine Tischlerlehre ab und arbeitete als Gehilfe in einer Parkettbrettfabrik. Hier wurde er auch das erste Mal mit der Arbeiterbewegung konfrontiert. Sein Weg führte ihn schließlich zum Grazer „Arbeiterwille“, wo er als Redakteur tätig war. Afritsch starb sehr früh, im Jahre 1924 in Graz und war daher nur kurz politisch tätig. Er war als Grazer Stadtrat für das Referat Jugend und Wohnen verantwortlich. (vgl. Bindel 1983: 25ff.)

Der Beginn

Bereits 1906/7 veranstaltete Afritsch in Graz Kindertreffen in Form von Märchenabenden in seiner Wohnung und organisierte bereits jeden Sonntag Ausflüge. Etwa 15 bis 20 Kinder nahmen an diesen Treffen teil. So wurde 1908 schließlich der „Arbeiterverein Kinderfreunde“ gegründet. Der ursprüngliche Gedanke, war der, den Eltern unter die Arme zu greifen. *„Zu einer Erziehung unter den neuen Verhältnissen in der Stadt mußten solche Eltern erst erzogen werden.“* (Kothlan-Werner 1982: 14)

Weiters meinte Afritsch

„(...) , daß es unbedingt an der Zeit sei Initiativen der klerikalen Partei, der auch in Arbeiterkreisen sehr geschätzten christlichen Caritas, endlich etwas Gleichwertiges auch von Seiten der Arbeiterpartei entgegenzusetzen (...)“ (Uitz 1975:101)

In der Arbeit stand vor allem die Liebe zur Natur, zu „guten“ Büchern und der Betätigung in der Natur, den Wanderungen im Mittelpunkt. Er meinte ebenso: *„Der Verein ist ein nicht politischer und stellt sich die Aufgabe, das geistige und das leibliche Wohl der Kinder zu fördern.“* (ebenda: 104) Jedoch gab es auch Mitglieder, die ihre Kinder sozialistisch erziehen sehen wollte. Afritsch konterte:

„Wohl hat es bei und stürmische Dränger gegeben, die von uns verlangt haben, daß wir die Kinder sozialistisch erziehen, daß sie bei den Ausflügen anstatt der Schullieder sozialistische Lieder singen sollten, daß beim 1.Mai-Festzug mitdemonstrieren sollen, daß unsere Bibliothek sozialistisch gehalten sei und ähnliches mehr.“ Aber *“(...) prinzipiell verurteilen wir bei den Gegnern, daß die ihnen anvertrauten Kinder zu Parteizwecken mißbrauchen.“* (ebenda: 105)

Kinder, so Afritsch, sollten daher von der Politik verschont bleiben. Er unterscheidet sich hier ganz klar von anderen Vertretern und Funktionären der Kinderfreunde, wie zum Beispiel Otto Felix Kanitz, auf den später eingegangen wird. Weiters sollte man nicht ausblenden, dass sich die Politik relativ rasch und klar zu Kriegsende änderte, die Sozialdemokraten feierten große Erfolge, aber auch die Kinderfreunde zählten große „Gewinne“, dass primäre Ziel der Hilfestellung wurde daher ideologisch verändert.

Bereits 1910, zwei Jahre nach der Gründung in Graz, wurde in Wien Floridsdorf die erste Ortsgruppe eröffnet. Ein Jahr später kam es zur Gründung des niederösterreichischen Landesverein (wobei Wien damals noch dazu gehörte), der die Vereinszeitschrift „Der Kinderfreund“, mit der Kinderzeitung „Jugendpost“ entwickelte. Der „Kinderfreund“ war eine Zeitschrift für Erwachsene, die Jugendpost war für Kinder mit Märchen, Erzählungen, Wander- und Reiseberichte. 1913 wurde mit dem „Verein zur Bekämpfung der Tuberkulose in der Steiermark“ die erste Kinderfreundekolonie in Gratkorn veranstaltet. Weitere Gruppen in Niederösterreich, Kärnten, Salzburg, Böhmen, Mähren und Ungarn wurden eröffnet. Bereits im Jahre 1914 zählte der Verein 4.340 Mitglieder und 18 Ortsgruppen. Nach dem Krieg widmeten sich die Kinderfreunde vor allem der Fürsorge, der Unternährung und den

gesundheitlichen Problemen der Kinder. 1920 wurde der Kinderheller, eine monatliche Abgabe der Gewerkschaft eingeführt, die dem Verein zur Unterstützung ihrer Arbeit zu Gute kam.

1934, zu Beginn des Bürgerkrieges und als Folge des Austrofaschismus wird der Verein aufgelöst, die Einrichtungen wurden beschlagnahmt. 1945 kommt es zur Neugründung, die Mitgliedszahlen steigen rasch an.

Otto Felix Kanitz

Otto Felix Kanitz gilt als der Theoretiker der sozialistischen Erziehung. Er wurde 1884 als drittes von vier Kindern geboren. Seine Eltern waren Juden und lassen sich als die Kinder noch sehr jung waren scheiden. Der Vater erhält das Sorgerecht für die drei Burschen, die Mutter für die eine Tochter. Der Vater heiratet wieder, eine Katholikin, die Kinder werden getauft. Um die junge Frau des Vaters zu entlasten, werden die Kinder in ein k.u.k. Waisenhaus am Alsergrund untergebracht. Kanitz schließt eine Handelslehre ab und kommt während seiner Lehrzeit das erste Mal mit seiner Gewerkschaft, dem Zentralverein für kaufmännische Angestellte in Berührung. Er kämpft dort gegen Lehrlingsausbeutung, Tagesunterricht an den Berufsschulen und beteiligt sich vor allem am Wahlkampf für Max Winter, dem späteren Vizebürgermeister von Wien.

Kanitz bricht den Kontakt zu seinem Vater nie ab und tritt auch, aufgrund seiner katholischen Erziehung, gegen eine billige Verspottung der Religion auf und mahnt davor, vor jeder Religion Achtung zu haben. 1919 gründete der Pädagoge die erste „Kinderepublik Österreich“ in Gmünd. Dies war die erste große Ferienkolonie Österreichs, bei der etwa 700 Kinder „Erholung“ fanden.

Er studiert schließlich Philosophie und Pädagogik und promoviert 1922 zum Doktor. Vier Jahre zuvor wird er pädagogischer Referent der Kinderfreunde.

„Sozialismus lässt sich weder erwandern noch ersingen, sondern nur erkämpfen. Die Arbeiterjugend-Organisationen werden ihre Aufgaben nur erfüllen können auf der Grundlage des politisch-wirtschaftlichen Kampfes und der marxistischen Schulung ihrer Mitgliedschaft.“ (www.roteswien.at) Er unterscheidet sich hier deutlich von der Afritschs Haltung, der den Verein als nicht-politischen sah und die Kinder von Politik fernhalten wollte. Allerdings muss man ganz klar aufzeigen, dass sich die politischen

Verhältnisse zu dieser Zeit sehr rasant änderten und daher eine andere Einstellung notwendig war.

„Die proletarische Familie ist also der denkbar ungünstigste Erziehungsboden.“
(Kotlan-Werner 1982:190)

Er stellte ebenso die Frage auf, ob die Erwachsenen zu den Kindern nicht in einem Klassenverhältnis stünden. Kanitz forderte weiters eine „Gefühlsbildung durch Symbole“, sowie es auch die katholische Kirche vertritt. Jedoch setzte er die Lehren des marxistischen Sozialismus den Lehren der katholischen Kirche gegenüber.

„Sie sind doch, wieder muß es gesagt, nein hinausgeschrien werden, vor allem in den Reihen des Proletariats selbst: Sie sind doch so wehrlos, so entsetzlich wehrlos gegen all ihren Ausbeutern und Unterdrückern, die ihnen da als Eltern, ältere Geschwister, Unternehmer, Polizisten oder Lehrer. Sie müßten verzweifeln, wenn sie nicht in sich selbst ein tröstendes Bild aufrichten würden, ein Bild ihrer Zukunft, in dem sie herrschen, indem sie Eltern, ältere Geschwister, Unternehmer, Polizisten oder Lehrer sein werden. So entsteht im proletarischen Kind ein Lebensplan (...), der ringsumher nur Sklaven und Herren sieht.“ (ebenda: 189)

Kanitz war ebenso für die Zeitschrift „Die Sozialistische Erziehung“ verantwortlich, eine Zeitschrift für Erwachsene, die die Lehren der sozialistischen Erziehung verbreitete. In seinen beiden Werke „Das proletarische Kind in der bürgerlichen Gesellschaft“ (1925), „Kämpfer der Zukunft“ (1928) baute er seine Thesen aus der marxistischen Lehre, aber auch auf Lehrsätzen des Psychologen Alfred Adlers auf. Er begründete die Schönbrunner Erziehereschule mit und war dort auch Leiter. 1932 bis 1934 war er Mitglied des Bundesrates und floh 1934 nach Brünn. Die NSDAP verhaftete ihn schließlich aufgrund seiner jüdischen Abstammung und wegen seiner Tätigkeit für die Revolutionären Sozialisten. Kanitz wird 1940 in KZ Buchenwald ermordet. (vgl. ebenda: 72ff.)

4.5) Schönbrunner Erzieherschule

Durch den Zerfall der Monarchie war das Schloss Schönbrunn praktisch frei und von niemanden genutzt, so gelang es dem damaligen Vizebürgermeister Max Winter 1919, das Schloss den Kinderfreunden zu geben. Die Schule hatte kein Öffentlichkeitsrecht, sie machte sich zum Ziel, angehende PädagogInnen so zu unterrichten, was sie für eine spätere Arbeit mit Kindern, vornehmlich im Bereich der Kinderfreunde, benötigen. Dr. Otto Felix Kanitz wurde Leiter der Schule. Viele bekannte Persönlichkeiten unterrichteten an dieser Bildungseinrichtung wie Dr. Alfred Adler (Psychologie), Prof. Max Adler (Einführung in den Sozialismus, Soziologie), Dr. Jenny Adler (Gesundheitslehre), Prof. Wilhelm Jerusalem (Allgemeine Erziehungslehre), Dr. Gerda Kautzky-Brunn (Geographie, Literatur), Josef Luitpold Stern (Literatur) und einige mehr. Die Ausbildung dauerte drei Jahre, ähnlich wie die Ausbildung an den Pädagogischen Hochschulen heute. 22 Erzieher wurden im ersten Abschlusslehrgang ausgebildet. Natürlich wurden „austromarxistische“ Elemente in der Schönbrunner Schule gelehrt. 1924 musste die Institution aus finanziellen Gründen geschlossen werden. Die meisten AbsolventInnen waren anschließend im Bereich der Kinderfreunde tätig. (vgl. Uitz 1975: 137ff.)

4.6) Tätigkeiten der Kinderfreunde

„Erziehung zu demokratischem Denken und Handeln wurde zum Hauptanliegen der Kinderfreunde. Das körperliche und geistige Wohl stand im Mittelpunkt der neuen Ideologie.“ (http://www.kinderfreunde.at/data/kf_bund/Katalog.pdf)

In Anlehnung auf die gebildeten Grundsätze wurden die Thesen bewusst in der sozialistischen Kindererziehung eingesetzt. Anfangs standen die Aktivitäten wie Wandern, Singen, Tanzen und Lesen im Fokus. Ein weiteres sehr bedeutendes Element war hier vor allem aber ebenso die Elternarbeit, welche Vorträge über Körperpflege, Säuglingspflege, allgemeine Erziehungsfragen beinhaltete. Die Kinderfreunde eröffneten ärztliche Beratungsstellen und traten offiziell gegen Kindermisshandlung, -ausbeutung und im Kampf gegen den Alkohol auf. Allerdings kritisierte der Verein, dass die Eltern sich nicht um die weitere „sozialistische Erziehung“ kümmerten, sondern die Kinder bloß zu diesen Veranstaltungen schickten und somit die Erziehung für „abgeschlossen“ hielten.

Beispiele der sozialistischen Erziehung

Kasperltheater

Hier gab es stets den „roten“ Kasperl, der gegen die Unternehmer auftritt und Partei für seine Klassengenossen ergreift. Stücke, wie „Der Kasperl beim Streik“, „Kasperl wird delogiert“, sollten den Kindern die sozialistische Ideologie „versteckt“ näher bringen.

Märchen

Das Märchen hatte bei den Kinderfreunden, bereits zu Beginn der Entstehung, große Bedeutung. Allerdings gab es viele Kritiker, vor allem die Mitglieder die danach strebten, die Kinder zu Klassenkämpfer zu erziehen. Sie waren der Meinung, dass sie die Kinder zu „weltfremden Träumer“ erziehen würden. Weiters wurde kritisiert, dass das Märchen auf feudalen Verhältnissen wie Königen beruhe, auch Lügen, wie die Geschichte des Storchs sowie dem lieben Gott würden den Kindern bewusst erzählt. (vgl. Kotlan-Werner 1982:221 ff.)

Feste und Feiern

Feste und Feiern standen im Mittelpunkt der Aktivitäten der Kinderfreunde, hier waren es vor allem der 1.Mai, der Staatsfeiertag sowie die Jugendweihe.

Ziel war die Durchführung guter, kindertümlicher Feste in den Reihen der Eltern stets mit sozialistischem Inhalt.

„Wir werden nicht alle Feste der bürgerlichen Gesellschaft mit proletarischem Geist erfüllen können (...) manche müssen wir entschieden ablehnen: vor allem Nikolo- und das Krampusfest.“ (Kotlan-Werner 1982: 245) Von der Fronleichnamsprozession sollten die Kinder aber bestimmt ferngehalten werden, daher gründeten die Kinderfreunde das Frühlingsfest, besser bekannt als der „Tag des proletarischen Kindes“.

Grundsätze für Feste:

Dekliniertes Ziel des Vereines war, die Feste in der Gemeinschaft zu vollziehen, sich alleine hervorzutun, galt als „unanständig. Weiters sollten die Feiern alkoholfrei und womöglich nicht in Gasthäusern abgehalten werden. Was den Inhalt und die Ziele der Feste betrifft, wurden Bestimmungen aufgestellt:

„1) Das Programm darf unseren Erziehungsgrundsätzen nicht zuwiderlaufen. Klerikale und nationale Tendenzen, wenn auch in noch so verhüllter Form, müssen ausgeschaltet sein. Die ersten insbesondere bei den Weihnachtsfeiern.

2) Einzelvorführungen von Kindern im Rahmen von Festen sind unbedingt zu vermeiden. Die Gemeinschaft aller Kinder soll durch Chorlieder, rhythmische Übungen, Singspiele und turnerische Vorführungen Ausdruck finden. Theaterstücke, die durch den Erziehungsbeirat weder empfohlen noch begutachten sind, dürfen nicht aufgeführt werden.“ (ebenda: 239)

Man kann durch die Arbeit der Kinderfreunde den damaligen Wunsch der Veränderung erkennen. Die Kinder sollten auf alle Fälle mehr Rechte bekommen. Relevant für diese Arbeit ist allerdings, dass dieser Verein bewusst in die Erziehung „sozialistische“ Elemente einbaute, wie den „roten Kasperl“, die Neugründung von Festen, die sich explizit von kirchlichen Feiern abgrenzen sollten. Hier kann, meines Erachtens, nicht von Politischer Bildung gesprochen werden. Im Definitionskapitel beschreibt Schausberger sehr klar, dass Politische Bildung keine parteipolitische Bildung ist, auch wenn Parteien diese Art von Bildung betreiben. Bedeutend sollte sein, dass LehrerInnen, bzw. Erzieher ihre Werte, Meinungen und Haltungen außen vor halten sollten. Das wurde hier ganz klar nicht gemacht, im Gegenteil wurden zu dieser Zeit bewusst Ideologien bereits an die Kleinsten weitergegeben.

4.7) Überblick: Die politische Situation in der Ersten Republik

Die Erste Republik führte, wenn bereits schon früher, zur Gründung vieler Parteien. Im November 1918 wurde die Republik ausgerufen. Eine „Provisorische Staatsregierung“ unter Karl Renner (Sozialdemokratische Arbeiterpartei) war der Beginn der Republik. Durch den Ersten Weltkrieg wurde Österreich „Verlierer“ und das Habsburgerreich zerbrach. Der Vertrag von St. Germain (1919) untersagte den Anschluss an Deutschland, was allerdings nicht dem Willen der meisten ÖsterreicherInnen entsprach. 1919 durften erstmalig auch Frauen wählen gehen, das Verhältniswahlrecht entstand. *„In der Provisorischen Staatsregierung arbeiteten zunächst*

Sozialdemokraten, Christlichsoziale und Deutschnationale in einer Allparteienregierung zusammen. Nachdem die Deutschnationalen als Protest gegen das Anschlussverbot die Regierung verlassen hatten, regierten bis 1920 SDAP und Christlichsoziale zusammen.“ (Pelinka 2003: 23) Geprägt war diese erste Zeit durch einen breiten Konsens der beiden Großparteien, 1920 wurde eine Bundes-Verfassung (B-VG) verabschiedet. In Folge kam es 1929 zu einer Novelle, die den Wunsch der Christlichsozialen, nach einer Stärkung des Bundespräsidenten (durch Direktwahl) herbeiführte.

Die politische Lage verschärfte sich allerdings immer mehr und so gründeten die Parteien Wehrverbände, die Sozialdemokraten den „Republikanischen Schutzbund“ und die Christlichsozialen die „Heimwehren“. Der Konsens am Beginn der Republik ging verloren und war der Beginn eines „Bürgerkrieges“. 1933 schließlich lösten die Christlichsozialen den Nationalrat „selbst“ auf. 1934 wurde auf „Grundlage“ der Partei „Vaterländische Front“ ein „autoritärer Ständestaat“ gebildet, welcher in Folge durch den Nationalsozialismus (Diktatur Hitlers) abgelöst wurde. (vgl. ebenda: 23ff.)

5) Zäsur

5.1) Austrofaschismus

Da, wie bereits in der Einleitung geschildert, der Fokus dieser Arbeit auf der Monarchie und der Ersten Republik liegt, werden der Austrofaschismus sowie der Nationalsozialismus nur kurz umrissen. Da, so ist meine Meinung, die beiden autoritären Systeme, separat in einer Arbeit aufgearbeitet werden sollten.

Die Maiverfassung 1934 und die 1930 stattgefundene Weltwirtschaftskrise lösten naturgemäß Veränderungen im österreichischen Schulwesen aus. Sparmaßnahmen waren daher die Folge, Klassen wurden aufgelassen und das Schulgeld wurde angehoben. Dieser Zustand sowie die politischen Verhältnisse führten zur Unzufriedenheit der Lehrer, die Zahl der Anhänger des autoritären „Ständestaates“ nahm ab. Im Bildungswesen wurde die Definition „deutsch“ durch „vaterländisch“, im Bezug zur Einregierungspartei „Vaterländische Front“ ersetzt, ohne den Begriff genauer zu bestimmen. Vaterländische Schülerabzeichen, ein rot-weiß-rotes Dreieck mit dem Schriftzug „Seid einig“ waren sowohl für Lehrer als auch für die Schüler zu tragen. (vgl. Engelbrecht 1988:270)

„Die Regierung sah darin einen wesentlichen Schritt, die „Schule von jeglicher Politik zu befreien“. Denn das Eintreten für das Österreichisch-Vaterländische wurde als überparteiliches Engagement eingestuft.“ (Engelbrecht 1988: 270)

Der sittlich-religiösen Erziehung kam wieder ein besonderer Stellenwert zu. Der Glöckel-Erlass wurde aufgehoben und religiöse Übungen, wie das Schulgebet und der Gottesdienst wurden wieder verpflichtend. Ziel war die österreichisch-vaterländische Erziehung auf christlicher Grundlage.

„Wirkliche Bildungs- und Erziehungsaufgabe könne nämlich von der Schule „niemals ohne klares, festes und weltanschauliches begründetes Bildungs- und Erziehungsideal“ geleistet werden.“ (ebenda: 270)

Man hätte zuvor die Schüler bewusst über das weltanschauliche Ziel im Unklaren gelassen. In der Folge entstanden neue Bücher, ab der achten Klasse kam das Fach

„Vaterlandskunde“ hinzu, um die Kinder „zur *Hingabe an ein christliches, deutsches, freies Österreich und zu verständnisvoller Teilnahme am öffentlichen Leben*“ zu erziehen. (ebenda: 271) Aufsatzwettbewerbe, militärische Jugenderziehung sowie „Vaterlandskunde“ als Prüfungsfach bei der Matura waren die nächsten Schritte im Bildungsbereich. 1937 entstand eine neue „Allgemeine Schulordnung“, die die Regeln von 1919 ersetzte. Dem Direktor kam in diesem Kontext mehr Macht und Entscheidungsfreiheit zu. Aber auch der „Vaterländische Erziehung“ außerhalb der Schule kam, besiegelt durch ein Gesetz 1936, hohe Bedeutung zu. Durch die Sparmaßnahmen, entstanden zu dieser Zeit viele private Schulen mit Öffentlichkeitsrecht, die von Religionsgemeinschaften, Orden geführt und organisiert wurden.

5.2) Nationalsozialismus

„Da die Schule „als Instrument der politischen Führung des Volkes“ aufgefaßt wurde, war der Zugriff des Nationalsozialismus rasch und kompromißlos.“ (Engelbrecht 1988:305)

Die NSDAP besetzte alle wichtigen Positionen mit ihren Leuten und war so im gesamten Bildungsbereich bestens organisiert. Jüdische Lehrer wurden sofort in den Ruhestand versetzt, die Erziehung und Ausbildung war ab sofort Aufgabe des Staates, die meisten Privatschulen wurden geschlossen. 1940 gab es ursprünglich 220 private Schulen mit Öffentlichkeitsrecht. Am Ende des selben Jahres waren nur mehr sechs übrig. Der Zustrom auf öffentliche Schulen konnte allerdings kaum bewältigt werden. (vgl. ebenda 1988:305) 1939 kam es zur Regelung der Volksschulklassen mit Richtlinien, die allerdings kaum Änderungen zum Regime hervor brachten. *„Sie forderten nämlich „sicheres Wissen und Können“ der Volksschüler, was durch Übung und planmäßige Wiederholung erreicht werden sollte, lebensnahe, anschauliche Unterrichtsgestaltung („Heimat und Volk“) und das Zusammenwirken der Fächer („Gesamtunterricht“), wo es sich natürlich ergab.“ (ebenda: 317)* Diese Regelungen könnten genauso gut auch in den heutigen Lehrplänen zu finden sein. Allerdings wurde diese Richtlinie verschärft mit dem Wissen der „Führeraulese und Führerbildung“ und dem Dienst an Volk und Staat, Leibeserziehung erhielt einen hohen Stellenwert, Heldensagen sowie im Geschichtsunterricht sollte besonders auf politische Erziehung Rücksicht genommen werden.

Bereits 1937 erschienen in Deutschland neue Richtlinien für die unteren vier Jahrgänge der Volksschule, 1939/40 wurden diese schließlich erlassen. Problematik in dieser Zeit war vor allem, dass es nicht möglich war beispielsweise Lehrbücher so schnell zu beschaffen. Die nationalsozialistische Weltanschauung kam damals sofort zu tragen. Als Grundprinzipien galten hier der Rassengedanke, die Führung des Volkes, die Ablehnung einer Demokratie, durch die Führung eines Mannes sowie der Gedanke der Volksgemeinschaft. (vgl. Nyssen 1979:20)

Abschließend um die Forderungen auch praktisch zu verdeutlichen, findet sich hier der *„Erlaß zur Einführung der Richtlinien für die unteren Jahrgänge der Volksschule“ (Fricke-Finkelburg 1989: 25ff.)*

„I. Allgemeines.

Die Erziehung des Kindes in den vier unteren Jahrgängen der Volksschule wird durch das Leben in der Heimat bestimmt. Im Mittelpunkt des erziehlischen Unterrichts steht daher die Heimatkunde. Mit ihr bildet der Deutschunterricht im Sinne der nationalsozialistischen Erziehung ein Ganzes.“ (ebenda: 26)

„II. Heimatkunde.

Im Heimatkundeunterricht sollen die Kinder die Heimat kennen, erleben und lieben und sich als in ihr verwurzelte Glieder des deutschen Volkes fühlen lernen. Der gesamte Unterricht der Volksschule dient der Heimatkunde im weiteren Sinne. Um so wichtiger ist es, daß der besondere Unterricht in der Heimatkunde in den vier unteren Jahrgängen der Volksschule nicht nur Kenntnisse vermittelt, sondern auch den festen Grund legt für Stolz, Heimat, Sippe, Stamm, Volk und Führer.“ (ebenda: 27)

1940, Richtlinien für die Volksschule

„I. Allgemeine Richtlinien

- 1. Die Aufgabe der deutschen Schule ist es, gemeinsam mit den anderen nationalsozialistischen Erziehungsmächten, aber mit den ihr gemäßigten Mitteln die Jugend unseres Volkes zu körperlich, seelisch und geistig gesunden und starken deutschen Männern und Frauen zu erziehen, die, in Heimat und Volkstum fest verwurzelt, ein jeder an seiner Stelle zum vollen Einsatz für Führer und Volk bereit sind. Im Rahmen dieser Aufgabe trägt die Volksschule die Verantwortung dafür, daß die Jugend mit den grundlegenden Kenntnissen und Fertigkeiten ausgerüstet wird, die für den Einsatz ihrer Kräfte in der Volksgemeinschaft und zur Teilnahme am Kulturleben unseres Volkes erforderlich sind (...)*
- 2. a) Eine Erziehung zur Gemeinschaft kann nur in der Gemeinschaft erfolgen. (...) In den oberen Jahrgängen der Volksschule sollen die Kinder allmählich über die Sippengemeinschaft hinaus in die große politische Volks- und Wehrgemeinschaft aller Deutschen hineinwachsen.“ (ebenda 31-32) Das sei Arbeitsziel der Volksschule. Die LehrerInnen sollen daher genügend Platz im Unterricht einräumen, um diese Erziehung zu gewährleisten. Der lebensnahe*

Unterricht steht im Mittelpunkt der Volksschule, Heimat und Volk sollen zentral sein. Schul- und Klassengemeinschaften tragen hier ihren Teil dazu bei.

Dem natürlichen Drängen der kindlichen Kräfte nach selbsttätiger und selbständiger Arbeit ist entsprechend den Erfordernissen der einzelnen Wachstumsstufen Rechnung zu tragen (...)" (ebenda: 34)

6) 1945 bis heute

„Im Jahre 1945 zeigte sich, obgleich es das österreichische Schulmanagement grundsätzlich anstrebte, daß ein vollständiges Zurückgehen auf die Zustände vor 1938 oder 1934 auch im Bildungsbereich nicht möglich war. Die durchgängige Verstaatlichung des Schulwesens und dessen zentrale Lenkung hatten offenkundige Vorteile gebracht, und man war nicht gewillt, sie ohne weiteres aufzugeben.“ (Engelbrecht 1988:348)

Beibehalten wurde auch eine Note der Beurteilungsskala, ursprünglich gab es im Nationalsozialismus sechs Noten, dies wurde auf fünf geändert, die Durchschnittsnote „Befriedigend“ wurde bis dato erhalten, so war es, auch im Bildungsbereich nicht so einfach, die letzten Jahre einfach vergessen zu lassen.

Die Lehrplanrichtlinien wurden aus den Jahren 1926 und 1930 wieder übernommen, der Religionsunterricht, der zuvor im Nationalsozialismus aufgehoben wurde, wurde wieder eingeführt.

Allerdings konnten sich SchülerInnen über 14 Jahren, bzw. auch durch ihre Eltern in Form einer schriftlichen Erklärung, vom Religionsunterricht abmelden. Bis 1955 stand das österreichische Bildungswesen auch im Zusammenhang mit den Besatzungsmächten. Zu einer Weiterentwicklung im Schulbereich kam es schließlich erst 1963, als der Lehrplan einer Veränderung erfuhr.

„Das Schulgesetzwerk von 1962 eröffnete einen neuen Abschnitt der österreichischen Bildungsgeschichte. Die fast ein halbes Jahrhundert über das Ende der Habsburgermonarchie hinaus noch wirksamen Gesetze, Strukturen, Bildungsziele und Grundeinstellungen im Schulwesen wurden teils aufgehoben, teils legistisch derart wieder eingebettet, daß sie in der veränderten Umgebung den Eindruck einer gewissen Andersartigkeit erwecken. Es stand freilich kein pädagogisches Konzept hinter dieser Neuordnung – die österreichischen Erziehungswissenschaftler verhielten sich zurückhaltend bis ablehnend -, sondern nur das Bemühen der beiden regierenden Großparteien um einen Konsens in Bildungsfragen.“ (ebenda: 479)

Im genannten Lehrplan gab es erstmalig eine Differenzierung zwischen Mindest- und Erweiterungstoffen, somit war es möglich, begabte Schüler individuell zu fördern. Die Volksschuloberstufe wurde abgebaut. In den 1970er Jahren gab es keine maßgeblichen Änderungen im Bereich der Volksschule. 1983 wurde das Vorschulklassenwesen in die Grundschule eingeführt sowie die Verbindliche Übung „Lebende Fremdsprache“. 1986 ist der aktuelle Lehrplan, der bis heute gültig ist (ohne den neueren Richtlinien), welcher als Rahmenlehrplan formuliert wurde und einen gewissen Spielraum für die LehrerInnen offen lässt. Grund war hierfür die sinkenden Schülerzahlen sowie der LehrerInnenüberschuss. In einigen Fächern gab es deshalb Änderungen. Weiters kam es zu Einführung des Minderheiten und Nachbarsprachsprinzip, Interkulturelles Lernen, der unverbindlichen Übung „Lebende Fremdsprache“, hier vor allem in Kärnten aufgrund der Minderheiten, Deutsch als Fremdsprache.

Teil III)

7) *Praktischer Teil - Erhebung der Daten: Der Versuch einer Inhaltsanalyse*

Ausgehend von denen im Einleitungskapitel aufgestellten drei Ansätzen der Politischen Bildung in der Volksschule, wurde nun versucht Kategorien für eine Inhaltsanalyse zu bilden.

Die Zitate wurden teilweise zusammengefasst, bzw. das Wichtigste für den Bereich der Politischen Bildung beschrieben, daher anderes auch weg- bzw. ausgelassen, um damit den Fokus tatsächlich auf die Politische Bildung in der Volksschule zu legen.

In der vorliegenden Literatur und den Quellen wird nicht explizit von Politischer Bildung gesprochen.³ Aufgrund der geforderten Eigenschaften, ziehe ich hier den Rückschluss nach einer gewünschten Politischen Bildung, in weiterer Folge auch von ihr als Unterrichtsprinzip.

7.1) *Zur Kategorienbildung*

Der erste Ansatz beschäftigte sich mit dem Sozialen Lernen in der Schule, welches immer stattfinden sollte. Der zweite meint das Politische Lernen an sich selbst, wie das Erlernen von Begriffen. Der letzte stellt eine Verbindung zwischen eins und zwei dar.

Im vorliegenden praktischen Teil wurden größtenteils Originalzitate beginnend mit dem Zeitalter der Monarchie bis heute auf die beschriebenen drei Ansätze hin überprüft. Bei der Inhaltsanalyse stellte sich rasch heraus, dass die Punkte 1 und 3 der Ansätze „praktisch“ schwer zu trennen sind. Vor allem da Punkt 3 einen Konnex zwischen dem ersten und dem zweiten Ansatz darstellt. Lernen im Sozialbereich, das sogenannte Soziale Lernen impliziert bereits in meinem Sinne, die Tätigkeiten wie Selbstbestimmung, Selbstständigkeit. Daher wurden schließlich nur zwei Kategorien für die Inhaltsanalyse gebildet, nämlich Soziales Lernen, das heißt im weiteren Sinne auch „Erziehung zur Selbstständigkeit, Demokratisierung“ und das „eigentliche Politische Lernen“, inklusive Begriffsdefinitionen. So stelle ich meine Hypothese auf,

³ Genauere Hinweise zur verwendeten Literatur, Quellen finden sich im Literaturverzeichnis am Ende der Arbeit.

„wenn beide Ansätze von der Vergangenheit bis heute vorkommen, spricht man bereits auch aus heutiger Sicht von Politischer Bildung.“ Weiter: Politische Bildung ist dann erfolgreich, wenn diese beiden Kategorien vorhanden sind.

Ausgangslage, Grundannahme

Noch bevor diese drei Ansätze zusammengefasst wurden, war meine Grundannahme, dass Ziel jeder Politischen Bildung ausgehend von der **Demokratie im Staat, auch durch „äußere Elemente“ wie der Schulpartnerschaft, der Weg zur Demokratisierung sein sollte, der wiederum folgende Eigenschaften** beinhalten sollte:

Selbstständigkeit, Individualität, Mitverantwortung, Gemeinschaftsleben, Gesellschaft sowie Konfliktbewältigung in der Volksschule.

Nicht außer Acht gelassen werden sollte, dass Bereiche wie Politik, Soziales, Wirtschaft bereits seit Geburt an auf das Leben des Kindes (un)bewusst einwirken.

Auf inhaltlicher Ebene, in der Schule bedeutet das wiederum folgende Ausführung:

Die Kinder sollen ihre eigene Heimat (wobei hier der Heimatbegriff sicherlich schwer zu definieren ist, bzw. wieder eine neue Chance für die Politische Bildung bietet), die Umgebung kennen lernen und auch selbst erschließen

Das soll in Form von Gelegenheits- und Individualunterricht, durch das Unterrichtsprinzip und den verschiedenen Unterrichtsformen passieren.

Zusammenfassend möchte ich daher nochmals meine beiden Kategorien und die Arbeit mit den vorliegenden Quellen erklären:

Kategorie 1:

Soziales Lernen in Form von Demokratisierung in der Schule. Eigenschaften wie Selbstständigkeit, Partizipation, Konfliktbewältigung, etc. sollen „ungezwungen“ erfahren und erlernt werden – allerdings nicht „antrainiert“ werden.

Kategorie 2:

Politik Lernen im eigentlichen Wortsinn, Definitionen und Grundbegriffe sollen im Anschauungsunterricht erfahren werden. Gerade in der Volksschule ausgehend von der

unmittelbaren Umgebung, dem Heimatort soll der Begriff allmählich erweitert werden. Praktische Beispiele wären hier der Besuch beim Bürgermeister zum Beispiel, allerdings sollten zuvor und danach diese Erlebnisse in den Politikbegriff eingebunden werden – um so die Brücke zu den Definitionen zu schlagen. Vom Heimatort ausgehend sollen die Begriffe auf Österreich, Europa (EU), die Welt ausgeweitet werden. Aktuelle Themen müssen aufgegriffen werden und stets im zeitlichen Kontext behandelt werden.

7.2) *Monarchie*

Beginnend mit dem Zeitalter der Monarchie dienten vorwiegend die fortlaufenden Quellen zur Datenerhebung, darunter finden sich schließlich die Zitate, am Ende dieses Abschnittes wird der Bereich zusammengefasst. Genauere Hinweise zu den verwendeten Quellen finden sich in der Literaturlistung am Ende dieser Arbeit.

„Allgemeine Erziehungskunde“ von Vincenz Eduard Milde, hg. von Franz Tomberger, Wien, 1877.

„§ 83. Verschiedenheit der Cultur bei den einzelnen Individuen.

Der Zweck der Cultur ist bei allen Individuen derselbe; aber der Erzieher kann diesen Zweck nicht bei allen auf dieselbe Art und durch dieselben Mittel erreichen, weil die äußere und innere Individualität verschieden sind.“ Der Erzieher „(...) muß die äußeren Umstände, besonders auch der Personen, welche auf das Kind Einfluß hatten oder noch haben, genau kennen zu lernen.“ (Milde 1877:200)

„§ 119. Der Trieb der Selbstständigkeit.

Eine andere Anlage, deren Wichtigkeit man oft ganz verkennet, und die man auszurotten sich bemühet, ist der Trieb der Selbstständigkeit, der sich durch Beharren auf den eigenen Ansichten und gefaßten Entschlüssen äußert (...).“ (ebenda: 289)
Manche, so Milde, möchten diese Willenlosigkeit herbeiführen, er lehne dies aber entschieden ab.

„2. Bildung der moralischen Urtheilskraft

Der Zögling soll Recht und Pflicht nicht als eine Sache der speculierenden Vernunft, sonder als die Richtschnur seiner Handlungen und Gesinnungen kennen lernen.“ (ebenda:228) Der Erzieher soll hierbei Beispiele lebhaft und anschaulich bringen. „Man wähle absichtlich solche Handlungen bei welchen die Kinder erkennen lernen, daß nicht die Handlung, sondern die Gesinnung den Werth bestimme, daß nicht alles was bürgerlich erlaubt ist, oder ungeahndet bleibt, auch moralisch recht ist.“ (ebenda : 229) Die Erklärung, das Erlernen von Pflichten solle gelegentlich erfolgen und eine

indirekte Anleitung sein, auf keinen Fall sollte diese Belehrung auf eine Schulstunde beschränkt sein. (vgl. ebenda :230)

„Auch die Bildung des Äußeren muß der Individualität angemessen sein und nur stufenweise geschehen.(...) Die Individualität bestimmt daher die Stufenfolge und die Grenzen der äußeren Bildung.“ (ebenda :262)

Milde beschreibt in seinem Werk vor allem die Wichtigkeit der Selbstständigkeit sowie der Individualität. Aber auch die Bereiche des anschaulichen Unterrichts sowie das Einsetzen der Vernunft (=Sinnbild der Aufklärung) stehen bei ihm im Mittelpunkt. Weiters möchte er keine Belehrung des/der LehrerIn haben. Diese Forderungen treffen vorwiegend auf die aufgestellte Kategorie 1 zu.

Jahrbuch 1882:

„Über den Stoff und die Methode des heimatkundlichen Unterrichts, von V. Pilecka.“

Er verlangte, dass man diesen Unterricht nicht nur auf den Geografieunterricht beschränken solle und stellte Punkte auf, die im Laufe des Jahres behandelt werden sollten, wie die Sonne, die Himmelskörper, aber auch Topographisches, usw.

„IV. Cl.: Weitere Umgebung des Ortes, die angrenzenden Ortschaften und ihre Fluren: Die Bezirksstadt, der Bezirk; die angrenzenden Bezirke; das Kronland. Eventuell die angrenzenden Länder., aber auch der Mensch,

IV. Cl.: Genauere Betrachtung der Stände, der Einrichtungen der Gemeinde und des Staates.“, weiter:

11. Geschichtliches: Locale Sagen, historische Ereignisse, deren Erinnerung in der Heimat lebt.

IV. Cl.: Geschichtsbilder aus der vaterländischen Geschichte mit besonderer Berücksichtigung des Heimatlandes.“ (Pilecka 1882: 108ff.), das genannte sollte in Form des Anschauungsunterrichts erfolgen.

Im Pädagogischen Jahrbuch des Jahres 1882 werden vor allem die Grundlagen für einen „zugänglichen“ Heimatunterricht der Volksschüler getroffen, daher handelt es sich hier um die Kategorie 2.

Jahrbuch 1883:

„Wie können die Schüler in der Kenntnis der vaterländischen Verfassung eingeführt werden? Von D. Simon

Simon beschreibt in seinem Artikel, dass in der Neuschule die *„Geschichte mit besonderer Rücksicht auf das Vaterland und dessen Verfassung“* gelehrt werden sollte, auch in der *„Schul- und Unterrichtsordnung“* wird hingewiesen, dass die Bildung *„mit den Hauptgrundzügen der vaterländischen Verfassung“* bestückt werden sollte. (Simon 1883: 62) Von besonderer Wichtigkeit ist es ihm aber vor allem, die Schüler darüber in Kenntnis zu setzen, dass sie nicht nur Pflichten, sondern auch Rechte haben.

„Wir sollen die Schüler zu Bildung eines möglichst selbstständigen Urtheils über die öffentlichen Angelegenheiten befähigen, nicht aber „Wirtshauspolitiker“ heranbilden. (...) Die Jugend soll die vaterländischen Institutionen kennen und lieben, sich selbst als ein wenn auch bescheidenes Glied des grossen Staatswesens fühlen lernen, von dessen Wohl und Wehe auch sein eigenes Geschick wesentlich abhängt.“ (ebenda: 62ff.)

„Die Schule begnüge sich damit, die Anregung zur Erweiterung des Wissens zu geben, die Lernfähigkeit zu wecken, das Interesse an diesen Dingen zu erzeugen.“ (ebenda: 63)

„Es wird nicht mehr geschehen können, das Einzelne das grosse Wort führen; das ganze Volk wird die Geschichte des Staates regeln helfen, wozu ihm je die Verfassung ein Recht gibt.“ (ebenda :72)

Dieses Jahrbuch spiegelt die Betonung der Selbstständigkeit der SchülerInnen, das Wecken des Interesses zum Thema, aber auch das eigentliche Lernen politischen Inhalts hin, daher Kategorie 1 und 2.

Jahrbuch 1887

Pflichte und Rechte in der bürgerlichen Gesellschaft – als Unterrichtsgegenstand, vorgetragen am 4. März 1887 von Ludwig Fleischner

Es sollte eine Art „Moralunterricht“ stattfinden, die Punkte: Das Kind in der Familie. Pflichten des Kindes gegenüber Eltern und Großeltern, Pflichten gegen sich selbst, Mitmenschen, Gott. Die Familie. Die Gesellschaft. Das Vaterland. Je besser der Lehrer, desto besser die Nation, Volk ist davon abhängig

Der Gemeinschaftssinn, das Leben in der Gemeinschaft sind hier zentrale Aussagen, natürlich ist auch hier ein Hinweis auf Gott zu erkennen, und damit ein Bezug zur Kirche.

Jahrbuch 1895

„Über staatsbürgerliche Erziehung“, vorgetragen am 2. März 1885 von Ferdinand Frank

Bereits schon seit längerem wurde, laut diesem Artikel, in der „Wiener pädagogischen Gesellschaft“ über die staatsbürgerliche Erziehung diskutiert, so meinten Pädagogen zuvor, dass die Grundidee des modernen Rechtsstaates und dem Verhältnis Bürger und Staat ausgelebt werden sollte, sowie die Kenntnisse über die Rechte und Pflichten der Bürger sollten bewusst gemacht werden. Bedeutend sei aber vor allem die Gleichberechtigung aller und die Aufklärung des Staates, denn viele, so meint Frank in seinem Artikel, sehen den Staat als großes Polizeinstitut. *„An diesen traurigen Verwirrungen ist jedenfalls der Mangel an staatsbürgerlicher Erziehung schuld.“* (Frank 1895: 53)

„Der Staat ist der Inbegriff aller jener gemeinsamen Angelegenheiten, an welchen jeder Einzelne mit seinen Interessen einerseits, mit Rechten und Pflichten andererseits beteiligt ist. Der österreichische Staat ist also der Träger der Gesamtgesellschaft in Österreich im obengenannten Sinne.“ (ebenda: 54) Die notwendige Voraussetzung ist dafür der „Gemeinsinn“.

Das „*sociale Bewusstsein (...) worunter man die Unterordnung des Individuums unter den Gesamtinteressen der Gesellschaft zu verstehen hat, so daß sich Staatsbewusstsein noch der politischen, sociales Interesse, noch der wirtschaftlichen Seite nothwendig ergänzen.*“ (ebenda: 55)

„*Eine Gesetzeskenntnis mit Rücksicht auf die Theilnahme der Staatsbürger am politischen Leben, wie sie Bruhns gedacht, wird allerdings die Volksschule nicht vermitteln können, dazu fehlen die meisten Vorbedingungen; aber die Saatkörner für die staatsbürgerliche Erziehung im weitestem Sinne, wie wir es meinen, kann und muss die Volksschule legen.*“ (ebenda: 62)

Teilhabe, Vorbereitung auf das Leben nach der Schulzeit, Gemeinwesen und das Ausbauen der Rechte für die Staatsbürger sind hier die Hauptansätze, das entspricht der Kategorie 1.

Die Schulreform, 1906-1910

„Wir wissen jetzt, daß das Kind zum Menschwerden gerade das braucht, was die bisherige Erziehung ihm mit Schlägen, Strafen, Verboten, Drohungen geraubt hat, nämlich **Geduld, Liebe, Mut, Frohsinn, Freiheit und Selbstgefühl.**“ (Die Schulreform, No.2, 1906)

„(...) *Laßt das Kind mit sich selber allein, laßt es sich selbst und in die Bilder der Welt vertiefen, laßt es sich in sich selbst beschäftigen (...)*“ (ebenda)

„*Nicht bloße Kenntnisvermittlung, sondern Willenserziehung und Charakterbildung muß vor allem das Ziel des verbesserten Systems sein.*“ (Die Schulreform, Nr. 7, 1907)

„*Geben wir statt der vielen Abstraktion mehr Anschauung, aber nicht bloß nach Bildern, sondern nach der Natur und dem Leben.*“ (ebenda)

„Um das Überwuchern des Bureaokratismus in der reformierten Schule hintanzuhalten, sollte ein Unterrichtsbeirat dem Ministerium zur Seite gestellt werden.“ (Die Schulreform, Nr. 7, 1907)

„Die Jugend muß frühzeitig zur Selbstständigkeit erzogen werden. (...) Bei der Selbstständigkeit handle es sich um die möglichst frühe Selbstbestimmung und Selbstverantwortung der Jugend, es handle sich aber auch um ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit.“ (Die Schulreform, Nr. 5,6,7, 1907)

Selbstständigkeit, Mitbestimmung, Freiheit und interessanterweise die Forderung nach einem Schulbeirat, damit nicht bloß das Ministerium entscheiden kann, das sind Gedanken der Kategorie 1.

7.3) Die Erste Republik

Staatsbürgerliche Erziehung auf heimatlicher Grundlage, aus „Volkserziehung“, Nachrichten des deutsch-österreichischen Unterrichtsamtes, Wien 1919, 20. Heft, zitiert aus: Leopold Scheuch

„Unsere Kinder müssen also kennen lernen, was ein Staatsbürger an Rechten auszuüben, an Pflichten zu erfüllen hat, und sie müssen Gelegenheit haben, schon in ihrem beschränkten Lebenskreise Rechte und Pflichten auszuüben, die denen des erwachsenen Bürgers verwandt sind.“ (Scheuch 1933: 31)

„Die Schule der Zukunft wird einen anderen Weg einschlagen müssen. Sie wird bei der Vermittlung staatsbürgerlicher Kenntnisse von der Heimat ausgehen und an die natürliche Teilnahme anknüpfen müssen, die die Kinder ihrer unmittelbaren Umgebung entgegenbringen.“ Weiter, der Heimatort „(...) bietet reiche Gelegenheit, ihnen die Notwendigkeiten des Gemeinschaftslebens und seine Gesetze deutlich zu machen.“ (ebenda: 32) Dies sollte anhand von Fragestellungen, Diskussionen und Besprechungen bereits im Volksschulalter erfolgen. Zum Thema Bürgerkunde und Geschichtsunterricht wird folgendes festgehalten:

„Bürgerkundlicher Unterricht muß Gelegenheitsunterricht sein, muß dann auftreten, wenn die psychologischen Voraussetzungen, die Teilnahme, die Aufnahmefähigkeit, gerade gegeben sind.“ (ebenda: 33)

„Wenn es uns gelingt, für eine solche bodenständige Grundlegung der Bürgerlehre die für den Erfolg jedes Unterrichtes erforderliche Teilnahme der Schüler zu wecken, und wenn wir auf unaufhörliches Ineinanderfließen von Lehre und Tat hinarbeiten, so leisten wir eine sehr nützliche Arbeit für unser Staatswesen.“ (ebenda: 34)

1919, im ersten Jahr der Republik sprechen die Experten von der Teilhabe der SchülerInnen, dem Gelegenheitsunterricht und sowie dem Begegnen und Erfahren der Heimat, entsprechend den Kategorien 1 und 2.

Richtlinien für den Gebrauch der deutschen Lehrbücher und für den Unterricht in der Geschichte und Vaterlandskunde (Erlass d.d.ö. Unterstaatssekretärs für Unterricht vom 10. September 1919)

„ (...) Abkehr von der Behandlung kriegsgeschichtlicher Einzelheiten anzustreben sein (...)“ , weiter: *„(...) eine Geschichte der Völker und ihres Lebens zu setzen, das auch andere Interessen hat, als nur politische und auch andere Kämpfe kennt, als nur solche mit kriegerischen Waffen.“* (aus: Volkserziehung, Jahrgang 1919: 261)

Die Herrscher sollten nicht gelehnet werden, allerdings sollte dieses Gesamtbild verkleinert dargestellt werden. Auch der wirtschafts- und geistesgeschichtliche Hintergrund muss klar formuliert werden, das soll auch in den Lehrtexten stattfinden.

Staatsbürgerliche Erziehung, ist auch die Schulung des Willens und die Verständigung unter den Völkern.

„Aber auch der Liebe zum eigenen Volke geben erst solche Kenntnisse rechten Inhalt, Rückhalt und Sicherheit, erst sie können unseren Schülern und Schülerinnen helfen, sich mit ein eigenes Urteil auch in politischen Dingen zu bilden, in denen sie ja schon kurze Zeit nach dem Verlassen der Schule als Staatsbürger ihr Wort mitzusprechen berufen.“ (ebenda: 264)

Mitwirkung aller in der Schulverwaltung/Selbstverwaltung:

„Fürchten wir uns nicht vor der Mitwirkung des Volkes an der Schulverwaltung!“ (Volkserziehung, Jahrgang 1919, Scheuch: 4)

„Das Ziel aller Erziehung, auch der Schulerziehung ist, für das Leben tüchtig zu machen, vorzubereiten für die Aufgaben, die das Leben dem Bürger des Staates stellt.“ (ebenda: 13)

Eigene Urteilsbildung, Schulung des Willens und die Mitwirkung des gesamten Volkes an einer neuen Schulordnung sind die Forderungen am Beginn der Ersten Republik, Kategorie 1.

Republikanische Erziehung in der Volksschule. Vortrag gehalten bei der Tagung der „Ethischen Gemeinde“ in Wien, am 7. Februar 1926.

„Es wäre ein unverzeihlicher Fehler, etwa zu glauben, daß die Schule dadurch republikanisch erziehe, daß sie das Wort Republik recht oft im Munde führt und in offiziellen Feierlichkeiten etwa so verherrlicht, wie sie früher die Monarchie verherrlicht hat.“ (Scheuch 1933: 36)

„Hinsichtlich des sog. Staatsbürgerlichen Unterricht ist es seit langem eine Streitfrage unter den Fachleuten, ob staatsbürgerliche Belehrungen in Form eines eigenen Unterrichtsgegenstandes in eigenen Unterrichtsstunden erteilt werden sollen oder ob sie besser im Rahmen der verschiedenen Unterrichtsgegenstände ihren Platz finden.“

„(...) Ich führe meine Person neige schon deshalb für die zweite Behandlungsart, weil ich glaube, daß sich auf diese Weise viel mehr Gelegenheit zu staatsbürgerlichen Belehrungen ergeben und der Erfolg wegen der mannigfaltigen Verknüpfbarkeit der Vorstellungsmassen weitaus dauerhafter sein wird (...)“ (ebenda: 36)

„Von Schülern, die durch eine republikanische Pflichtschule hindurchgegangen sind, muß man erwarten, daß sie mit den Elementen des geordneten Gemeinschaftslebens in Gemeinde, Land und Bund vertraut sind. Sie sollen wissen, wie die gesetzgebenden und verwaltenden Körperschaften zustande kommen, sollen die Bedeutung von Wahlen beurteilen können, sollen mit ihren eigenen künftigen Pflichten und Rechten bekannt sein und sollen vor allem aus dem staatsbürgerlichen Unterrichte die Erkenntnis gewonnen haben, daß in der Republik der Staat nicht etwas von den Bürgern Verschiedenes, eine fremde Gestalt ist, der man unterworfen ist, sondern daß der Staat wir alle sind und es in unsrer eigenen Hand liegt, unser Schicksal zu formen.“ (ebenda: 36-37)

„Die Republik braucht andere Bürger und daher eine andere Erziehung in der Pflichtschule. (...) Worauf es ankommt, das ist vielmehr, immer neue und wachsende Aufgaben bereitzustellen, an denen Selbständigkeit im Dienste einer Gemeinschaft geübt werden kann.“ (ebenda :38) Weiter. „Das moderne Schulleben bietet in Fülle Anlässe zur Betätigung des Gemeinschaftssinnes.“ (ebenda: 39) Dies sollte beispielsweise durch Schulfeste zu Stande kommen. Auch die „(...) Schüler zur Mitarbeit an der Aufrechterhaltung der Ordnung heranziehen (...)“ (ebenda: 40)

„Wir müssen alles daran setzen, daß die Überlegenheit der republikanischen Staatsform über alle anderen klar und deutlich in Erscheinung tritt, daß die Vorzüge, deren Erkenntnis wir in den Kindern aufleuchten lassen möchten, auch wirklich da sind. Wahrhaftigkeit ist wie überall in der Erziehung auch hier die Voraussetzung für Erfolg.“ (ebenda: 42)

Heimatkunde auf der ersten bis vierten Schulstufe, Lehrziele:

„Die Heimatkunde soll des Kindes‘ Sinn und Verständnis für die Natur und für das Gemeinschaftsleben, insbesondere für dessen sittliche Voraussetzungen, von der Heimat aus erschließen. (...) Denkwürdiges aus der Vergangenheit der Heimat wird sorgsam beachtet und durch ständiges Beziehen auf die Gegenwart wird dem Verständnis für geschichtliche Entwicklung vorgearbeitet. Das Verstehen der heimatlichen Umwelt soll auch dadurch gefördert werden, daß dem natürlichen Interesse des Kindes für das Fremde und Ferne gelegentlich Rechnung getragen wird.“ (aus: Volkserziehung, Jahrgang 1924: 182)

Soll Politische Bildung ein Unterrichtsfach werden, oder ständig in den Unterricht einfließen? Hier spricht sich das Gremium eindeutig für eine Form aus, die dauernd stattfinden sollte. Gemeinschaft erleben und erfahren, Selbstständiges Handeln sowie der eindeutige Hinweise auf die Heimatkunde, auch im Rahmen der Gemeinschaft sind die Kernaussagen dieses Vortrages und passen zu beiden Kategorien.

7.4) Politische Bildung heute

Der Lehrplan der Volksschule legt bereits zu Beginn, im Allgemeinen Bildungsziel, die Grundsätze für eine politische Bildung.

„Die jungen Menschen sollen zu gesunden, arbeitstüchtigen, pflichttreuen und verantwortungsbewussten Gliedern der Gesellschaft und Bürgern der demokratischen und bundesstaatlichen Republik Österreich herangebildet werden. Sie sollen zu selbstständigem Urteil und sozialem Verständnis geführt, dem politischen und weltanschaulichen Denken anderer aufgeschlossen sowie befähigt werden, am Wirtschafts- und Kulturleben Österreichs, Europas und der Welt Anteil zu nehmen und in Freiheits- und Friedenslieben an den gemeinsamen Aufgaben der Menschheit mitzuwirken.“ (Lehrplan der Volksschule 2001: 1)

Weiters: *„(...) Erweiterung bzw. Aufbau einer sozialen Handlungsfähigkeit (mündiges Verhalten, Zusammenarbeit, Einordnung, Entwicklung und Anerkennung von Regeln und Normen; Kritikfähigkeit)“ (ebenda: 1)*

„Konflikte, die sich aus dem Zusammenleben bzw. aus Interessensunterschieden ergeben, müssen frühzeitig zum Gegenstand gemeinsamer Reflexion gemacht werden; dabei wird die Schülerin bzw. der Schüler Mittel und Wege der Konfliktbewältigung kennen lernen.“ (ebenda: 2)

Schulpartnerschaft

„Im Hinblick auf die vielfältigen Aufgaben der Grundschule ist der enge Kontakt zwischen Lehrerin bzw. Lehrer und Eltern besonders wichtig. (...) Diese Zusammenarbeit wird in besonderem Maße gefördert, wenn die Eltern auch an der Gestaltung schulischer Aktivitäten mitwirken.“, weiter: „Aber auch die enge Wechselwirkung von schulischem und außerschulischem Lernen macht eine kontinuierliche Zusammenarbeit der Schule und den Eltern bzw. Erziehungsberechtigten erforderlich.“ (ebenda:12)

Soziales Lernen

Grundgerüst der Politischen Bildung in der Volksschule ist das Soziale Lernen, welches sogar im Lehrplan ausdrücklich erwähnt wird.

„Die Förderung der Persönlichkeit der Kinder zielt einerseits auf die Stärkung des Selbstwertgefühls und andererseits auf die Entwicklung des Verständnisses für andere ab. In besonderer Weise ermöglicht diese: das Mit- und Voneinanderlernen, das gegenseitige Helfen und Unterstützen, das Erwerben einfacher Umgangsformen, das Entwickeln und Akzeptieren von Regeln bzw. eines Ordnungsrahmens als Bedingung für Unterricht, das gewaltfreie Lösen bzw. das Vermeiden von Konflikten, das Erkennen und Durchleuchten von Vorurteilen, das ansatzweise Verständnis für Manipulation, die Sensibilisierung für Geschlechterrollen.“ (ebenda: 20)

Um diese Anforderungen auch umzusetzen, sollten unterschiedliche Sozialformen, Gruppen- und Partnerarbeit, Kreisgespräche, Rollenspiele in den Unterricht, vorwiegend auch „unbewusst“ eingesetzt werden. Das Kind als solches, wenn es in die Schule eintritt, geht von einem „Ich-Bewusstsein“, aus welches im Laufe der Jahre zu einem „Wir-Gefühl“ und einem Gemeinschaftssinn kommen soll. Soziales Lernen bietet vor allem dann eine große Chance, wenn Kinder mit unterschiedlichen Voraussetzungen in der Klasse sind, das heißt, einerseits, aus verschiedenen Nationalitäten und Ethiken, Kinder mit besonderem Förderbedarf und speziellen Bedürfnissen.

Heimatunterricht

Die Bildungs- und Lehraufgabe des Unterrichtsgegenstandes Sachunterricht meint, „(...) *den Schüler befähigen, seine unmittelbare und mittelbare Lebenswirklichkeit zu erschließen.*“ (ebenda: 84) Der Gegenstand gliedert sich in fünf Erfahrungs- und Lernbereiche, wobei für die Politische Erziehung vor allem der Bereich Gemeinschaft, Zeit und Raum von Bedeutung ist.

Das Gebiet Gemeinschaft erklärt sich so „*Dieser Teilbereich gewinnt seinen Lerninhalt aus der Eingebundenheit des Schülers in seine unmittelbare soziale Umwelt und macht ihm seine Bezogenheit auf größere soziale Gebilde und Einrichtungen bewusst*“, weiter „*In diesem Teilbereich ist anzustreben, dass sich die Schüler zunehmend selbst besser kennen lernen und ihre soziale Handlungsfähigkeit erweitern.*“ (ebenda)

Der Erfahrungs- und Lernbereich Raum meint, „(...) *werden exemplarische Einsichten in das Beziehungsgefüge von Mensch und Landschaft am Beispiel des Heimatortes, des politischen Bezirkes und des Bundeslandes (...) erworben.*“ (ebenda)

Der Bereich Zeit definiert sich folgend „(...) *Das Bewusstsein, dass sich soziale, politische, wirtschaftliche und kulturelle Gegebenheiten in der Gegenwart auswirken und die Zukunft beeinflussen können, soll gefördert werden. Darüber hinaus soll das Bemühen um da (sic!) friedliche Zusammenleben und Zusammenwirken von Menschen einsichtig gemacht werden.*“ (ebenda)

Zum Unterrichtsprinzip

„Politische Bildung“

„Die österreichische Schule kann die im §2 des Schulorganisationsgesetzes u.a. formulierte Zielsetzung, Schülerinnen und Schüler sollen zu selbständigem Urteil und sozialem Verständnis geführt, dem politischen und weltanschaulichen Denken anderer aufgeschlossen sowie befähigt werden, am Wirtschafts- und Kulturleben Österreichs, Europas und der Welt Anteil zu nehmen und in Freiheits- und Friedensliebe an den gemeinsamen Aufgaben der Menschheit mitzuwirken, nur erfüllen, wenn sie Politische Bildung bei Kindern und Jugendlichen entsprechend berücksichtigt.“

(http://www.bmukk.gv.at/schulen/unterricht/prinz/politische_bildung.xml, 07.08.2009. 10:48)

„Politische Bildung setzt sich mit politischen Fragestellungen der Gegenwart, ihren historischen Zusammenhängen und den Möglichkeiten der Einflussnahme auf Entscheidungen auseinander. Sie ist eine Voraussetzung sowohl für die Entwicklung individueller Kompetenzen als auch für die Sicherung und Weiterentwicklung der Gesellschaft insgesamt. In einer Zeit, die durch steigende Komplexität in allen Lebensbereichen – Globalisierung, Phänomene der Mediendemokratie, zunehmend nicht-nationalstaatliche oder gar mehrfache Identitäten von Bürgerinnen und Bürgern, veränderte Sozialisation von Kindern und Jugendlichen, ungleiche Macht- und Ressourcenverteilung zwischen Frauen und Männern sowie zwischen den Generationen –, gekennzeichnet ist, bedeutet Politische Bildung einen aktiven Beitrag zur Gestaltung der Gesellschaft sowie zur Verwirklichung und Weiterentwicklung der Demokratie und Menschenrechte.“(http://www.bmukk.gv.at/schulen/unterricht/prinz/politische_bildung.xml, 07.08.2009. 10:48)

Die heutige Verankerung der Politischen Bildung im Lehrplan der Volksschule fasst die aufgestellten Ansätze und Kategorien sehr gut zusammen. Es handelt sich demnach einerseits um das Soziale Lernen, die Mitbestimmung eines/einer jede(n) Einzelne(n),

der Erziehung zur Selbstständigkeit, und den anderen aufgestellten Eigenschaften. Andererseits, aber auch des Politiklernens an sich, welches sich am besten in dem Erschließen des Heimatortes, der Heimat an sich erlernen lässt.

7.4.1) Exkurs I:

Bereits in der Einleitung habe ich davon gesprochen, nicht wesentlich auf das Ziel und das „Gelingen“ von Politischer Bildung bis heute einzugehen, dennoch möchte ich kurz auf einen Passus im Lehrplan der Volksschule eingehen, der mich schon, bei der Ausbildung zur Volksschullehrerin zum Nachdenken bewegte. Einige Jahrhunderte wurden dazu verwendet, um die Trennung des Staates von der Kirche im Bereich der Schule zu erringen, umso mehr kann es einem allerdings wundern, wenn gleich am Beginn des Lehrplanes der Volksschule Kinder nach „*sittlich religiösen Werten*“ erzogen werden sollen. Natürlich kann dieser Passus unterschiedlich interpretiert werden, die Entwicklung der Bildung hat jedoch gezeigt, wie bedeutend die Trennung der Kirche von der Bildung war. Hier meine ich allerdings nicht nur die katholische Erziehung. Jahrhunderte lang wurde für eine Trennung von Staat und Kirche, bzw. Bildung und Kirche gekämpft und daher sehe ich diesen Passus ziemlich skeptisch. Eine andere Frage stellt sich für mich ebenso, was das Wahre, Gute und Schöne in diesem Kontext ist und wer dies zu beurteilen hat.

„(...), an der Entwicklung der Anlagen der Jugend nach sittliche religiösen und sozialen Werten sowie nach den Werten des Wahren, Guten und Schönen durch einen ihrer Entwicklungsstufe und ihrem Bildungsweg entsprechenden Unterricht mitzuwirken.“ (Lehrplan der Volksschule 2001:1)

7.4.2) Exkurs II:

Schulautonomie aus heutiger Sicht

In den letzten 20 Jahren werden immer wieder Gedanken zur Schulautonomie aufgeworfen, auch hier die Anmerkung, dass es sich hier keineswegs um eine neue Forderung handelt.

Im Bildungsbericht 2009 des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur (BmuKK), wird „(...) *Schulautonomie als Versuch, „den Bürgern direkte Teilhabe an der konkreten Gestaltung des sozialen Miteinanders [...] zu ermöglichen“* (112). *„Hierzu gehören u.a. Bewegungen zur Öffnung der Schule, zur Community School, zur Demokratieerziehung, aber auch die Förderung des Privatschulwesens.“* (Schratz 2009: 323) Dieser Vorschlag bietet demnach eine wichtige Grundlage für eine Demokratie an sich auch im Schulbereich. Legistisch findet sich die Schulautonomie auch in der SchOG-Novelle (BGBl. 323/1993) und in der Novellierung des Schulunterrichtsgesetzes (1993). Ein wesentlicher Bestand dieser Autonomie ist aber auch die Lehrplangestaltung. Der Begriff Schulpartnerschaft schwirrt ebenso seit jeher im Bereich der Demokratisierung der Schule herum. Um diesen Bereich abzuschließen, meinen die ExpertInnen des BmuKK das Reformbesuche zeigen, dass *„(...) die Schulautonomie-Diskussion in Österreich (auch im internationalen Vergleich) noch nicht zum Abschluss gekommen ist und in vieler Hinsicht entwicklungsoffen ist (...)“* (Schratz 2009: 329)

Dieser Bereich zeigt sehr gut die in der Einleitung aufgestellten Argumente, dass Politische Bildung ständig dabei ist, sich zu verändern und vermutlich nie abgeschlossen werden kann.

7.5) *Zusammenfassung, Auswertung*

Die Auswertung dieser Inhalte ist chronologisch erfasst, beginnend mit der Monarchie:

Milde gilt für mein Verständnis, in Anlehnung an meine Recherchen, als Pionier der Politischen Bildung, durch sein Lehrbuch der Allgemeinen Erziehungskunde beschreibt er die Unterschiedlichkeit der Individuen, so dass Umwelt, in weiterer Folge Sozialisation, auf Kinder von Beginn an Einfluss auf die Bildung sowie die Erziehung der Kinder nimmt. Eigene Ansichten, selbstständiges Handeln sollen Ziele bei der Erziehung und Entwicklung der SchülerInnen sein. Der Lehrer, die Lehrerin sollte zudem den Unterricht anschaulich und lebhaft gestalten und die Kinder selbst erfahren lassen - vor allem nicht belehrend wirken.

Es wurden Eigenschaften beschrieben, die sich auch heute in der Politischen Bildung im Bereich Volksschule finden sollten –das forderte Milde bereits Mitte des 19. Jahrhunderts. Allerdings gibt er keine Ratschläge zum eigentlichen Politiklernen, das heißt der aufgestellten Kategorie 2. Jedoch, so denke ich, war es nicht sein Ziel Politische Bildung per se zu entwickeln.

Vor allem in den Pädagogischen Jahrbüchern (1882, 1883, 1887 und 1895) gab es eine Reihe von Vorträgen sowie Berichten rund um ein Entstehen von Politischer Bildung, natürlich auch nicht im Wortsinn und so wie der Terminus heute verwendet wird, jedoch aufgrund der geforderten Elemente und meinen aufgestellten Kategorien sind ganz klar Merkmale der Politischen Bildung zu erkennen.

Konkret wird auch das Politiklernen (Kategorie 2) durch den unmittelbaren Zugang mit dem Heimatort und in Folge durch das „Erforschen“ des Bezirkes usw. in Form von Anschauungsunterricht beschrieben.

Partizipation, ein wesentlicher Bestandteil der Politischen Bildung, das Wissen über Rechte und Pflichten, Gleichberechtigung sowie der Gemeinschaftssinn sind ebenso zentrale Elemente in der heutigen Politischen Bildung und wurden so auch um 1880, meist noch gemeinsam mit der Allmächtigkeit Gottes skizziert.

Weiters sollten und so erklären es heutige „Politische Bildungs-Experten“ in der Volksschule keinerlei abstrakten Begriffe verwendet werden, sondern kindgemäß ein Bezug aufgebaut werden.

In den Zeitschriften „Schulreform“, des Vereines „Freie Schule“, deren Mitglied auch Otto Glöckel war, spricht man konkret von der praktischen Umsetzung, der Erziehung zur Selbstständigkeit, dem Anschauungsunterricht, Selbsterfahrung sowie der Forderung nach einem Unterrichtsbeirat, der dem Ministerium zur Seite gestellt werden sollte, damit die „Macht“ nicht nur auf die Verwaltungsebene konzentriert wird.

Mit dem Entstehen der Ersten Republik sowie durch die neue Staatsform der Demokratie, war der Weg für die tatsächliche Umsetzung der Politischen Bildung frei.

Schlagworte waren in dieser Zeit, das Erkennen, dass die BürgerInnen Rechte und Pflichten haben, dass Kinder für das Leben lernen sollen und nicht bloß von Demokratie gesprochen wird, welches für mich das primäre Ziel Politischer Bildung ist, die Demokratisierung, Partizipation im Staat. Die praktische Ausübung wurde durch den Bereich des Heimatunterrichts – danach Bezirk, Land, Bund des Kindes erfahren. Die SchülerInnen sollten sich ihre eigenen Urteile bilden, dass wiederum verlangt das „Erlernen“ verschiedener Kompetenzen, Sprache, etc. Erstmalig wurde auch die Mitwirkung der Schulverwaltung, in Folge erkenne ich das, als die heutige Schulpartnerschaft, gefordert.

Besonders war ebenso der Hinweis, dass Politische Bildung nicht als eigenes Unterrichtsfach „gelehrt“ werden sollte, sondern stetig in den verschiedenen Unterrichtsgegenständen, daher das heutige Unterrichtsprinzip Platz findet. Soziales Lernen (auch nicht als solches so benannt) beispielsweise bei Schulfeiern, war Grundprinzip im Rahmen der Forderungen.

Der Sprung in die Gegenwart lässt das damals geforderte zusammengefasst im heutigen Lehrplan der Volksschule nachlesen. Im Allgemeinen Bildungsziel wird als Ausgang die Demokratie verstanden. Von Österreich aus, weiter EU, Europa, usw.

sollten Konflikte gemeinsam gelöst werden, Partizipation, Friedenserziehung Schulpartnerschaft sind zentrale Forderungen und sollen auch umgesetzt werden, sowie das „Soziale Lernen“.

Der Heimatunterricht findet sich im Sachunterricht – wobei ich diese Bezeichnung für nicht mehr zeitgemäß halte, bzw. die Umsetzung mit diesem Begriff nicht ganz übereinstimmt. Im Zuge der Globalisierung, EU-Erweiterung, etc. und so wird es auch im Lehrplan beschrieben, treffen inzwischen (natürlich gab es dieses Phänomen bereits Jahrhunderte zuvor) viele unterschiedliche Kulturen, Ethiken, Werte zusammen. Der Heimatbegriff wird daher auch für Kinder anders verstanden, Heimat heißt nicht gleichzeitig, auch wenn das Kind in Österreich lebt, Heimat – und genau dieser Gegenstand sollte als Chance, auch in der Politischen Bildung gesehen und erfahren werden. Dieser Bereich fehlt allerdings ganz und gar im Lehrplan und auch in den Diskussionen, rund um Politische Bildung.

Zusammenfassend lässt sich, im Zuge meiner Recherchen, folgendes feststellen:

Über zwei Jahrhunderte gab es einen regelrechten „Kampf“ um Politische Bildung – dieser Kampf war gleichzeitig ein „Kampf“ für die Partizipation des Volkes. Lange Zeit waren Klerus und Staat verschmolzen und das hat sich naturgemäß auf die Bildungssituation ausgewirkt.

Bereits in der Monarchie kam es zu eindeutigen Forderungen und Ideen in diesem Bereich. Allerdings war die Umsetzung aufgrund politischer „Rahmenbedingungen“ = Monarchie nicht möglich. Gegen Ende der Monarchie, mit der Bildung der ersten Parteien wurden die Forderungen zunehmend klarer und deutlicher formuliert. An dieser Stelle muss auch auf Hans Kelsen vermerkt werden, welcher sich auch bereits zur Zeit der Monarchie für Politische Bildung einsetzte, hier allerdings vorwiegend in der Erwachsenenbildung – später auch in der Ersten Republik an den Volkshochschulen aktiv war und daher in dieser Arbeit nicht besonders berücksichtigt wird, jedoch soll ein Zitat hier erwähnt werden:

„Wenn sich die staatliche Einheit für eine soziale Wirklichkeitsbetrachtung nicht erkennen läßt, wenn der Staat nicht auch im sozialen Sinne einer Einheit

der ihm rechtlich zugehörigen Menschen ist, wenn die juristische Konstruktion der einheitlichen Staatsperson sich als politische Fiktion erweist, weil die wirtschaftlichen Klassengegensätze, weil nationale und religiöse Differenzen das nur juristische Ganze des Staatsvolkes in zahlreiche feindliche Gruppen zerreißen, die kein anderes gemeinsames Band umschlingt, als die Soll-Geltung einer Rechtsordnung, die selbst wieder nur das Diktat einer einzelnen Gruppe oder Klasse ist? – dann erhebt sich die Frage, ob solcher Staat das höhere sittliche Recht, ja ob er überhaupt die psychologische Möglichkeit hat, all die von ihm Beherrschten nicht bloß ihn denken, ihn auch lieben und wollen zu lassen.“ (Kelsen zitiert n. Dvořák 1997: 201)

Was die Politische Bildung betrifft, so kann Politische Bildung nur funktionieren, wenn der Staat und das Volk zusammenarbeiten, das heißt, wenn Politik nicht bloß von einer Person, einer Gruppe gestaltet wird. Nationale und religiöse Differenzen wurden demnach auch nur von einer Seite betrachtet, bzw. ganz ignoriert – dies hat sich bis heute kaum geändert. Kelsen stellt also hier die Frage auf, hat denn die Kirche, die Machthaber(Innen?) der Politik zu dieser Zeit das Recht, dem Volk zu geben, diesen diktatorischen Staat zu verstehen und vor allem auch zu wollen? Politische Bildung kann daher nie Bildung von oben nach unten sein, sondern ein „gemeinsamer Weg.“

In der Ersten Republik war durch das Entstehen der Demokratie Politische Bildung auch praktisch möglich – ein Bruch sowie das jahrhundertlange „Kämpfen“ wurde mit einem Schlag durch das Entstehen autoritärer Staatsformen „ausgelöscht“.

Heute sind sämtliche Forderungen (entstanden über zwei Jahrhunderte) fix im Lehrplan verankert, was vorher nur teilweise der Fall war – oft blieb es bei Forderungen. Politische und gesellschaftliche Veränderungen, der Beitritt Österreichs zur EU, die Globalisierung finden auch ihren Platz im Kontext der Politischen Bildung. Viele Ideen und Forderungen aus der Geschichte – und ich möchte hier Politische Bildung nicht bewerten, sind bis heute nicht umgesetzt.

Auch neue Chancen haben sich im Laufe der vergangenen Jahre ergeben und sollten heute im Bereich der Politischen Bildung Platz finden. Hier schließt sich wieder der

Kreis, dass sie stets im gesellschaftlichen, historischen und politischen Kontext betrachtet werden muss und nie „alleine“ stehen kann.

8) **Conclusio**

Schon in der Einleitung habe ich die Aktualität dieses Themas skizziert, Bildung an sich, ist prinzipiell ein Thema, welches stets in der Öffentlichkeit groß präsentiert und diskutiert wird. Bildung betrifft uns alle - sowie die Politik und daher ist diese Verbindung Politik und Bildung um so wichtiger, zu diskutieren und ihre Wurzeln zu erkennen und zu analysieren. Erziehung ist aber auch stets die Erziehung von Erwachsenen und kann daher nie neutral sein. In den in der Diplomarbeit aufgeteilten drei Bereichen sollten einerseits der Begriff der Politischen Bildung sowie der Zweck erklärt werden. Das zweite Gebiet befasste sich mit ihrer Entwicklung und der Entwicklung des Bildungssystems in Österreich an sich, da wie bereits öfter skizziert, diese Teile nicht zu trennen sind.

Das „Praktische Kapitel“ zeigte sehr gut auf, seit wann es bereits Forderungen in diesem Bereich gibt und dass sie sich von den heutigen nicht wirklich unterscheiden. Am interessantesten waren für mich, die Anregungen Mildes, der in der „Hochblüte“ der Monarchie seine Forderungen in einem Buch verfasste.

In der Conclusio möchte ich nochmals kurz die wichtigsten Begriffe und Ereignisse zusammenfassen:

Politische Bildung ist nicht rein das Erlernen von Politikbegriffen und ähnlichen Definitionen. Hinter diesem Bereich steckt viel mehr, das hat gerade die Geschichte gezeigt. Bereits in der Monarchie waren einige „ExpertInnen“ bemüht, Kindern mehr mitzugeben, als das Wissen rund um das Kaiserreich.

Politische Bildung ist Teil der Gesamterziehung und soll die SchülerInnen zu demokratische Menschen „erziehen“, die sich schließlich in der Gesellschaft zurechtfinden sollen. Es ist die Mitgestaltung jedes einzelnen, daher ist die Erziehung zur Selbstständigkeit, die Grundlage. Dieser Weg zur Demokratisierung ist, meines Erachtens, das Hauptziel in diesem Bereich. Politik und Pädagogik sind nicht trennbar, sie beeinflussen sich sogar wechselseitig.

Politische Bildung muss stets in die Umwelt eingebettet sein, Kinder sind von Geburt an, mit Politik konfrontiert. Einerseits durch die politische Lage im Staat, andererseits durch andere Kanäle, wie Eltern, Freunde, Bekannte und für die heutige Zeit, sehr bedeutend, die Medien. Daher muss Politische Bildung stets im zeitlichen Kontext betrachtet werden – und politische sowie gesellschaftliche Verhältnisse, Ideologien und Werte ändern sich daher.

Blickt man zu den Anfängen der Kinderfreunde, muss man erkennen, dass Politische Bildung keine parteipolitische Bildung sein soll, obwohl und gerade deshalb wissen wir, dass Bildung nie neutral sein kann. Weiters ist sie kein Antrainieren von Verhaltensweisen, dass würde am Ziel vorbei gehen. In der Schule ist Politische Bildung ein Unterrichtsprinzip und sollte daher, ständig in allen Unterrichtsgegenständen Platz finden, jedoch hängt das wiederum mit dem Engagement der (s) LehrerIn ab.

Wie sinnvoll ist es überhaupt, bereits in der Volksschule Politische Bildung in den Unterricht miteinzubeziehen? Ich vertrete den Standpunkt, dass es so früh wie möglich einen „Sinn“ hat, sie in Bildung einzubauen. Allerdings stets in einem Konnex zwischen Politiklernen an sich und Sozialem Lernen andererseits. Die drei Ansätze, welche ich auch für die Inhaltsanalyse verwendet habe, machen den Zweck und die Bedeutung ganz klar deutlich. Gesetzt in den historischen Kontext, gab es dererlei Forderungen bereits seit Jahrhunderten und in Kriegszeiten hat man verstanden, wie wichtig Bildung auch für das gesamte Volk eigentlich ist. Politische Themen müssen an sich bloß altersgemäß aufbereitet werden. Hier fehlt es allerdings auch an den Kompetenzen der LehrerInnen, die die Kinder oft auch kognitiv überfordern.

Ein bedeutender Schritt für eine gelungene Politische Bildung ist die Kommunikations- sowie Urteilsfähigkeit auszubauen, aber auch die Bewertung von Sachverhalten etc. Daher ist eben sinnvoll und richtig Politische Bildung als Unterrichtsprinzip zu verwenden und nicht nur als „bloßer“ Gegenstand. Ich denke, man erkennt hier sehr stark, dass sie nicht nur das Erlernen von Begriffen ist, sondern hier viel mehr Eigenschaften hineinspielen. Gerade die Volksschule ist für das

Erlernen bzw. Üben dieser Verhaltensweisen – jedoch nicht „Antrainieren“ der richtige Ort um die Kinder in die Gesellschaft, in eine Demokratie einzugliedern.

Zur historischen Entwicklung

Den Fokus legte ich in diesem Bereich vor allem auf die Monarchie sowie Erste Republik, die Entwicklungen in der Zweiten Republik, habe ich bewusst, nicht weiter, ausgeführt, so wie auch die beiden autoritären Systeme ausgeklammert habe.

Begonnen wurde daher die Aufzählung der Tatsachen 1774 mit der Allgemeinen Schulordnung nach Maria Theresia, wonach die Bildung erstmalig in Österreich unter staatliche Kontrolle gebracht wurde. Die Kinder waren verpflichtet die Volksschule (damals Trivialschule) zu besuchen. Nach Maria Theresia war dies das Mindestmaß an Bildung „ihrer“ BürgerInnen. Jedoch und hier sind wir mitten, in der Bildungsgeschichte, regte sich schon von Beginn an Kritik. Zunächst erhoben die Bauern Widerstand, da sie die Kinder zum Arbeiten in der Landwirtschaft benötigten. Hier war es auch das erste Mal soweit, Haltungen der BürgerInnen zu ändern, auch das ist, meiner Ansicht nach, Politische Bildung.

Der Sohn Maria Theresias, Joseph II., auch als “großer” Reformers bekannt, vor allem, was seine Haltung bzw. sein Handeln gegen die Kirche betraf, erkannte rasch, dass die Forderungen nach Bildung nicht ganz funktioniert. Er überlegte sich auch Sanktionen, wenn die Eltern ihre Kinder nicht in die Schule schickten. Dass Wissen Macht ist, hatte sich bereits „herumgesprochen“ und daher gründete er weitere Schulen, indem er Klöster schloss. Weiters setzte er sich dafür ein, dass die Eltern für ihre Kinder, kein Schulgeld bezahlen müssen. Bildung sollte für jeden zugänglich sein und auch ein gebildetes Volk bringt einem Herrscher, je nach dem, welches Ziel er verfolgt, „Gewinne“.

Die Kirche, die seit je her einen großen Einfluss auf den Staat und auch auf die Kirche hatte, baute ihre Macht aus und war das Aufsichtsorgan im Bereich der Bildung. Die Kinder sollten zu frommen, religiösen Menschen erzogen werden. Gottes Wille war übermächtig, eigenständiges Denken und Handeln wurde nicht einmal angedacht. Doch gerade zu dieser Zeit, schrieb der Priester Vinzenz Eduard Milde ein Lehrbuch, welches das Lernen und Denken lernen ansprach und auch auf die Individualität der Menschen einging. Hier ist für mich ein Bruch zu erkennen, das heißt es gibt schriftliche Belege, die fordern, Kinder auch zur Selbstständigkeit zu erziehen. Diese Eigenschaft, unter anderem ist für mich der Beginn für eine Politische Bildung.

Fortlaufend, am Beginn des 19. Jahrhunderts (siehe praktischer Teil) werden Forderungen gestellt, die in Richtung Politischer Bildung münden – bis zur Durchsetzung war es natürlich ein langer Weg. Doch mit Milde sehe ich den Beginn der Forderung nach einer Politischen Bildung im Bereich der Volksschule.

Durch den politischen Wandel nach den Aufständen 1848, erkannte die Kirche rasch, dass sie die Macht verstärken muss, damit, so meine ich, niemand aus dem „System ausbrechen“ kann. Jedoch in Folge erkannte man, dass vor allem auch für das Kriege führen, Bildung ein wesentlicher Bestandteil ist. Parteibildungen sowie die Wahlreform 1882, der Beginn der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei intensivierten, bzw. vertraten den Willen nach eigenständigen Menschen und der (politischen) Bildung für alle. Das Reichsvolksschulgesetz 1867 verlängerte einerseits die Schulpflicht, andererseits konnten einige Reformen geschaffen, die auch in der Volksschule den Heimatunterricht forderten. Ende des 19. Jahrhunderts schafften die Maigesetze eine Grundlage, die Kirche aus der Bildung allmählich zu „verbannen“. Dies betrachte ich ebenso als „Meilenstein“ der Politischen Bildung. Dieses Gesetz war für eine praktische Durchsetzung der Politischen Bildung unabdingbar.

Praktische Umsetzung durch die Erste Republik

Die Erste Republik, schließlich, legte aufgrund der Staatsform, dem gesellschaftlichen Wandel, die Grundsteine für eine Politische Bildung an den Schulen. Otto Glöckel, dessen Vater Lehrer war, (sein Onkel war Priester) ergriff ebenso den Lehrberuf und erkannte in Wien sehr rasch, welche Zustände im Bereich Bildung herrschten. Er war Mitglied der Sozialdemokraten und im Gremium der „Freien Schule“, welche auch die Zeitschriften „Schulreform“ (praktischer Teil) publizierte. Er wurde Unterstaatssekretär für Unterricht und war später im Stadtschulrat im „Roten Wien“ tätig.

Seine Reformen sind teilweise bis heute noch nicht umgesetzt, werden bis heute heftig diskutiert. Faktum ist, dass er die Grundlage für die praktische Umsetzung der Politischen Bildung im Bereich der Volksschule legte. Elemente, so wie sie heute auch im Lehrplan zu finden sind, wurden damals gebildet.

Die Sozialdemokraten forderten damals „sehr viel“, was eben auch Glöckel verlangte, bzw. auch umsetze, unter anderem die Forderung zur Erziehung zur Selbstständigkeit. Im Bereich der Kinderfreunde, allerdings wurde eben parteipolitische Bildung betrieben, mit dem Wissen, dass Erziehung nie neutral sein kann.

Diese Erfolgswelle der Politischen Bildung wurde allerdings mit dem Austrofaschismus gestoppt. Die Kirche, vertreten durch die Alleinregierung der „Vaterländischen Front“, vernichtete jeglichen Gedanken an Selbstständigkeit oder Ähnlichem. Religiöse Erziehung war das Grundelement in der Schule sowie Vaterlandskunde und militärische Übungen. Im Nationalsozialismus wurden schließlich die Elemente wie Heimat, Volk und Gemeinschaftssinn groß geschrieben, allerdings mit einem anderen Ziel und Interesse als dieser Bereich heute, bzw. auch unter Glöckel gefordert wurden. Hier möchte ich nochmals erwähnen, dass ich diese beiden autoritären Staatsformen in dieser Arbeit kaum behandelt habe – meiner Meinung nach, sollte man sich bloß mit dieser Zeit separat im Rahmen einer Arbeit beschäftigen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg versuchte man allmählich wieder das Bildungssystem aufzubauen. Jedoch ging dies nicht so rasch einher. 1986 schließlich entstand der „neue“ Rahmen-Lehrplan, der auch die Unterrichtsprinzipien, wie die Politische Bildung, beinhaltete.

Die historische Entwicklung im Kontext meiner Inhaltsanalyse zeigt sehr deutlich, dass es schon in der Monarchie Forderungen im Bereich der Politischen Bildung gab, umsetzbar war dies allerdings erst durch die Existenz der Demokratie. Heute sind diese „alten“ Forderungen sogar im Lehrplan verankert. Jedoch, meines Erachtens, nicht mehr ganz zeitgemäß und sollten, aufgrund gesellschaftlicher und politischer Bedingungen überarbeitet werden.

Zurück zu meinen Thesen und Fragestellungen, die ich am Beginn der Arbeit aufgestellt habe, vieles wurde bereits im Rahmen dieser Conclusio abgehandelt, daher verweise ich teilweise nur mehr darauf.

- Aufgrund von politischen Bedingungen, das heißt, demokratischen Voraussetzungen ist Politische Bildung erst möglich. Demokratie heißt daher gleichzeitig auch Politische Bildung, bzw. ist die Voraussetzung für Politische Bildung an den Schulen.

Eine praktische Umsetzung von Politischer Bildung ist in Österreich erst durch die Entstehung der Demokratie möglich geworden. Ideen und Forderungen entstanden, wie bereits öfters erläutert, in der Monarchie und wurden stetig weiter entwickelt. Ich klammere allerdings in diesem Kontext bewusst die Zeit des Austrofaschismus und Nationalsozialismus aus.

- Demokratie geht nicht einher mit Demokratisierung. Hierzu ein Zitat: „*Nicht die Demokratie an sich, sondern die Demokratisierung, d.h. mehr Freiheit zu gewinnen, ist das eigentlich Ziel der politischen Bildung.*“ (Schausberger 1970: 50)

Politische Bildung funktioniert daher nach meiner Annahme und Recherche erst wenn das Land demokratisch „regiert“ wird, vor allem die Eigenschaften für ein Gelingen einer Demokratie – in Folge die Demokratisierung der SchülerInnen ist, das Grundelement von Politischer Bildung und sollte bereits in der Volksschule erlernt werden, diese Behauptung belege ich mit meiner Inhaltsanalyse.

Demokratie bedeutet nicht gleichzeitig Demokratisierung. Als Demokratisierung verstehe ich das „Erlernen“ (im positiven Sinne) von Eigenschaften die in Folge für das Gelingen von Politischer Bildung verantwortlich sind. Auch wenn in einem Staat ein demokratisches Modell herrscht, heißt das nicht das Politische Bildung = Demokratisierung funktioniert und vor allem vom Lehrpersonal unterrichtet wird.

- Das bedeutet gleichzeitig, dass in der Monarchie, da Kirche und Staat nicht getrennt waren, Politische Bildung nicht möglich war. Glöckel, bzw. seine Reformen galten als Begründer der Politischen Bildung.

Eine praktische Umsetzung war/ist meiner Überzeugung nach, erst durch die Demokratie möglich, da die Machtverhältnisse zuvor nicht ausgewogen waren. Politische Bildung beinhaltet allerdings Elemente wie Selbstständigkeit, Partizipation, Konfliktfähigkeit, Gleichbehandlung usw. – welche nur in einer Demokratie „ausgeübt“ werden können und wesentliche Bestandteile von ihr sind.

Was die praktische Umsetzung von Politischer Bildung betrifft, war Glöckel sicherlich der Begründer von ihr. Was die theoretischen Vorstellungen und Forderungen betrifft, ist für mich nun, im Rahmen meiner Recherche, Milde die erste Person, die Gedanken in Richtung Politischer Bildung festgeschrieben hat.

Meine Fragestellungen:

- Was ist, was bedeutend Politische Bildung in der Volksschule überhaupt, welche Fähigkeiten und Fertigkeiten (sollten) erworben werden?

Dieser Bereich wurde ausführlich bereits im Definitionskapitel, bzw. ebenso in der Conclusio behandelt.

- Wie sieht Politische Bildung in der Praxis aus und wo findet sie statt?

Im Teil Definitionen bin ich ein wenig auf die Praxis von ihr eingegangen, auch im praktischen Teil findet man Hinweise darauf. Allerdings lag der Fokus dieser Arbeit in Folge nicht auf der praktischen Ausübung.

- Sind Politik und Pädagogik in diesem Bereich trennbar? Müssen sie getrennt werden?

Es hat sich auch durch den praktischen Teil dieser Arbeit sehr rasch herauskristallisiert, dass Politik und Pädagogik nicht trennbar sind – vor allem auch im heutigen Kontext betrachtet. Sie beeinflussen sich einander wechselseitig und dürfen nicht getrennt werden.

- Ab welchem Zeitpunkt gab es erste Gedanken und Forderungen zur Politischen Bildung in der Volksschule (in Österreich)?

Durch historische Belege konnte ich erkennen, dass es bereits zur Zeit der Monarchie Forderungen im diesem Bereich gab. Natürlich wurde damals der Terminus „Politische Bildung“ nicht so wie heute verwendet. Ich denke, dass diese Erkenntnis auch zu den Kernaussagen dieser Arbeit zählt.

9) Literatur

- Achs Oskar (Hg.), (1985): Otto Glöckel. Ausgewählte Schriften und Reden. Jugend und Volk: Wien.
- Adler, Max (1924): Neue Menschen: Gedanken über sozialistische Erziehung. Laub: Berlin.
- Antoni, Dieter, Kratochwil, Leopold, Kutalek, Inge (2004): Vom Lehrplan zur Unterrichtsgestaltung. In: Wolf, Wilhelm (Hg.) (2004): Kommentar zum Lehrplan der Volksschule. öbv & hpt VerlagsgmbH. & Co. KG: Wien.
- Bindel, Jakob (Hg.) (1990): Die Schönbrunner. Vision, Erfüllung, Ausklang: Wien.
- Bindel, Jakob (Hg.) (1983): 75 Jahre Kinderfreunde. 1908 – 1983. Skizzen, Erinnerungen, Berichte, Ausblicke. Verlag Jungbrunnen: Wien.
- Böhnelt, Elisabeth (1990): Glöckels Konzept der Pflichtschullehrerausbildung – eine pädagogische Vision? Dissertation Universität Wien. Verband der wissenschaftlichen Gesellschaften Österreichs (VWGO): Wien.
- Dachs, Herbert (1982): Schule und Politik. Die politische Erziehung an den österreichischen Schulen 1918 bis 1938. Jugend und Volk: Wien.
- Düring, Paul (1968): Politische Bildung in Grundschule und Hauptschule. Didaktische Grundlegung und methodische Handreichung. Ehrenwirth Verlag: München.
- Dvořák, Johann (2005): Demokratie, Wissenschaft und Bildungsreform in der 1. Republik, In: Helene Scheu-Riesz (1880–1970). Eine Frau zwischen den Welten, Ed. Susanne Blumesberger. Praesens Verlag: Wien.
- Dvořák, Johann (1997): Politik und die Kultur der Moderne in der späten Habsburger-Monarchie. StudienVerlag: Innsbruck, Wien.
- Ehs, Tamara (2007): Hans Kelsen und politische Bildung im modernen Staat. Wien: Manz.
- Engelbrecht, Helmut (1984): Geschichte des österreichischen Bildungswesens. Erziehung und Unterricht auf dem Boden Österreichs. Band 3. Von der frühen Aufklärung bis zum Vormärz. Österreichischer Bundesverlag: Wien.
- Engelbrecht, Helmut (1986): Geschichte des österreichischen Bildungswesens. Erziehung und Unterricht auf dem Boden Österreichs. Band 4. Von 1848 bis zum Ende der Monarchie. Österreichischer Bundesverlag: Wien.

- Engelbrecht, Helmut (1988): Geschichte des österreichischen Bildungswesens. Erziehung und Unterricht auf dem Boden Österreichs. Band 5. Von 1918 bis zur Gegenwart. Österreichischer Bundesverlag: Wien.
- Filzmaier, Peter/Pelinka, Anton/Rosenberger, Sieglinde (2001): Medienpaket politische Bildung: Wien.
- Giesecke, Hermann (1993): Politische Bildung. Didaktik und Methodik für Schule und Jugendarbeit. Juventa-Verlag: Weinheim.
- Glöckel, Otto (1928): Drillschule. Lernschule. Arbeitsschule. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung: Wien.
- Gollob, Rolf (2007): Politik und Demokratie – leben und lernen. Schulverlag: Bern.
- Henkenborg, Peter (Hg.) (1998): Der alltägliche Politikunterricht. Ansätze – Beispiele – Perspektiven qualitativer Unterrichtsforschung zur politischen Bildung in der Schule. Leske + Budrich: Opladen.
- Knauer, Raingard (2007): Außerschulische Formen politischer Partizipation von Kindern. In: Richter, Dagmar (Hg.) (2007): Politische Bildung von Anfang an. Demokratie-Lernen in der Grundschule. Schriftenreihe Band 570. Bundeszentrale für politische Bildung: Bonn.
- Kotlan-Werner, Henriette (1982): Otto Felix Kanitz und der Schönbrunner Kreis. Die Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Erzieher 1923–1934. Europaverlag: Wien.
- Massing, Peter (2007): Politische Bildung in der Grundschule. Überblick, Kritik, Perspektiven. In: Richter, Dagmar (Hg.) (2007): Politische Bildung von Anfang an. Demokratie-Lernen in der Grundschule. Schriftenreihe Band 570. Bundeszentrale für politische Bildung: Bonn.
- Milde, Vincenz Eduard (1877): Allgemeine Erziehungskunde.
- Nohlen, Dieter / Schultze, Rainer-Olaf (2005): Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien. Methoden. Begriffe, Band 1 A-M. Verlag C.H. Beck, München.
- Nyssen, Elke (1979): Schule im Nationalsozialismus. Quelle & Meyer: Heidelberg.
- Pelinka, Anton/Rosenberger, Sieglinde (2003): Österreichische Politik. Grundlagen. Strukturen. Trends. Facultas: Wien.

- Richter, Dagmar (Hg.) (2007): Politische Bildung von Anfang an. Demokratie-Lernen in der Grundschule. Schriftenreihe Band 570. Bundeszentrale für politische Bildung: Bonn.
- Sander, Wolfgang (2004): Politik in der Schule. Kleine Geschichte der politischen Bildung in Deutschland. Schüren: Marburg.
- Sandner, Wolfgang (1985): Politische Bildung in den Fächern der Schule. Beiträge zur politischen Bildung als Unterrichtsprinzip. Metzler: Stuttgart.
- Schausberger, Norbert (1971): Politische Bildung und Zeitgeschichte an den österreichischen Schulen. Verlag der des österr. Gewerkschaftsbundes: Wien.
- Schausberger, Norbert (1970): Politische Bildung als Erziehung zur Demokratie. Jugend und Volk: Wien. München.
- Scheuch, Leopold (1933): Zur Praxis der neuen Schule. Wege der Verwirklichung. Deutscher Verlag für Jugend und Volk: Wien.
- Schmidt-Sinns, Dieter (Hg.) (1977): Politische Bildung in den Vereinigten Staaten. Bundeszentrale für Politische Bildung: Bonn.
- Schratz, Michael und Hartmann, Martin (2009): Schulautonomie in Österreich: Bilanz und Perspektiven für eine eigenverantwortliche Schule. In: Specht, Werner (Hg.) (2009): Nationaler Bildungsbericht Österreich 2009: Wien.
- Schubert, Klaus /Klein, Martina (2006): Das Politiklexikon. Bundeszentrale für politische Bildung: Bonn.
- Stöltzner, Michael und Thomas Uebel, eds (2006): Wiener Kreis. Texte Zur Wissenschaftlichen Weltauffassung von Rudolf Carnap, Otto Neurath, Moritz Schlick, Philipp Frank, Hans Hahn, Karl Menger, Edgar Zilsel und Gustav Bergmann. Hamburg: Felix Meiner.
- Ucsnik, Herta (2006): Demokratie lernen und leben – Politische Bildung in der Grundschule. Diplomarbeit: Wien.
- Uitz, Helmut (1975): Die österreichischen Kinderfreunde und Roten Falken 1908-1938. Beiträge zur sozialistischen Erziehung: Wien – Salzburg.
- Weber, Max (1995). Wissenschaft als Beruf. Reclam: Stuttgart.
- Weiß, Anton (1904): Geschichte der österreichischen Volksschule. 1.Band. Die Entstehung des Volksschulplanes von 1804. Verlagsbuchhandlung „Styria“: Graz.

- Weiß, Anton (1904): Geschichte der österreichischen Volksschule 1792 – 1848. Geschichte der österreichischen Volksschule unter Franz I. und Ferdinand I. 1792 – 1848. Verlagsbuchhandlung „Styria“: Graz.
- Wersig, Gernot (1968): Inhaltsanalyse. Einführung in ihre Systematik und Literatur. Verlag Volker Spiess: Berlin.
- Wolf, Wilhelm (Hg.) (2004): Kommentar zum Lehrplan der Volksschule. öbv & hpt VerlagsgmbH. & Co. KG: Wien.
- Wolf, Wilhelm (2004): Grundzüge der Entwicklung der Volksschullehrpläne. In: Wolf, Wilhelm (Hg.) (2004): Kommentar zum Lehrplan der Volksschule. öbv & hpt VerlagsgmbH. & Co. KG: Wien.

Schriften / Zeitschriften

- Glöckel, Otto (1919/1920): Ausführungen des Unterstaatssekretärs für Unterricht Otto Glöckel über die nächsten Pläne der Schulverwaltung in der Sitzung des Ausschusses für Erziehung und Unterricht am 22. April 1919.
- Volkserziehung. Nachrichten des Bundesministeriums für Unterricht. Jahrgänge 1919-1926, Amtlicher sowie Pädagogischer Teil
- Pädagogisches Jahrbuch 1882. Hg.: Wiener Pädagogische Gesellschaft, redigiert von M. Zens, Verlag Julius Klinkhardt: Wien und Leipzig.
- Pädagogisches Jahrbuch 1883. Hg.: Wiener Pädagogische Gesellschaft, redigiert von M. Zens, Verlag Julius Klinkhardt: Wien und Leipzig.
- Pädagogisches Jahrbuch 1887. redigiert von M. Zens, Manz'sche k.u.k. Hof- und Verlags- u. Univ.-Buchhandlung: Wien.
- Pädagogisches Jahrbuch 1895. Hg.: Wiener Pädagogische Gesellschaft, registriert von Ferdinand Frank. Manz'sche k.u.k. Hof- und Verlags- u. Univ.-Buchhandlung: Wien.
- Die Schul-Reform. Zeitschrift zur Förderung einer Neuordnung unseres Unterrichts- und Erziehungswesens und der Pflege der Jugend- und Kinderfürsorge. Kampforgan für Lehrer und Erzieher, Eltern und Ärzte, Bildungs- und Jugendfreunde 1906-1910: Gmunden, Wien.

Internetadressen

Ausstellungskatalog zur Schönbrunner Erziehereschule:

http://www.kinderfreunde.at/data/kf_bund/Katalog.pdf, 11.08.2009, 10:31

Linzer Programm:

<http://www.marxists.org/deutsch/geschichte/oesterreich/spoe/1926/linzerprog.htm>,
11.08.2009, 10:39

Lehrplan der Volksschule:

http://www.bmukk.gv.at/medienpool/14055/lp_vs_komplett.pdf
11.08.2009, 13:33

10) Anlagen

Abstract Deutsch

Politikverdrossenheit sowie sinkende Wahlbeteiligungen nahmen in den vergangenen Jahren kontinuierlich zu. Diese Phänomene lassen Fragen rund um eine Politische Bildung (an den Schulen) laut werden. Ab wann ist es denn „sinnvoll“, Politische Bildung den SchülerInnen näher zu bringen? Soll daraus ein „eigenes“ Fach entstehen? Was ist Politische Bildung überhaupt? Aus politikwissenschaftlicher Sicht ist dieser Bereich ein besonders bedeutender, denn die ersten Forderungen nach Bildung in diesem Bereich stammen bereits aus der Antike, derselben Zeit, als auch erste Staaten gegründet wurden.

Mit Politischer Bildung verbinden jedoch die meisten Menschen zunächst einmal das Erlernen von Begriffen, das aber vor allem, und das soll diese Arbeit zeigen, in der Volksschule, das Erlernen von Definitionen eher im Hintergrund stehen sollte.

Die vorliegende Arbeit soll einen historischen Überblick über die Politische Bildung in Bereich der Volksschule geben. Gegliedert ist diese Arbeit in drei wesentliche Teile, das erste Kapitel widmet sich den Definitionen sowie den Aspekten der Politischen Bildung. Der Hauptteil fasst die Reformen, Lehrplanänderungen sowie die Bildungsgeschichte an sich, seit dem Zeitpunkt der Allgemeinen Schulordnung unter Maria Theresia bis heute, zusammen. Der Fokus liegt hier auf der Zeit der Monarchie, der Zeit des Schulreformers Glöckel bis zur Politischen Bildung zur heutigen Zeit. Der Austrofaschismus sowie der Nationalsozialismus werden bewusst nur gestreift. Im letzten Teil, dem „praktischen Bereich“ wurden unterschiedlichste Zitate aus diesen Zeitabschnitten zusammengefasst und in zwei Kategorien geteilt. Mit diesen beiden Aspekten konnte belegt werden, seit welchem Zeitpunkt bereits Politische Bildung in der Volksschule möglich war.

Die/der LeserIn wird recht rasch bemerken, dass Politische Bildung nicht nur rein das Erlernen von Politikbegriffen und ähnlichen Definitionen ist. Bereits in der Monarchie waren einige „ExpertInnen“ bemüht, Kindern mehr mitzugeben, als das Wissen rund um das Kaiserreich.

Politische Bildung ist daher als Teil der Gesamterziehung zu verstehen und soll die SchülerInnen zu demokratische Menschen „erziehen“, die sich schließlich in der Gesellschaft zurechtfinden sollen. Es ist die Mitgestaltung jedes einzelnen, daher ist die Erziehung zur Selbstständigkeit, die Grundlage. Dieser Weg zur Demokratisierung ist – und so geht es auch aus dieser Arbeit hervor - das Hauptziel in diesem Bereich.

Abstract English

Disenchantment with politics as well as decreasing voter participation is a phenomenon of the last years. In this context questions about an efficient political education are getting louder.

This diploma thesis should give a historical overview about the evolution in the case of political education in primary schools. Focus was placed on the time of monarchy, the first republic with the reforms from Otto Glöckel and the recent changes of the last 20-30 years.

One of the main statements in this thesis is that political education, mainly in primary schools, isn't just definition-learning. The goal of political education should be that pupils get a democratic understanding with qualities like participation, autonomy and sense of community.

Lebenslauf

Name: Barbara Steinacher
Geburtsdatum: 13. April 1983
Geburtsort: Mödling
Wohnort: 2340 Mödling
Staatsbürgerschaft: Österreich

Ausbildungsweg

1989 – 1993 Volksschule, Laxenburg
1993 – 1997 Musik-Hauptschule, Gumpoldskirchen
1997 – 2002 Höhere Lehranstalt für wirtschaftliche Berufe,
Biedermannsdorf
Reife- und Diplomprüfung

Studium

2003 - 2006 Pädagogische Akademie des Bundes in NÖ.,
Baden, Volksschullehrerausbildung
Diplom-Pädagogin (Dipl.-Päd.)
2006 - 2010 Universität Wien, Politikwissenschaft
Magistra der Philosophie (Mag.a phil.)

Berufliche Erfahrungen

seit August 2009 *Bundesministerium für Arbeit, Soziales und
Konsumentenschutz, Referentin in der Abt. III/2-
Produktsicherheit*
November 2008 – Juli 2009 *Österreichischer Integrationsfonds,
Deutschlehrerin (Deutsch als Fremdsprache)*
zuvor diverse Praktika sowie freie Mitarbeiterin im
Bereich PR, Journalismus und Bildung

EIDESSTATTLICHE ERKLÄRUNG

Ich erkläre hiermit an Eides Statt, dass ich die vorliegende Diplomarbeit selbständig angefertigt habe. Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind als solche kenntlich gemacht.

Die Arbeit wurde bisher weder in gleicher noch in ähnlicher Form einer andern Prüfungsbehörde vorgelegt und auch noch nicht veröffentlicht.

Mödling, April 2010